



Plenarprotokoll (neu)

33. Sitzung

Freitag, 15. Juni 2018

Kunststoffe konsequent von Lebensmittelabfällen trennen	2335	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/740 (neu).....	2344
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/740 (neu)		Haltungskennzeichnung für Fleisch- und Milchprodukte ein- führen	2344
Heiner Rickers [CDU].....	2335	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/676	
Sandra Redmann [SPD].....	2337	Heiner Rickers [CDU].....	2344
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2338	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	2345
Dennys Bornhöft [FDP].....	2339	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2346
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2340	Dennys Bornhöft [FDP].....	2347
Flemming Meyer [SSW].....	2341	Volker Schnurrbusch [AfD].....	2348
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	2342	Flemming Meyer [SSW].....	2349
Beschluss: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.....	2344	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	2350

Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/676.....	2351	Jan Marcus Rossa [FDP].....	2377
Bahnkunden auf der Marschbahn endlich angemessen entschädigen ..	2351	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2380
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/762		Jörg Nobis [AfD].....	2381
Fortführung des Engagements der Landesregierung zur Verbesserung der Marschbahn-Situation	2352	Tobias Koch [CDU].....	2382
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/799		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2382
Kai Vogel [SPD].....	2352	Martin Habersaat [SPD].....	2383
Volker Nielsen [CDU].....	2353	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	2384
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2354	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/763 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/796.....	2385
Kay Richert [FDP].....	2355	Bericht über den Stand der Inklu- sion im Bildungsbereich	2385
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2357	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/747	
Flemming Meyer [SSW].....	2358	Inklusion im Bildungsbereich wei- terentwickeln	2385
Beate Raudies [SPD].....	2359	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/794	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	2360	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 19/747 mit Zustimmung des An- tragstellers für erledigt erklärt 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/794.....	2386
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/762 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/799.....	2362	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge- schäftsordnung des Schleswig-Hol- steinischen Landtags	2386
Abschiebehaft ist keine humane Flüchtlingspolitik!	2362	Drucksache 19/777	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/763		Beschluss: Annahme.....	2386
Humane Flüchtlingspolitik im Rechtsstaat	2362		
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/796			
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2363, 2366, 2378		
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2366, 2372		
Barbara Ostmeier [CDU].....	2370		
Christopher Vogt [FDP].....	2373		
Claus Schaffer [AfD].....	2375		
Lars Harms [SSW].....	2376		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen guten Morgen! Ich begrüße Sie alle zur heutigen Sitzung. Wir setzen die Tagung fort.

Ich habe von den Fraktionen und der Landesregierung folgende Mitteilungen erhalten: Erkrankt ist der Abgeordnete Peter Lehnert. Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind von der SPD-Fraktion die Abgeordneten Serpil Midyatli, Özlem Ünzal, Dr. Kai Dolgner und Tobias von Pein.

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind zudem von der Landesregierung beurlaubt Frau Ministerin Dr. Sütterlin-Waack und Frau Ministerin Prien, beide ganztägig.

Außerdem hat von der FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie bitte mit mir ganz herzlich Besucherinnen und Besucher der Dahlmanschule aus Bad Segeberg auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Kunststoffe konsequent von Lebensmittelabfällen trennen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/740 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um das Thema Kunststoffplastik, das in aller Munde ist, jeden Tag irgendwo in der Presse. Wir wissen, dass wir damit weltweit Probleme haben. Und

(Heiner Rickers)

wir kommen relativ schnell mit dem Fokus zurück auf Europa, auf die Bundesrepublik und natürlich auf Schleswig-Holstein. Der Titel unseres Antrags heute lautet „Kunststoffe konsequent von Lebensmittelabfällen trennen“.

Ich will vorweg eines sagen: Ich hoffe, wir sind uns alle darüber einig, dass wir nicht nur trennen wollen, sondern dass der beste Weg, die Ressourcen zu schonen, die Umwelt zu schonen und Abfall zu vermeiden, der Weg ist, erst gar keinen Abfall zu produzieren.

(Beifall CDU)

- Damit habe ich wohl recht.

Genau diesen Eindruck, zunächst zu sparen, nicht zu produzieren oder eben auch zu vermeiden, vernünftig zu beseitigen, wenn wir wirklich Kunststoffe brauchen, sie wiederzuverwerten, zu trennen und zu recyceln, haben wir doch eigentlich bei uns jeden Tag in Deutschland, in Schleswig-Holstein.

Wir haben ein vernünftiges Abfallverwertungssystem. Wir trennen den Hausmüll. Jeder weiß, dass er zu Hause vier Tonnen hat: eine Tonne für Papier, eine Tonne für Bioabfall, in die auch die Speisereste hineinkommen, eine Tonne für Kunststoffe, für den Grünen Punkt, den gelben Sack - das war Tonne Nummer drei -, und mindestens noch eine Tonne für den Restmüll, also für all die Dinge, die Sie nicht ins Recycling geben wollen. Das alles wird fein säuberlich entweder über die Privatwirtschaft oder eben über die öffentliche Hand, bei uns von den Kreisen, organisiert, abgeholt und dementsprechend verwertet, wiederverwertet, recycelt. In diesen Wegabschnitten ist alles das, was ich zuvor genannt habe, ganz hervorragend organisiert.

Insofern denken wir als Bürger oder als Politiker in Schleswig-Holstein zunächst, wir hätten somit kein Problem. Das Problem ist aber dennoch, dass wir zu viel Kunststoffe verbrauchen, zu viel Müll produzieren. Aber dann, wenn es tatsächlich benötigt wird, wenn es im Kreislauf angekommen ist, wenn der Endverbraucher die Lebensmittel ausgepackt hat, haben wir doch eigentlich kein Problem, weil wir vermeintlich alles wieder schön sauber trennen und dann hoffentlich auch wiederverwerten. Das kann ich so nur begrüßen. Wir wollen mehr sparen. Aber wenn wir etwas verbrauchen, dann müssen wir es auch wirklich wiederverwerten und trennen. Das ist bei uns alles ganz hervorragend organisiert.

Dennoch gibt es scheinbar doch eine Regelungslücke. Nun frage ich auch Sie als meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen: Ist Ihnen eigentlich be-

kannt, dass das, was an Lebensmitteln verpackt in den Container geht, vornehmlich bei den großen Discontnern oder bei der Lebensmittelindustrie, zu einem Speisebrei kleingeschreddert, gehäckselt, durchgerührt wird und dann per Tanker zur Verwertung in sogenannte Biogasanlagen verbracht wird? Eine dieser Biogasanlagen - vom Ansatz her eine gute Idee - ist die Biogasanlage, das Klärwerk, in Schleswig. Und jetzt wissen Sie, wo das Kernthema liegt: Schleswig beschäftigt uns seit mindestens sechs Monaten wegen der Kunststoffteilchen - Stichwort Mikroplastik -, die letztendlich in die Schlei beziehungsweise in die Vorfluter gelangen, wo das geklärte Abwasser aus diesem Klärwerk dann hinausgeht.

Das heißt: In der Praxis werden alle Lebensmittel, die von den großen Discontnern und der Lebensmittelindustrie kommen - das habe ich genannt -, vornehmlich von großen Entsorgern abgeholt. So weit, so gut. Das Ganze wird dann vermischt, kleingeschreddert und dann zu diesen Biogasanlagen verbracht und dort vergoren. Das entstehende Gas wird zur Stromerzeugung benutzt. Das Abwasser wird geklärt, und der Rest wird dann auf Felder ausgebracht oder eben in die Schlei oder in andere Flüsse über Vorfluter eingeleitet.

Dass diese Verpackung der Lebensmittel überhaupt in diesen Speiseabfallbrei hineinkommt, ist für mich der eigentliche politische Skandal.

(Beifall im ganzen Haus)

Das können wir so nicht hinnehmen. Ich will eingestehen: Obwohl ich immer behauptete, ich sei ein Kenner dieser Branche, vor allem dann, wenn es um Kreislaufwirtschaft geht oder letztendlich auch um Kompost und Biogassubstrat zum Ausbringen auf die Felder, und auch meine, ich würde mich mit diesen ganzen Themen äußerst gut auskennen, war auch mir das, bevor wir diesen Skandal in Schleswig öffentlich gemacht haben, absolut nicht bekannt. Und wenn es mir nicht bekannt war, dann war es auch anderen politisch Verantwortlichen nicht bekannt. Genau hier müssen wir ansetzen.

Wir dürfen also nicht vergessen, nur Kunststoffe zu vermeiden, sondern wir müssen auch fordern, dass bereits am Anfang getrennt wird. Wenn die Lebensmittel in die Verpackung hineinkommen, dann müssen sie aus der Verpackung auch irgendwie wieder herauskommen. Wenn das Einpacken billiger wird als das Auspacken, dann ist das System irgendwo am Ende. Auch insoweit müssen wir politisch tätig werden.

(Heiner Rickers)

Deswegen kann ich Sie alle nur ermutigen: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Seien auch Sie dafür, dass rechtzeitig, wenn die Lebensmittel nicht verwertet werden können, die Kunststoffverpackungen wieder entfernt werden, sodass nur das, was organische Substanz ist, letztendlich auch wieder in den Kreislauf zurückgeführt wird, und das andere vernünftig abgetrennt wird. Wir haben die Mittel und das Recht dazu. Wir werden auf Bundes- und EU-Ebene initiativ. Und wir werden alles das, was wir auf Landesebene tun können, zum Beispiel Kontrollen und Veränderung des Wassergesetzes, auf den Weg bringen und unterstützen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also: Dass ich, wenn ich nach einer Rede von Heiner Rickers dran bin, sagen muss, dass ich zu 90 % das teilen kann, was er eben gesagt hat, das kommt nicht alle Tage vor. Das streichen wir - natürlich rot - im Kalender an.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren warnen Umweltschützerinnen und Umweltschützer vor der Vermüllung unserer Meere. Die Bilder vom Plastik, das in den Meeren schwimmt, die Bilder von Vögeln und Walen, deren Körper voll von diesem Müll sind, die sind nicht neu, aber offenbar leider erst jetzt so richtig in den Köpfen und Herzen der Menschen angekommen. Sie machen fassungslos, sie machen traurig, und man muss sich - wie leider so oft beim Umweltschutz - fragen: Warum verschließt der Mensch vor solchen Problemen eigentlich so lange die Augen? Warum schafft man ein System, in dem man vor krummen Gurken und Kartoffeln offenbar solche Angst hat, dass man sie wegschmeißen muss, es aber anscheinend akzeptabel findet, Obst und Eiern ihre natürliche Schale zu nehmen, um sie dann in Plastik zu verpacken? Das hat sicher mit einer gewissen Gleichgültigkeit in der Gesellschaft zu tun, aber vor allem auch mit viel Geld und einer Müllbranche, die damit viel Geld verdient.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Probleme waren lange Zeit weit weg, doch nun haben wir sie sichtbar vor unserer Haustür. Nun ist offenbar vielen klar geworden, dass gehandelt werden muss. Die Plastikfunde an und in der Schlei haben uns alle sehr schockiert. Der Schaden für Natur und Umwelt ist katastrophal und hat uns verdeutlicht: Hier stimmt etwas nicht. Heiner Rickers hat es eben wunderbar erklärt: Lebensmittelreste zu verwerten und daraus Energie zu gewinnen, ist ja kein falscher Weg. Irgendwo muss der Abfall schließlich hin, und die Energiewende wollen wir ja auch. Aber bewusst Plastik hinzuzufügen, um es dann wieder mühsam herauszufiltern, das kann und darf auf keinen Fall sein. Hier ist es notwendig, gegenzusteuern.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Dass in diesem Fall ein Abfallentsorger, ich nenne ihn hier beim Namen, also ReFood, dann allerdings auch noch andere Angaben auf Lieferscheinen macht, als die Analytik in Wahrheit ergeben hat, dazu fehlen einem schon die Worte. Dieses Vorgehen wird allerdings andere zu bewerten haben. Und im Raum Bremen die Tafeln extra aufzufordern, die Lebensmittel eben nicht vom Plastik zu trennen, setzt dem Ganzen schon die Krone auf.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Kollegin Birte Pauls hat mir aber gerade erzählt: Nun jedoch wurde reagiert, und die Tafeln wurden wiederum aufgefördert, den Müll doch zu trennen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Wir werden uns sicher, unabhängig von den jetzigen Vorgängen, über genauere Kontrollen unterhalten müssen, und man wird auch verfolgen müssen, wie es da weitergeht. Wohin werden die Abfälle weiterhin gebracht? Wird freiwillig getrennt? Welche Konsequenzen zieht ReFood? Diese Fragen müssen beantwortet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Vorgang an der Schlei im Nachhinein ganz zu durchblicken, ist nicht einfach, und viele Dinge spielen da eine Rolle. Auch Frau Pauls und ich waren - wie andere - dort und haben uns die Anlage angesehen und mit den Leuten vor Ort gesprochen. Dass nachgerüstet wurde, war notwendig und ist nun auch geschehen. Die Kommunikation der Behörden bedarf sicher auch einer Verbesserung. In solch sensiblen Berei-

(Sandra Redmann)

chen muss jede Auffälligkeit weitergegeben und bewertet werden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der Hauptpunkt ist jedoch, dass Plastik nichts in Lebensmittelabfällen, die in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden, zu suchen hat. Gleich zu Beginn der Diskussion hat die SPD-Landtagsfraktion dem Minister Unterstützung zugesagt, wenn es um ordnungsrechtliche Maßnahmen geht. Alles, was wir politisch tun können, sollten wir auch jetzt anpacken. Wichtig ist, dass alle Lücken, die es gegeben hat, geschlossen werden, damit so etwas nicht noch einmal passieren kann. Deswegen ist der Antrag richtig und konsequent.

Auch die Diskussion auf europäischer Ebene geht in die richtige Richtung. Ohne Verbote von beispielsweise Plastikgeschirr wird es nicht gehen. Nun ist auch der Bund in der Pflicht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht alles sein. Ich hoffe, dass wir damit eine umfangreiche Diskussion unter anderem über das Thema Müllvermeidung, über Praktiken von Unternehmen in der Müllbranche und über Verpackungswahnsinn gerade bei Internetbestellungen bekommen. Diese sind immer besonders stark verpackt. Das muss sich jeder selbst angucken.

Das, was wir hier diskutieren, ist die Spitze des Eisberges, und wie heißt es so schön: In die Zeitung von gestern wird morgen der Fisch eingepackt. Zumindest früher war das so. Wir müssen am Ball bleiben, auch wenn dies keine Schlagzeile mehr ist. Der Antrag der SPD zur Lebensmittelverschwendung im Juli-Plenum ist einer der nächsten Schritte. Freiwillige Vereinbarungen sind schön, aber nur dann, wenn sie funktionieren. Mut zu Entscheidungen ist Aufgabe von Politik. Wir stimmen dem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr erfreut, dass bei dieser Debatte und bei diesem Thema offensichtlich große Einigkeit besteht und dass wir hier gar nicht groß gegeneinander angehen müssen. Viele Dinge, die ich mir vorgenommen hatte, zu sagen, hat Sandra Redmann auch ge-

sagt. Deswegen würde ich mich gern auf einige andere Punkte konzentrieren.

Ja, es ist tatsächlich so, dass der Skandal an der Schlei viele wachgerüttelt hat. Es ist tatsächlich ein großes Problem in der Umweltpolitik insgesamt, dass immer erst etwas passieren muss, damit wir alle wach werden und sagen: Ach ja, da war ja etwas mit dem Plastik in Bangladesch oder sonst wo und nun auf einmal auch bei uns.

Um es aber positiv zu sehen: Ich habe das Gefühl, die Bevölkerung und die Politik sind wachgerüttelt, und es bewegt sich etwas. Ich bin froh, dass wir mit diesem Antrag deutlich machen, dass auch wir deutlich machen, dass wir sehen, dass wir hier Regelungen ändern müssen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Bioabfallregelung und die Düngerverordnung geändert werden.

Eine Bekannte erzählte mir neulich: Als sie Komposterde gekauft und diese in ihrem Garten verstreut hatte, sah das aus wie Konfetti, weil in dieser Komposterde, mit der sie ihrem Garten etwas Gutes tun wollte, Plastikschnipsel waren. Das ist nicht nur hässlich oder zumindest ungewöhnlich, sondern es ist auch gefährlich für Vögel und andere Lebewesen. Deshalb ist es hochgradig schädlich.

Es geht also wirklich darum, dass wir weniger in den Kreislauf einbringen. Ja, dazu habt ihr schon viel gesagt. Es geht aber vor allen Dingen auch darum, dass wir Plastik vermeiden. Wir werden auf Dauer nicht alles Plastik recyceln können, wir werden einfach weniger Plastik benutzen müssen. Herr Rickers, hier bin ich nicht ganz Ihrer Meinung, dass alles schon tiptopp ist bei uns in der Abfallwirtschaft. Es wird noch viel zu viel verbrannt. Vieles von dem, das ich in meiner Küche sortiere, landet hinterher gemeinsam in einem Verbrennungsofen. Das ergibt natürlich überhaupt keinen Sinn. Wenn man ehrlich ist, dann ist es bei manchen Verpackungen auch einfach schwierig, diese zu recyceln, weil alles Mögliche miteinander verbunden ist. Das heißt, wir brauchen verbindliche Recycling-Quoten im Abfallrecht. Wir brauchen mehr echtes Recycling, und wir brauchen auch eine Änderung der Besteuerung von Erdöl für die Plastikproduktion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn etwas nichts kostet - früher gab es an der Kasse Plastiktüten häufig kostenlos dazu -, wird es mitgenommen. Wenn dafür Geld verlangt wird, überlegt man zweimal und sagt sich, dass man auch seinen Einkaufskorb mitnehmen könnte. Außerdem muss darüber nachgedacht werden, die Verwen-

(Eka von Kalben)

derung problematischer Verbundmaterialien - Materialien, die man nicht mehr trennen kann - zu begrenzen. Auch über ein Verbot überflüssiger Wegwerfprodukte aus Plastik sollte nachgedacht werden. Kein Mensch braucht einen Trinkhalm aus Plastik! Man kann auch einen Strohhalm nehmen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, es wäre falsch, das Plastikproblem nur auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen. Trotzdem ist es wichtig, dass auch wir uns über unser Verhalten Gedanken machen. In Kenia zum Beispiel ist es seit dem Jahr 2017 verboten, Plastiktüten zu benutzen. Das bedeutet, dass dort täglich 100 Millionen Plastiktüten eingespart werden - 100 Millionen! Wir müssen uns wirklich fragen: Wenn es dort geht, wenn sich dort etwas bewegt, warum können dann nicht auch wir auf Plastiktüten im Verkauf verzichten?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen. Hinter alledem verbirgt sich meines Erachtens ein ganz anderer Skandal. Wir regen uns im Moment darüber auf, dass Lebensmittel, die kompostiert werden, verpackt sind. Wir müssen auch darüber sprechen, warum überhaupt so viele Lebensmittel weggeworfen werden. Eigentlich ist das der Skandal. Auch auf diesen Handlungsbedarf geht unser Antrag ein.

Auf Robert Habecks Initiative hin hat sich die Umweltministerkonferenz am vergangenen Freitag für ein Schredderverbot verpackter Lebensmittel ausgesprochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Flemming Meyer [SSW] und Dennys Bornhöft [FDP])

Außerdem unterstützen die Umweltminister die Einführung einer Plastiksteuer. Das ist ein großartiger Erfolg von Ihnen und Ihrem Staatssekretär, Herrn Goldschmidt. Vielen Dank dafür von unserer Seite.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Jetzt ist es an uns, nachzulegen und ein weiteres starkes Signal in Richtung Bund zu senden. Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Sandra Redmann [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist nicht nur noch amtierender Fußballweltmeister

(Zurufe: Noch!)

- die neue Fußballweltmeisterschaft findet ja jetzt statt -, sondern auch international bekannt für seine akribische, weltmeisterliche Mülltrennung. Hier wird selbst der Teebeutel auf drei verschiedene Tonnen aufgeteilt. Häufig ist Gemüse wie Feldsalat, teils auch Salatgurken, im Einzelhandel noch in Plastiktüten oder Folie eingepackt. Auch wenn wir alle vermutlich gegen Lebensmittelverschwendung sind, wird es vorkommen, dass einem zu Hause hier und da etwas vergammelt, weshalb man es nicht mehr verzehren kann, sondern wegwirft. Dann kommt es auf den Kompost. Niemand käme wohl zu Hause auf die Idee, den Salat im Plastikbeutel auf den Kompost zu werfen. Natürlich wird vorher beides voneinander getrennt.

Genau diese Selbstverständlichkeit findet im gewerblichen Bereich nicht immer zwingend statt. Hier werden die Lebensmittel in ihrer jeweiligen Verpackung geschreddert und dann zur Energiegewinnung weiterverwendet. Warum wird es so gemacht? Weil es kostengünstiger und noch erlaubt ist.

Verpackungsindustrie, Versand und Einzelhandel, vor allem der Online-Einzelhandel, müssen in der nächsten Zeit wirklich sehr aufmerksam sein, was den Umgang mit Müll, aber auch die Verschwendung von Material betrifft. Man merkt es auch an der Medienberichterstattung: Die Einschläge im Sinne von politischen Maßgaben bezüglich Müllvermeidung und Minimierung von Verschwendung kommen immer näher. Wenn im Umgang mit Plastik und Plastikmüll nicht ein Umdenken stattfindet, wird die Politik mehr und mehr Zwangsmaßnahmen erlassen, teilweise auch erlassen müssen.

Von der EU wird ein Verbot von Plastikwegwerfartikeln ergehen. Mancher mag über die EU schimpfen; das passiert auch in diesem Haus. Auch die Briten schimpfen über die EU. Jedoch beinhaltet eines der ersten Gesetze, die Theresa May vor dem Hintergrund des EU-Austritts angestoßen hat, das Vorziehen des Verbots von Plastikeinweggeschirr in Großbritannien.

(Dennys Bornhöft)

Als Mitglied der Freien Demokraten ziehe ich Eigeninitiative und innovative Ideen stets politisch auferlegten Verboten vor. Wir wünschen uns insoweit auch mehr eigene Impulse aus der Industrie. Wenn allerdings Ambition und Eigeninitiative kaum ausgeprägt sind, wird die Politik hier und da Maßnahmen im Sinne der Ersatzvornahme treffen müssen.

Jeder von uns kennt die Horrorbilder und -videos von den Gewässern in Asien, die man aufgrund der Müllmenge gar nicht mehr als Gewässer erkennen kann. Gelegentlich hört man, Müllvermeidung in Deutschland und Europa werde die Abfallwirtschaft im Pazifikraum nicht ändern. - Ja und nein. Der Sinneswandel wird sicherlich nicht von der Nordsee und der Ostsee bis hin zum Pazifik schwappen. Jedoch haben wir Europäer jahrzehntelang unseren Plastikmüll als Rohstoff beispielsweise nach China exportiert. Ähnlich wie den Wasserkreislauf der Meere müssen wir auch den Abfallwirtschaftskreislauf globaler als bisher denken und beispielsweise unsere Recyclingtechnologie deutlich stärker in Südostasien anbieten und dorthin exportieren.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt mittlerweile kaum einen Ort auf der Welt, an dem Plastikmüll nicht gefunden wird. Selbst in der Arktis und in den Tiefseegräben sind bereits Mikroplastikpartikel aufgetaucht. Was für eine Ausbreitung eines Stoffes, der seit noch nicht einmal 70 Jahren industriell hergestellt wird!

Plastikmüll in den Meeren ist in aller Munde, Plastikmüll auf unseren Feldern und Äckern eher weniger. Jahrelang wurden Faulschlämme - wie jüngst an der Schlei - mit 0,5 % Beimengung von Plastikteilchen als Dünger auf unsere Äcker verbracht. Die 99,5 % organischen Materials sind abgebaut, die Plastikteilchen wiederum bleiben. Sie gelangen auch in Schleswig-Holstein in unsere Nahrungskette und damit in uns Menschen.

Um dieses Risiko zu minimieren, fordern wir, dass die Düngemittelverordnung in Bezug auf Gärreste verschärft und die Verunreinigung möglichst gering gehalten wird. 0,0 % werden technisch leider niemals möglich sein, nicht alles kann man herausfiltern. Aber die weitere Maßgabe, mit der das Schreddern inklusive Plastikverpackung verhindert wird, führt automatisch dazu, dass der Plastikanteil im Kompost sinkt.

Das Bild, welches wir von Kunststoffen haben, muss neu gezeichnet werden. Als Allheilmittel vor nicht einmal 70 Jahren industriell gestartet, treten

nun von Jahr zu Jahr mehr die Schattenseiten zum Vorschein: biologisch nicht abbaubar, sondern lediglich stetig in kleinere Teile zerfallend oder auch hormonell wirkend und somit unter stakem Verdacht stehend, unfruchtbar zu machen.

Der Einsatz von Plastik und dessen Hinterlassenschaften wird uns noch sehr lange begleiten. Es kann in der Umwelt Jahrtausende überdauern. Wenn man sich die mediale Berichterstattung anschaut und entsprechende Gespräche führt, kommt man zu dem Ergebnis, dass der Plastikmüll, was die negativen Folgen angeht, bei der jungen Generation, die auf der Tribüne sitzt, vom Stellenwert her irgendwann das - zu Recht - miese, extrem negative Image haben wird, das heute Atomkraft hat. Der Kampf gegen Plastikmüll wird ein langer sein. Lassen Sie uns heute bitte einen großen Schritt in die richtige Richtung wagen und dem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich noch einmal für meinen Zwischenruf von gestern in aller Form zu entschuldigen, auch vor diesem Forum. Meine Stimme ist bekanntlich nicht sehr stark. Deswegen wundert es mich, dass dieser Zwischenruf überhaupt notiert worden ist.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sie sitzen doch neben den Stenografen!)

- Aber da ich neben unseren hervorragenden Stenografen sitze, die alles mitbekommen - fast alles -, wurde das notiert. Ich entschuldige mich für die Wortwahl. Ich hoffe, Sie nehmen die Entschuldigung an.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, jetzt zu diesem sehr guten Antrag, den wir offenbar fraktionsübergreifend unterstützen. Die Bioabfallverordnung und die Düngemittelverordnung erlauben gewisse Vermischungsgrade von Lebensmitteln und Kunststoffen. Der Anteil an Kunststoffteilchen, die größer als 2 mm sind, darf laut Bioabfallverordnung zusammen mit allen anderen Fremdstoffen maximal 0,5 % betragen. Das klingt nach nicht viel. Aber bei 5.000 kg Abfall bedeutet dieser scheinbar

(Volker Schnurrbusch)

geringe Wert immerhin 25 kg Kunststoffteilchen, die größer als 2 mm sind. Das ist schon eine Menge. Man kann sich ungefähr vorstellen, was noch an für das Auge nicht sichtbaren Teilen dabei ist; man spricht von „Mikroplastik“. Unter Mikroplastik - das sage ich jetzt für die Galerie, weil die Herren und Damen hier das wahrscheinlich alle wissen - versteht man Plastikpartikel der Größenkategorie kleiner als 5 mm. Erlaubt - weil nicht verboten - sind derzeit Vermischungen mit Plastikteilchen, die größer als 2 mm sind.

Mikroplastik primärer oder sekundärer Art von zum Beispiel 0,8 mm Größe darf nach der bestehenden Gesetzgebung weiterhin mit Bioabfall vermengt werden. Selbst Toleranzen von 0,5 %, von denen auch im Antrag die Rede ist, torpedieren nicht nur die Kernidee einer gesetzlich vorgeschriebenen getrennten Sammlung, sondern auch die Widerstandskraft gesunder Ökosysteme.

Nun gelangen - wir haben es heute Morgen von Herrn Rickers gehört - mit Plastik vermengte Bioabfälle unter anderem durch die Biotonne aus Privathaushalten in den Umlauf. Wenn Biogasanlagen dann ihre Gärreste und Komposte an Landwirte abgeben, landen sie mitsamt den Kunststoffresten auf dem Acker oder, wie wir jüngst gesehen haben, in der Schlei.

Am Freitag der vorigen Woche überraschte der Schulleiter der Stiftung Louisenlund, Herr Dr. Peter Rösner, auf dem Schlei-Forum mit der Nachricht, dass die hauseigene Schule im Rahmen der eigenen Meeresforschung viele Monate vor der medialen Welle bereits Plastikteile in der Schlei gefunden habe.

Die Kollegen hätten nur nicht gewusst, wie man dieses Plastik zuordnen sollte.

Wie sich nun herausstellt, gelangten Plastikreste als Schreddergemisch mit Lebensmittelresten in den Faulschlammprozess der nahen Kläranlage. Von dort gelangte das Plastik dann irgendwie in das Gewässer. Sehr geehrter Minister Dr. Habeck, Sie sprachen sich vor rund drei Monaten in einer Talkshow für die konsequente Trennung von Lebensmitteln und Plastik aus. Das ist, glaube ich, auch hier Konsens. Sie blieben aber bezüglich des Plastikmüllskandals in der Schlei noch stumm. Mit einer Stellungnahme haben Sie recht lange auf sich warten lassen. Frau Kabel aus Ihrem Ministerium sagte anlässlich eines ähnlichen Vorfalls in Mecklenburg-Vorpommern vor drei Jahren, der hiesigen Landesregierung seien keine Kontaminationsfälle bekannt. - Jetzt haben wir einen solchen Fall, und

man fragt sich, ob und inwiefern die Regierung zwischen 2015 und 2018 Vorsorgemaßnahmen ergriffen hat, um so etwas zu verhindern. Wie es aussieht, hat das Umweltministerium das Kind erst in den Brunnen fallen lassen, statt vorzusorgen.

Bereits im November letzten Jahres haben wir hier in diesem Hohen Haus eine Debatte zu einem europäischen Verbot von mikroplastikhaltigen Kosmetika, Wasch-, Reinigungs- und sonstigen Verbrauchsmitteln geführt. Die AfD-Fraktion hat diesen Antrag unterstützt, und im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes unterstützt die AfD-Fraktion auch diesen Antrag mit dem Ziel einer konsequenten Trennung von Kunststoffen von Lebensmittelabfällen. Die weiteren in diesem Antrag genannten Ziele - die Vermeidung von Abfall, die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung generell - unterstützen wir ebenso gern. Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall AfD - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen heute in der Sache abstimmen!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

War das ein formeller Antrag auf Ausschussüberweisung, Herr Schnurrbusch? Es ist eigentlich beantragt worden, in der Sache abzustimmen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das habe ich nicht gehört, dann gern in der Sache abstimmen!)

- In Ordnung.

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht mit der Präsidentin anlegen! Die Präsidentin schläft nie!
- Volker Schnurrbusch [AfD]: Das habe ich jetzt gelernt!)

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verunreinigung und Vermüllung der Schlei durch Plastikteilchen hat in Schleswig-Holstein eine alte Debatte neu in Gang gesetzt. Alt ist die Debatte, weil Plastikmüll oder die Vermeidung vom Plastikmüll kein neues Thema ist. Neu hingegen ist, dass wir guten Glaubens waren, dass in den Bioabfall auch nur Abfälle tierischer oder pflanzlicher Herkunft gehören. Seit den Funden in der Schlei wissen wir, dass dies nicht so ist. Es gibt nämlich eine Lücke im System, die es zulässt, dass

(Flemming Meyer)

Bioabfälle mit bis zu 0,5 % der Trockensubstanz Fremdstoffe aufweisen dürfen - so steht es in der Bioabfallverordnung. Gleiches gilt nach der Düngerverordnung für Gärreste und Komposte. Was seinerzeit zum Schutz der Wirtschaft gedacht war - also um Betriebe zu schützen, die Fremdstoffe versehentlich beigemischt haben -, wird nun ausgenutzt und ausgereizt. Sortiermaßnahmen werden auf das Notwendigste reduziert. Heute stellen wir fest: Das ist ein Fehler im System.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Fehler will Jamaika nun beheben. So verstehe ich den vorliegenden Antrag mit den beiden Punkten zur Bioabfall- und Düngerverordnung.

Richtig ist, dass etwas geändert werden muss. Ich sehe aber die Gefahr und möchte darauf aufmerksam machen, dass wieder Lücken entstehen können, die wir heute noch gar nicht erahnen können. Damit meine ich die unter Punkt 1 geschaffene Ausnahmeregelung, denn die Beimengung von Kunststoffen soll nur untersagt werden, wenn organische Abfälle dem Stoffkreislauf zugeführt werden. Im Umkehrschluss heißt das: Organische Abfälle, die nicht dem Stoffkreislauf zugeführt werden, können weiterhin mit Fremdstoffen vermischt werden. Hier schaffen wir vielleicht eine neue, unnötige Lücke, die eventuell ausgenutzt werden kann.

Punkt 2 des Antrages lässt auch einen Spielraum zu. Der Kunststoffanteil soll demnach „auf das technisch mögliche Minimum und somit gegen null reduziert werden“. Ich halte diese Formulierung für zu schwammig, denn was ist mit „gegen null“ gemeint? Wieviel weniger als 0,5 % Kunststoffanteile dürften demnach in den Gärresten und Komposten drin sein? Nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit Plastikteilchen in der Schlei gemacht haben, hätte ich mir hier eigentlich eine deutlichere Aussage gewünscht, die keinen Spielraum für Interpretationen zulässt. Bioabfall ist Bioabfall - Schluss, aus und nichts anderes!

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Gleichwohl ist die Zielsetzung des Antrags absolut richtig. Es muss darum gehen, Plastikeinträge in die Umwelt zu vermeiden. Ein erster wichtiger Schritt dahin wurde jüngst bei der Umweltministerkonferenz in Bremen gemacht. Das ist auch gut so, denn bisher waren die Signale aus Berlin zu diesem Thema eher sehr verhalten. Auch ich möchte mich

beim Umweltminister für seinen Einsatz bedanken. Es ist gut, dass hier endlich etwas geschieht.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Mit dem letzten Absatz des Antrags greift die Koalition einen weiteren Punkt auf, der im Zusammenhang mit verpackten Lebensmitteln steht. Es geht schlicht darum, dass immer mehr abgelaufene Lebensmittel mit ihren Plastikverpackungen weggeschmissen werden. Das ist ein großes Rad, an dem gedreht werden muss. Zum einen hat der Handel als Anbieter eine Verantwortung, der er sich vielleicht auch bewusst ist. Er ist aber auch bestrebt, alle Produkte bis kurz vor Ladenschluss vorzuhalten, damit auch der späte Kunde das Geschäft zufrieden verlässt. Darum kann letztendlich nur ein Erfolg erzielt werden, wenn sich auch das Bewusstsein und Kaufverhalten der Verbraucher - also von uns allen - ändert.

Die Ursachen zu ergründen ist wichtig. Wichtiger ist jedoch, Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, die einer solchen Lebensmittelverschwendung entgegenwirken. Bund und Länder sind gemeinsam gefordert, das Problem der Lebensmittelverschwendung ernsthaft anzugehen. Richtig ist: Es gibt eine nationale Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung. Das langfristige Ziel dieser Strategie ist, bis 2030 die Verschwendung um 50 % zu reduzieren. Die Frage ist aber doch: Wer weiß davon? Wenn man es mit einer solchen Strategie ernst meint, die als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen ist, muss man sie auch entsprechend bewerben. Ich glaube, hier gibt es weiß Gott noch viel zu tun. - Jo tak.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich für die solidarische und konstruktive Debatte. Man könnte hier auf die Idee kommen: Wenn sich hier alle einig sind, warum diskutieren wir das? - Das wäre aber falsch, denn die Geschlossenheit in diesem Hohen Haus

(Minister Dr. Robert Habeck)

entspricht nicht der politischen Gefechtslage auf Bundesebene und auch nicht der auf europäischer Ebene. Insofern hat Schleswig-Holstein in der Tradition, die Sandra Redmann angesprochen hat, als Land zwischen den Meeren und als Land, das die Vermüllung und Plastikverseuchung - so muss man es eigentlich nennen - der Meere immer adressiert hat, jetzt auch vor dem Hintergrund der Schlei eine besondere Rolle und nimmt diese besondere Rolle auch wahr.

Da hilft fraktionsübergreifend artikulierte Unterstützung bei den Diskussionen auf Bundesebene. Deshalb danke ich dem Haus, dass es diesen Antrag gibt, und ich danke auch für die Art, wie hier darüber diskutiert wird.

(Beifall)

Erlauben Sie mir kurz einige Anmerkungen, denn mehr ist in dieser Sache vielleicht gar nicht notwendig, weil hier das Einvernehmen sehr groß war.

Lieber Flemming Meyer, ich verstehe den Antrag so, dass das, was Sie intendieren, gemeint und eigentlich auch beinhaltet ist. Wir haben viel darüber diskutiert, dass wir die Klärschlammausbringung untersagen wollen. Bei der Verbrennung ist es okay, da ist es nicht wichtig, ob da noch Fremdbestandteile dabei sind.

Auch die Formulierungen in Punkt 2 „auf das technisch mögliche Minimum und somit gegen null“ ist meiner Meinung nach sehr weitgehend, denn - und darauf hat Herr Bornhöft hingewiesen - wir werden es wahrscheinlich nicht erreichen können - das zeigt im Grunde die ganze Problematik -, völlig auf null zu kommen, weil Plastik eben überall zu finden ist. Selbst wenn man wirklich auf null gehen will, wird es immer Restbestandteile geben. Ich allerdings hätte in der Formulierung Null gesagt, wissend, dass man dann in der Genehmigung immer mit einer Restunsicherheit leben müssen. Ich lese aber auch den Antrag so, dass die strengstmöglichen Regelungen gefordert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Zuruf: So ist es!)

Ich will kurz auf das Problem, das an der Schlei deutlich geworden ist, eingehen: Es ist meiner Ansicht nach ein politischer Fortschritt, dass sich die Umweltministerkonferenz - die entscheidet immer einstimmig - dieser Problemsicht angeschlossen hat und damit in gewissem Sinne der Bundesregierung widerspricht. So ist es folgendermaßen aufzulösen: Es gibt keine Trennungsvorschrift am Anfang der Kette. Organische Materialien - also verarbeitete

Lebensmittel, die verpackt sind - müssen nicht von der Verpackung getrennt werden. Es gibt ein Gebot, das ist aber - deshalb ist die Formulierung hier wieder aufgetaucht - daran gebunden, dass es wirtschaftlich zumutbar und technisch möglich sein soll. Das heißt - so wird es von der Firma REMONDIS und den anderen Verarbeitern interpretiert -, dass das wirtschaftlich günstigste Instrument, das anfängliche Vermengen und das hydraulische Trennen zulässig ist. Es ist genau, wie Heiner Rickers es gesagt hat, wer sich das einmal bei Youtube ansehen will, muss das entsprechende Stichwort nur eingeben, es ist schon ziemlich widerlich und unverständlich, wenn man das sieht, aber das ist jedenfalls das, was offensichtlich unter diese Formulierung „wirtschaftlich zumutbar und technisch geboten“ fällt. Jedenfalls gibt es keine klare Rechtsvorschrift, die es am Anfang der Kette untersagt, diese Lebensmittel mit den Plastikbestandteilen zu vermengen. Da setzen wir an.

Allerdings gibt es eine wahrscheinlich sehr gut gemeinte, aber völlig unzureichende Vorschrift bei der Ausbringung von organischem Material, nämlich dass der Fremdstoffgehalt 0,5 % der Gewichtstrockenmasse betragen kann. In dem Zusammenspiel von beiden Rechtsnormen, der zu schwachen am Anfang und der zu großen Interpretationsmöglichkeit am Ende, ergibt sich das Problem bei der Ausbringung der Lebensmittel. Wahrscheinlich hat der Gesetzgeber, als er das einmal formuliert hat, gedacht: Na ja, irgendein Restbestandteil wird es immer geben. - Aber er hat nicht damit gerechnet und vielleicht auch nicht damit rechnen können, dass es zur technischen Normalität wird, erst Plastik unterzumengen - im Vertrauen darauf, dass am Ende alles herausgefiltert wird -, um die Rechtsnorm völlig auszuschöpfen.

Um einmal Zahlen zu nennen, was das eigentlich bedeutet: Wir haben in Schleswig-Holstein ungefähr - das ist Wirtschaftsgut, deswegen gibt es keine klare Erfassung - 150.000 t organisches Material, das ausgebracht wird, was unter die Düngeverordnung und die Bioabfallverordnung fällt, und damit 0,1 % verformbares Plastik oder 0,5 % Reststoffe, nämlich Fremdstoffe, enthalten könnte, die legalerweise ausgebracht werden können. Das sind in Summe für das verformbare Plastik 150 t, die jährlich rausgehen können und - bezogen auf die 0,5 % - 750 t Plastikgranulat, das legal in Schleswig-Holstein ausgebracht werden kann. Der Antrag sagt: Das kann nicht richtig sein. Das muss unterbunden werden. - Er sagt zu Recht: Schließt die Lücke am Anfang, sorgt dafür, dass es ein strenges Gebot gibt; organisches Material muss von den Ver-

(Minister Dr. Robert Habeck)

packungsmaterialien getrennt werden, und sorgt dafür, dass am Ende die Richtwerte strenger werden - so streng, wie es geht. Das sind die richtigen Ansätze.

Ich freue mich über die Unterstützung und werde jetzt die Bundesratsinitiative starten, die die Umweltministerkonferenzbeschlüsse versucht, in eine Rechtsnorm auf Bundesebene zu gießen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit im Großen und Ganzen eingehalten.

(Heiterkeit)

- Sie runden auch nicht anders.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/740 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/740 (neu) einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haltungskennzeichnung für Fleisch- und Milchprodukte einführen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/676

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Das Mikro ist so weit weg. Kann man mich so verstehen? Dann kann ich auch gerade stehen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehen auch!)

- Sehen auch, das ist gut.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haltungskennzeichnungen für Produkte aus Milch oder Fleisch, darum geht es heute in dem Antrag, den wir in der Jamaika-Koalition gemeinsam auf den

Weg bringen wollen. Worum geht es bei diesem Thema auch wieder ein Stück weit? - Um die Verpackung.

Wer kennt das als Verbraucher nicht: Man geht mit einem hehren Ansatz Lebensmittel einkaufen, Milch- und Fleischprodukte, schaut auf die Verpackung und sieht wieder einmal eine Kuh auf der Weide oder ein Ferkel im Stroh? - Das sind alles schöne Bilder für die Werbung auf der Verpackung, die aber gleichzeitig dem Endverbraucher ein Stück weit suggerieren, dass die Tiere tatsächlich so gehalten werden. Das ist nicht immer der Fall. Wenn auf der Milchtüte nicht tatsächlich explizit „Weidemilch“ steht, können Sie sicher sein, dass die Bilder zwar schön sind und eine Weide abgebildet wird, aber am Ende vielleicht gar keine Weidemilch in der Tüte enthalten ist.

Genau das ist das Problem: Wir verlangen, dass der mündige Bürger ein Stück weit bei uns im System im gesättigten Deutschland dafür sorgt, dass es, wenn wir Tiere halten, am Ende gewährleistet ist, dass es den Tieren, die genutzt werden, während dieser Nutzungsdauer auch gut geht und sie so gehalten werden, dass es Haltungsbedingungen und Fütterungsmethoden gibt, die ihrem natürlichen Verhalten entsprechen. Wir sind verpflichtet - ich hoffe, da sind wir uns alle einig -, dass es den Tieren während ihrer Haltung möglichst gut gehen soll.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Nichtsdestotrotz stehen wir natürlich mit unserer Tierhaltung im internationalen Wettbewerb. Die Märkte sind international, die Preise werden international ausgeschrieben. Selbst in der EU - gestern gab es dazu eine spannende Debatte - können wir als deutsche Erzeuger froh sein, dass wir im geeinten Europa die gleiche Währung haben, denn das gab es vor Einführung des Euro nicht. Da kam die Milch aus Italien, weil die D-Mark zu stark war und das immer wieder zu Verzerrungen geführt hat.

Wir stehen also im internationalen Wettbewerb. Das Problem ist immer wieder einmal hier diskutiert worden. Eier werden heute nach Haltungsformen von 0 bis 3 gekennzeichnet, also in vier Stufen, von ganz guter Haltung bis dann irgendwie, vielleicht auch in Käfigen gehalten. Das ist auf der Verpackung ausgewiesen. Der Verbraucher kann ganz klar erkennen, zu welchem Frischeiprodukt im Regal er greift. Es hat Jahre gedauert, bis das System am Ende dazu geführt hat, dass auch der Handel darauf reagiert und mit einer Art Selbstver-

(Heiner Rickers)

pflichtung tatsächlich Eier in den Fertigprodukten kaum noch vorhanden sind, die aus dem EU-Ausland oder Nicht-EU-Ausland kommen und somit vielleicht auch aus einer Haltung, die wir so nicht wollen.

Käfighaltung bei Hühnern ist hier in Europa verboten. Es hat lange Übergangsfristen gegeben. Ähnlich wie bei den Hühnern müssen wir - das ist auch Meinung der CDU - bei der Tierhaltung besonders im Bereich der Hähnchenhaltung, aber auch bei der Schweinemast und der Rinderhaltung zu verbesserten Haltungsbedingungen kommen.

(Beifall Klaus Jensen [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank. - Ob wir dann noch wettbewerbsfähig sind, ist immer wieder die spannende Frage. Es gibt gute Ansätze: Vielleicht haben Sie schon einmal von der Initiative Tierwohl gehört. Diese wurde zumindest in den Anfangszeiten sogar von den Tierschutzverbänden unterstützt, allen voran dem Deutschen Tierschutzbund. Es gibt die Initiative Tierwohl oder vielleicht auch ein staatliches Tierwohllabel, das auch von der CDU-Landwirtschaftsministerin in Berlin gefordert wird, aber leider noch nicht umgesetzt wurde.

Ein erster Schritt in Richtung auf mehr Tierwohl könnte dann aber sein, dass wir den mündigen Bürger tatsächlich an der Ladentheke ein Stück weit besser dadurch entscheiden lassen können, dass die Lebensmittel tierischer Herkunft im Hinblick auf Haltungsbedingungen eindeutig gekennzeichnet sind.

Es hat eine aktuelle Umfrage in diesem Frühjahr gegeben. Bei dieser Umfrage haben sich fast alle großen Lebensmittelhersteller und Verbraucherverbände für eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ausgesprochen. Es gibt auch politischen Konsens in Berlin, dass diese Lebensmittelkennzeichnung zukünftig auf den Weg gebracht werden soll. Deswegen wäre das ein erster Schritt zu mehr Tierwohl.

Wir könnten am Verbraucherverhalten feststellen, ob tatsächlich die teureren Produkte für mehr Tierwohl aus dem Regal genommen und auch verbraucht werden. Wenn das am Ende nicht zielführend sein sollte, müssten wir über den Start einer zweiten Stufe nachdenken, das wäre ein staatlich verordnetes Tierwohl-Label, um über einen staatlichen Ausgleichsfonds letztendlich dem Erzeuger ein Stück weit die teure Produktion wegen besserer Haltungsbedingungen auszugleichen.

Ich freue mich über die Debatte. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und bringen Sie dieses wichtige Thema politisch mit auf den Weg. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren!

„Wir haben schönes Wetter. Aber Ihr Antrag ist aus unserer Sicht - es tut mir leid, das so sagen zu müssen - ein Schönwetterantrag.“

(Beifall SPD)

Das war der erste Satz in dem Redebeitrag des Kollegen Heiner Rickers in der Sitzung des Landtages im Mai 2014 zum Antrag der Küstenkoalition „Für eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsformen bei tierischen Lebensmitteln“.

Wenn Sie den Antrag der Küstenkoalition vor vier Jahren als Schönwetterantrag bezeichnet haben, lieber Herr Kollege Rickers, dann müssen wir heute Ihren Jamaika-Antrag als Schaufensterantrag einordnen,

(Beifall SPD)

zumal - das kommt erschwerend hinzu - die Entwicklungen der letzten Wochen Ihren Antrag zu weiten Teilen überholt haben.

Bereits Anfang April 2018 hat Gitta Connemann, die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in einem Brief an den Verbraucherschutzkommissar eine Kennzeichnungspflicht für die Herkunft und Produktionsweise von Eiern und anderen tierischen Produkten wie Fleisch und Milch in Fertigprodukten gefordert.

Wir alle wissen, es ist eine gute Idee, aber es ist ein Stück weit Augenwischerei, denn zurzeit sind die erforderlichen Mehrheitsverhältnisse in der EU nicht da. Das ist bekannt, das ist der CDU bekannt, das ist den Grünen bekannt, das ist der FDP bekannt, das ist uns bekannt. Da kommen wir im Moment nicht weiter.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Deshalb ist es erforderlich, dass wir auf Bundesebene endlich die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels nach vorn bringen - das steht auch in Ihrem Antrag -, und zwar zügig, ein staatliches Tierwohllabel, das bei der Ausgestaltung an dem Tierenschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes orientiert sein muss. Das Tierschutzlabel muss dem Tierwohl dienen, der Transparenz für die Verbraucher und nicht dem Marketing der Fleischindustrie.

Die Kennzeichnung - hier sind wir uns einig - muss verpflichtend sein. Aber - Herr Rickers hat es schon erwähnt - Ihre Landwirtschaftsministerin will ein freiwilliges Tierschutzlabel. Da müssen Sie noch ein bisschen tun, damit Druck ins Ministerium kommt. Herr Rickers, das dürfte aber kein Problem sein, weil im Gegensatz zu Ihrer Ministerin selbst der Deutsche Bauernverband ein verpflichtendes Tierwohllabel will.

(Beifall SPD)

Mit Ihrem Antrag sagen Sie das, was andere schon lange formulieren.

Wir dürfen das Thema nicht länger dem Lebensmitteleinzelhandel überlassen. Es darf nicht sein, dass die Lebensmittelindustrie die Standards festlegt und nicht der Staat. Wer soll die unabhängige Kontrolle gewährleisten, wenn nicht die Behörden?

Zum einen steht der Verbraucher einer Labelvielfalt gegenüber, die irritiert und verwirrend ist und damit wieder Tür und Tor für einen Missbrauch öffnet. Das darf nicht sein, deswegen das eine staatliche Tierwohllabel. Zum anderen müssen die Bauern je nach Handelskette spezifische Verpflichtungen eingehen. Damit werden sie in eine Abhängigkeit getrieben. Die Unternehmen, die Lebensmittelbranche, entscheiden, wie die Bauern ihre Tiere zu halten haben, welche Genetik, welches Futter, welcher Tierarzt auf den Hof kommt. Bei diesem Preisdruck und diesen Knebeleien können die Bauern nicht einfach wechseln, da sie zum Beispiel spezifisch LIDL-Schweine machen, die sie nicht einfach bei EDEKA verkaufen können. Diese vertikale Integration ist der falsche Weg. Das Label kann ein Stück weit helfen. Gucken wir uns die Machenschaften von Tönnies an, dann wissen wir, wie dramatisch die Entwicklungen für die Bauern sein können.

(Beifall SPD)

Wir wollen, dass Bauern in eigener Verantwortung, orientiert an einem zuverlässigen staatlichen Tierwohllabel, dem Verbraucherinteresse und dem Tierwohl verpflichtet eine nachhaltige Nutztierhaltung betreiben. Heiner Rickers hat es schon gesagt:

Das ist auch eine Möglichkeit, der Bereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher, für eine gute Haltung mehr Geld zu bezahlen, Ausdruck zu geben.

Die Agrarministerkonferenz hat Anfang Mai 2018 ein verpflichtendes Label beschlossen und die Ministerin aufgefordert, das jetzt zu tun. Ihr Antrag schwimmt also in einem guten Fahrwasser.

Wir brauchen ein Bundesprogramm „Nachhaltige Nutztierhaltung“. Der tierwohlgerechte Umbau der Ställe darf nicht allein bei den Bauern hängen bleiben, vor allen Dingen nicht in der Übergangszeit.

Wir wollen mit diesen Instrumenten eine Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl ausgerichtet. Das heißt auch, dass wir bei der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik weg müssen von der flächengebundenen Förderung hin zu einer, die die Leistungen für das Gemeinwohl honoriert. Dazu gehört auch das Tierwohl.

Ich beantrage Überweisung an den Ausschuss. Denn wir haben unseren Antrag im Mai 2014 beschlossen. Ich kann nicht richtig erkennen, dass das zu großen Initiativen vonseiten des Ministeriums geführt hat. Deshalb in den Ausschuss, dann können wir den Prozess gemeinsam beraten. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Eickhoff-Weber, Sie haben zum Schluss zum Glück noch die Kurve gekratzt

(Heiterkeit und Zurufe)

und dargestellt, wie vielstimmig die Debatte auf Bundesebene gerade bei diesem Thema ist und warum es wichtig ist, heute einen klaren Beschluss zu fassen, damit die Positionierungen klar sind, bleiben und umgesetzt werden.

Niemand möchte beim Kauf von täglichen Produkten wie Fleisch und Milch lange einen Beipackzettel durchlesen. Jeder möchte schnell, einfach und verbindlich erkennen, was er kauft. „Mit dem Einkaufswagen abstimmen“, das ist das Motto.

(Bernd Voß)

„Kein Ei mit der Drei“, das war der Slogan, der in Verbindung mit der europaweit verpflichtenden Haltungskennzeichnung bei Eiern vor über zehn Jahren den Durchbruch für eine Umstellung der Haltung von Legehennen weg von den Käfigen gebracht hat. Es bedurfte keiner staatlichen Subventionen, keiner Ge- oder Verbote. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zügig geregelt, welche Haltungsform Zukunft.

Wir möchten den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Wahl geben, nicht nur bei Frischeiern, sondern auch bei verarbeiteten Produkten wie Milch und Fleisch. Die Diskussion ist schon einige Jahre alt. Das ist richtig. Wir haben viel bewegt. Es geht auch darum, die Situation des Tierwohls in der Nutztierhaltung zügig zu verbessern.

Auch der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik der Bundesregierung hält die aktuell verbreiteten Haltungsbedingungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Akzeptanz für nicht zukunftsfähig. Die Kosten für den notwendigen Umbau beziffert das Gutachten auf 3 bis 5 Milliarden € jährlich. Das entspricht einer Preissteigerung von 3 bis 8 % für den Endverbraucher. Um die Wertschöpfung zu erzielen, muss dieser Mehrwert eindeutig erkennbar sein.

Auch die Betriebe brauchen klare Orientierungspunkte, wo sie die Betriebsentwicklung oder Investitionsentscheidungen hinlenken könnten. Jahrelange öffentliche Ankündigungen eines Tierwohlabels und ausbleibende Regelungen blockieren viele Entwicklungen auf den Betrieben und am Markt.

Ich freue mich, dass sich jetzt auch der Berufstand nach vielen Jahren Widerstand für eine verpflichtende Kennzeichnung ausgesprochen hat. Aber was hat sich geändert, was treibt ihn? Es ist nicht die Erkenntnis zur Kennzeichnung, die wir 2014 bereits in einem Antrag an dieser Stelle behandelt haben, es ist auch nicht die Erkenntnis, dass es im Jamaica-Koalitionsvertrag auf Bundesebene im vergangenen Herbst das Herzstück der geplanten Verbraucher- und Agrarpolitik der potenziellen Bundesregierung gewesen ist. Wir erleben heute eine spannende Debatte, wie das da weitergeht. Die Agrarministerkonferenz hat ebenfalls im April 2018 einen entsprechenden Beschluss gefasst und die Bundesregierung aufgefordert, bis Herbst endlich einen konkreten Vorschlag auf den Tisch zu legen.

Nein, wir haben die Situation, dass große Lebensmittelketten anfangen, ein vierstufiges Kennzeichnungssystem zu kreieren und auf den Kopf stellen. Damit übernehmen sie die Definition von Standards

in der Tierhaltung und im Tierschutz. Das macht nicht nur das Chaos perfekt. So landet das Setzen wesentlicher Standards in den Händen einiger großer Lebensmittelkonzerne und macht Erzeugerinnen und Erzeuger noch abhängiger von den Entscheidungen der Konzerne. Zu solchen Verwerfungen kommt es, wenn sich die Zuständigen in Regierung und Verbänden über Jahre weigern - wir wissen seit 15 Jahren beim Ei, wie es gehen könnte -, einfache und wirksame Regelungen, die von vielen gefordert werden, umzusetzen.

Klar, die Initiativen für freiwillige Tierwohlkennzeichnungen sind Zeichen eines Engagements und eines Willens zur Veränderung. Doch sie würden in der Masse nicht den Durchbruch bringen, da sie jeweils nur einen kleinen Teil der Tierhalterinnen und Tierhalter und deren Produkte erfassen würden. Eine klare vierstufige Kennzeichnung von null bis drei: null für ökologische Tierhaltung, drei für den gesetzlichen Standard. Das ist das, was wir brauchen.

Ich fasse zusammen: So ein System ist gut für den Tierschutz, gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, gut für die Betriebe und vermeidet Subventionserwartungen. Diese Chance sollten wir endlich nutzen.

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg und sollten das durch unseren Antrag unterstreichen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennis Bornhöft das Wort.

Dennis Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Kühlregalen der Supermärkte gibt es eine Menge bunter Label auf den Verpackungen von Fleisch, Milch und Käse, aber zu wenig Klarheit darüber, was diese Label tatsächlich aussagen. Wir Freie Demokraten sind dafür, dem Labelchaos zu begegnen, weil nur so der Kunde besser entscheiden kann, was er wirklich kaufen will.

(Beifall FDP)

Wir wollen die Stärkung der Transparenz am Markt und damit die Stärkung der Verbraucher erreichen. Für uns ist der Verbraucher als Marktteilnehmer ein ganz entscheidender Akteur. Der Verbraucher und

(Dennys Bornhöft)

die Verbraucherin können über die Nachfrageseite mit Steuern, was und in welcher Weise auf der Angebotsseite letztendlich produziert werden soll. Um diese Steuerungsfunktion gut ausführen zu können, benötigt der Verbraucher als Marktteilnehmer möglichst gute und klare Informationen über das Produkt, damit nämlich die von Herrn Habersaat gerade zitierte „unsichtbare Hand“, die wir vielleicht aus der Volkswirtschaftslehre kennen, die Informationsdefizite abbaut und somit nicht zu Marktverzerrungen führt.

Die in unserem Jamaika-Antrag vorgeschlagene Haltungskennzeichnung nach dem Vier-Stufen-Prinzip gibt dem Verbraucher klare Informationen für die Kaufentscheidung. Es existieren bereits viele unterschiedliche Labels, aber die Vielzahl der Labels trägt bisher eher zur Verwirrung bei. So gibt es beispielsweise das blaue Label „Für mehr Tierschutz“ des Deutschen Tierschutzbundes in zwei Stufen, das Vier-Pfoten-Label „Tierschutz kontrolliert“ in Silber und Gold und das „Neuland-Label“ des Deutschen Tierschutzbundes gemeinsam mit dem BUND und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Ich wette, kaum ein Kunde kann sagen, welche Kriterien sich hinter diesen Labels jeweils verstecken. Da ich diese Rede stellvertretend halte, muss ich sagen: Ich reihe mich da als Kunde ein.

(Beifall FDP)

Daher können die derzeitigen Labels nur eingeschränkt dazu dienen, den Verbraucher mit den bestmöglichen Informationen zu versorgen. Die bisher existierenden Labels schaffen höchstens ein wohlige Gefühl beim Kauf, etwas für ein undefiniertes Tierwohl zu tun; das klang in der Diskussion ein Stück weit an. Das mag auch so sein, doch in der Einzelbetrachtung stiftet das Labelchaos eher Verwirrung, als die Kunden wirklich zu informieren.

Richtiger und besser finden wir es, wenn man sich EU-weit auf eine objektive, einheitliche Kriterien-systematik einigt. Wir sprechen uns daher für eine obligatorische, EU-einheitliche vierstufige Kennzeichnung aus. Der Fleisch- und Milchmarkt und der Verbraucher sollen damit bessere Informationen bekommen.

Der Verbraucher oder die Verbraucherin an der Fleischtheke ist für uns natürlich nicht bloß ein gesichtsloses Funktionsglied in einem abstrakten Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage; wir befinden uns ja auch nicht in einer VWL-Vorlesung. Der Verbraucher oder die Verbraucherin hat das

Recht, selbst zu entscheiden, was er oder sie kaufen möchte. Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, was er essen will. Wir wollen die mündigen Bürgerinnen und Bürger mit unserem Antrag in diesem Recht zu wählen stärken. Uns ist nicht nur bei der Landtagswahl die freie Wahl - hier die freie Wahl der Verbraucher - deutlich lieber als ein staatliches Steuern über Verbote.

Ein Vier-Stufen-System bedeutet übrigens nicht automatisch, dass Stufe vier besser ist als Stufe eins. Es ist ein einfaches Kategoriensystem, das die unterschiedlichen Haltungsarten kategorisiert. Alle Stufen haben ihre Vor- und Nachteile. Der Kunde soll frei entscheiden, was ihm die jeweilige Tierhaltungsform wert ist.

Unser Anliegen ist es, bessere Transparenz für den Kunden herzustellen. Das, meine Damen und Herren, ist die Vereinbarung von Ökologie und Ökonomie, die wir für die Jamaika-Koalition immer einfordern. - Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Um es gleich klarzustellen: Die AfD steht auch für eine artgerechte Tierhaltung, bei der Nutztiere nicht unnötig leiden müssen. Wir müssen verantwortungsvoll mit Tieren umgehen, die Haltung angemessen gestalten und gleichzeitig die Versorgung mit Fleisch und Grundnahrungsmitteln, etwa Milchprodukten, sicherstellen.

Auf der einen Seite kann Massentierhaltung negative Folgen für Tiere, aber auch für die Umwelt haben - wir haben es gerade beim Gülleproblem kennengelernt. Auf der anderen Seite steht der verständliche Wunsch der Verbraucher nach Milch und Fleisch zu bezahlbaren Preisen. Doch hier regt sich etwas: Heute wünschen sich bereits 82 % der Bürger mehr Transparenz in der Tierhaltung, 87 % verlangen eine bessere Tierhaltung, und 88 % sind sogar bereit, mehr Geld für Nahrungsmittel aus artgerechter Tierhaltung zu bezahlen. Ich hoffe, dass das nicht nur Lippenbekenntnisse sind.

Der Markt hat darauf bereits reagiert und eine Vielzahl von Haltungsetiketten und sogenannten Biosie-

(Volker Schnurrbusch)

geln eingeführt. Beispielhaft verweise ich auf das „Neuland-Label“ oder die Haltungskennzeichnung der beiden großen Discounter, die seit Frühjahr dieses Jahres die Verpackungen zieren und bereits jetzt in vier Stufen deutlich machen, aus welcher Form der Tierhaltung das Fleisch stammt.

Eigentlich ist das ein Beleg für Politikversagen, denn aus unserer Sicht ist es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für die Tierhaltung zu gestalten und klar zu regeln. Stattdessen überlässt man dieses wichtige Feld den Produzenten, den Vermarktern oder den Verbänden.

Produzenten und Handel haben bereits Verpackungen mit eigenen Labels und Kennzeichnungen versehen. Somit haben die Verbraucher schon jetzt die Möglichkeit, die Art der Tierhaltung bei ihrer Kaufentscheidung zu berücksichtigen. Die Kennzeichnungen sind aber - da gebe ich Herrn Bornhöft generell gern recht - teilweise verwirrend und zu wenig informativ. Es ist davon auszugehen, dass der Handel nicht auf seine eigenen Kennzeichnungen verzichtet, denn die Einführung dieser Kennzeichnungen kostet sehr viel Geld, und sie befördern das Image der jeweiligen Handelskette. Das darf man nicht vergessen.

Welchen Mehrwert kann also eine staatlich verordnete Haltungskennzeichnung bringen, und wie soll das Ganze EU-rechtskonform umsetzbar sein? - Wir haben gerade gehört, dass es da durchaus Widerstände gibt. Anfang des Jahres erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herr Peter Bleser, dass die Bundesregierung aktuell keine Haltungskennzeichnung für Fleischprodukte einführen wolle. Hierzu sei der Aufwand zu hoch, und eine verpflichtende gemeinschaftliche Regelung, also eine Realisierung der Kennzeichnungspflicht für Fleischprodukte ähnlich wie bei Eiern innerhalb der EU, sei eher unwahrscheinlich.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung - wer weiß, wie lange die noch regiert - ist zwar festgeschrieben, dass bis Mitte der Legislaturperiode die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für ein staatliches Tierwohllabel und eine damit verbundene Haltungskennzeichnung geschaffen werden sollen. Wir müssen aber davon ausgehen, dass es noch Jahre dauern wird, bis eine Kennzeichnungspflicht, wie sie in diesem Antrag gewünscht ist, eingeführt wird. Das bedeutet für die Landwirte, die schon jetzt höhere Standards in der Tierhaltung berücksichtigen, dass sie auch länger auf einen finanziellen Ausgleich für ihre steigenden Kosten - denn artgerechte Tierhaltung gibt es nicht

gratis - warten müssen. Einen Mehrwert einer Neuregelung, die dieser Antrag vorsieht, gäbe es nur, wenn wir es schafften, eine Haltungskennzeichnung einzuführen, die klare, wissenschaftlich fundierte Haltungsvorgaben macht und gleichzeitig die breite Akzeptanz der Verbraucher findet.

Wir brauchen eine Regelung, um einerseits die Landwirte, die höhere Standards einhalten, entschädigen zu können - Herr Rickers hat gerade auf einen staatlichen Ausgleichsfonds hingewiesen - und gleichzeitig die Verbraucher bei ihrer Kaufentscheidung zu informieren - in der Bestrebung, die moderne Landwirtschaft zu einer ethisch akzeptablen Tierhaltung voranzubringen. Dieser Antrag erscheint uns bestens dafür geeignet, diesen politischen Prozess zu beschleunigen. Daher stimmen wir dem Antrag gern zu und freuen uns auf die Beratung im Ausschuss - wenn ich das richtig verstanden habe. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Untersuchungen belegen: Immer mehr Verbraucher wollen heute wissen, was sie kaufen. Dabei geht es ihnen nicht nur darum zu erfahren, wo die Produkte hergestellt werden - sprich: ob es sich um ein Produkt aus der Region handelt -, sie wollen heute auch wissen, wie die Tiere gehalten werden. Daher macht dieser Antrag Sinn.

Um es gleich vorwegzusagen: Wir als SSW begrüßen diesen Antrag, denn wir sehen darin einen Schritt in die richtige Richtung. Der vorliegende Antrag ist aber keine politische Erfindung der Jamaika-Koalition, denn bereits 2014 hat die Küstenkoalition hier im Landtag einen Antrag eingebracht, der zum Teil die gleiche Zielsetzung hatte - das hat die Kollegin ja auch schon erwähnt.

Aus Sicht des SSW schlagen wir mit einer transparenten und verbraucherfreundlichen Haltungskennzeichnung von Fleisch- und Milchprodukten gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Wir sehen darin eine Verbesserung in der Nutztierhaltung, denn der Verbraucher kann danach entscheiden, welche Art der Haltungsform er unterstützen will. Artgerechte Tierhaltung und Tierwohl spielen eine stärkere Rolle in den Köpfen der Verbraucher. Nicht umsonst

(Flemming Meyer)

wirbt die Lebensmittelindustrie immer wieder mit glücklichen frei laufenden Tieren auf den Verpackungen. Aber was die Abbildung auf der Verpackung mit dem Produkt gemeinsam hat, erfährt der Verbraucher nicht. Eine Entscheidung für oder wider eine bestimmte Haltungsform kann der Verbraucher auf einer solchen Grundlage nicht treffen.

Mit einer Deklaration von vier Kategorien, beispielsweise ökologischer Erzeugung, Freilandhaltung, deutlich mehr Auslauf und Platzangebot sowie Tierhaltung nach gesetzlichem Mindeststandard, hätte der Verbraucher eine bessere Entscheidungsgrundlage. Wir sind der Auffassung, dass eine solche Kennzeichnungsform dazu beiträgt, das Bewusstsein für eine artgerechte Tierhaltung und das Tierwohl weiter zu stärken.

Ferner stärken wir die Verbraucherrechte mit einer solchen Haltungs Kennzeichnung. Der SSW hat sich immer dafür ausgesprochen, einfache Deklarationen zu verwenden, die dem Verbraucher deutlich machen, wo das Produkt herkommt, wie es produziert wurde und was beispielsweise im Produkt enthalten ist. Nur wenn das vorhanden ist, kann sich der Verbraucher bewusst für oder gegen bestimmte Haltungsformen entscheiden. Wenn wir heute wissen, dass Verbraucher etwas über die Haltungsform erfahren wollen, dann sollten wir ihm diese Informationen auch geben. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, ihre Entscheidung verantwortlich treffen zu können. Dafür brauchen wir solche Herkunftskennzeichnungen.

Dass solche Herkunftskennzeichnungen kein Hexenwerk sind, sehen wir am Beispiel der Eier, die im Übrigen dafür im Antrag beispielhaft erwähnt werden. Die Deklaration auf den Eiern gibt Auskunft über die Haltungsform, das Land, aus dem das Ei stammt, und die Identifizierung des Betriebs, wobei die Haltungsform in vier Kategorien unterteilt ist. Eine solche Einteilung sollte nach Auffassung des SSW künftig auch für Fleisch- und Milchprodukte gelten, denn wir sehen hierin die Möglichkeit, den heimischen Markt zu stärken. Der Verbraucher kann sich dann bewusst dafür entscheiden, ein Produkt aus dem eigenen Land oder der eigenen Region zu kaufen. Daher sehen wir darin eine Chance, die heimische Wirtschaft zu stärken. Gleichwohl sehen wir dies nur als positiven Nebeneffekt.

Die Umsetzung einer solchen Haltungs Kennzeichnung ist, wie wir wissen, nicht so einfach. Dafür muss sich Schleswig-Holstein auf Bundesebene starkmachen und den Kollegen der anderen Bun-

desländern klarmachen, dass Verbraucherwünsche nicht nur in Schleswig-Holstein existieren. Das ist der eine Punkt. Das wird schon schwer genug. Was die EU-Ebene angeht, wissen wir, dass es ein aufwendiger Prozess wird, eine solche EU-Kennzeichnungspflicht einzuführen. Daher sollten wir nicht den Fehler begehen und die Einführung einer Haltungs Kennzeichnung einzig und allein von einer EU-Entscheidung abhängig machen. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Ähnlich wie in der vorherigen Debatte bedanke ich mich für diese Debatte. Ähnlich wie bei der vorherigen Debatte begrüße ich die große Einigkeit hier im Haus, die nicht selbstverständlich ist, weil die bundespolitische Debatte - ähnlich wie bei der Debatte zuvor - eine viel konfusere ist. Über den Nutzen für die Verbraucher brauchen wir nicht lange zu reden. Es ist auf die Umfragen hingewiesen worden. 85 % der Verbraucher erklären, sie wollen eine klare Haltungs Kennzeichnung. Wir alle kennen von unserem Nutzungsverhalten im Supermarkt: Man hat gute Vorsätze, man steht ratlos - wie Heiner Rickers gesagt hat - vor den Regalen; nach drei, vier, fünf Sekunden wird man weggeschoben, und der nächste will Butter, Milch, Hack nehmen, und man nimmt irgendetwas im Vertrauen darauf, dass die bunten Bilder, die Fachwerkhäuser, die Apfelbäume schon dafür sorgen, dass die Schweine in Fachwerkhäusern gehalten worden sind, was klarerweise nicht der Fall ist.

Weiter gibt es einen Nutzen hinsichtlich der Bezahlung der Landwirte. Das ist das Neue in dieser Debatte. Deshalb glaube ich, dass die Haltungs Kennzeichnungen exakt in die Lücke hineingehen, die wir in so vielen agrarpolitischen Debatten hier in diesem Landtag miteinander gefochten und diskutiert haben. Dies ist ein Mittel, andere Standards, bessere Tierhaltung für die Landwirte bezahlbar zu machen. Deswegen hat sich die Diskussion gedreht. Es sind jetzt häufig die Bauernverbände, die weiter sind als ihre Landesregierungen oder die Bundesregierung. Sie sagen: Wir brauchen eine klare, ver-

(Minister Dr. Robert Habeck)

bindliche, obligatorische Haltungskennzeichnung. - Selbst der Deutsche Bauernverband fordert das in-between.

Die Bundesregierung aber redet von einem freiwilligen Label. Insofern hat dieser Antrag durchaus eine politische Komponente. Ein freiwilliges Label nützt gar nichts. Es wäre nur ein weiteres Label im Markt der Label, das übergangen oder nicht übergangen wird. Was wir brauchen, ist Planbarkeit und Sicherheit für die Landwirte, denn die Investitionen in die Ställe und die Tierhaltung haben lange Amortisationszeiten. Trifft man jetzt die falsche Entscheidung, ist man auf 20, 30 Jahre an diese falsche Entscheidung gebunden. Die Landwirte müssen wissen, wohin die Reise geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir brauchen - ich glaube, das können wir auch mit der Haltungskennzeichnung erreichen - eine Auflösung des gesellschaftlichen Konflikts, Transparenz über die Art der Tierhaltung und ein Anheben der Standards für die Bezahlung der Landwirte. Eben dies wird mit dieser Haltungskennzeichnung erreicht.

Ist das Voodoo? - Nein, das ist es nicht. Sie wissen vielleicht, dass ein großer deutscher Discounter - er fängt mit „L“ an - seit einigen Monaten den sogenannten Haltungskompass herausgegeben hat. Auf allen Fleischprodukten steht jetzt eine vierstufige Labelung. In der Regel kann man nur Produkte der Stufe 1 bekommen. Dieser Discounter sagt klar, dass es nur sehr wenige andere Produkte am Markt gibt. Die Nachfrage im Supermarkt aber ist: Warum erhalte ich nur Produkte der Stufe 1 und nicht der Stufe 2, 3 oder 4?

Die Stufen sind die, die Bernd Voß genannt hat. Stufe 4 ist Ökolandbau, 3 sind Außenställe, 2 ist erweiterte Stallhaltung mit Beschäftigungsmaterialien für die Schweine, und 1 ist die konventionelle Stallhaltung, die wir kennen.

Ist das Voodoo? - Nein. Die Discounter machen es - mit dem negativen Effekt, dass jetzt die Discounter Label vorgeben und die Landwirte, wenn sie für diese Discounter produzieren, in die Abhängigkeit der Discounter geraten, wie Frau Eickhoff-Weber das gesagt hat. Man nennt das vertikale Integration. Es gibt also keinen horizontalen Markt, sondern eine Abhängigkeit von den großen Discountern über die großen Schlachthöfe direkt auf die Betriebe, die mit Markt und Einfluss den Landwirten vorschreiben, wie in dieser Säule jeweils zu produzieren ist. Die Freiheit der Landwirte, sich anders zu entschei-

den, möglicherweise in der Preisgestaltung in einer starken Position zu sein, wird dadurch völlig weggenommen.

Jetzt ist die große Frage: Will sich die Bundesregierung von dem großen Discounter zeigen lassen, wie es geht? Will sie die Landwirte in die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Migration treiben? Die Antwort darauf kann doch nur Nein sein. Ich wäre jeden Morgen schweißgebadet, wenn ich aufwachen und sagen würde: Oh je, die Discounter machen mir vor, wie es geht.

Machen wir also der politischen Diskussion Beine, verabschieden diesen Antrag und sorgen für eine bessere Tierhaltung in Deutschland und eine bessere Bezahlbarkeit der Landwirte. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die vereinbarte Redezeit wurde mehr als eingehalten.

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/676 in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die beantragte Überweisung mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, SSW und AfD abgelehnt.

Es ist beantragt, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, bitte ich das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/676 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU und AfD bei Enthaltung der Abgeordneten der SPD angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Bahnkunden auf der Marschbahn endlich angemessen entschädigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/762

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Fortführung des Engagements der Landesregierung zur Verbesserung der Marschbahn-Situation

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/799

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe verbliebene Gäste! Wer sich die Entwicklung auf der Strecke der Marschbahn anschaut, kann nur verzweifeln. Ich kenne keine Strecke in Deutschland, die ihren Fahrgästen mittlerweile eine so absolut schlechte Leistung zumutet: defekte Kupplungen, Flachstellen an den Rädern, Probleme mit den Motoren der Betriebsfahrzeuge, schadhafte Schienen, blockierte Weichen und so weiter - und das seit vielen, vielen Wochen. Würde jemand ein Auto mit einer solchen Pannenserie produzieren, wäre ein solcher Autobauer vom Kunden schon längst in die Wüste geschickt worden.

Anders bei der Bahn: Ankündigungen von besseren Leistungen und einen bei uns in Kiel großartig angekündigten Sieben-Punkte-Plan. Immer nur heiße Luft und fast nie kluge Taten, die den Bahnkunden irgendwie helfen könnten. Der Minister sagt sogar öffentlich, dass sich seit seinem Amtsantritt die Lage im Schienenverkehr verschlechtert habe. Daher verlangen wir, dass den Bahnkunden mehr als immer nur warme Worte geboten werden.

(Beifall SPD)

Die Aufgabe von Politik ist es, das Leben der Menschen besser zu machen. Daher haben wir diesen Antrag gestellt. Entschädigungen helfen natürlich nicht akut für die Probleme, wenn sich die Bahnkunden in übervolle Züge quetschen oder die Züge wieder einmal nicht fahren. Doch Geld heilt zumindest den Frust ein bisschen.

Deutlich erhöhte Regionalisierungsmittel in Millionenhöhe hat unser ehemaliger Verkehrsminister Reinhard Meyer für das Land Schleswig-Holstein ausgehandelt. Hier liegen aktuell viele Millionen bereit, die der NAH.SH zur Verfügung stehen und zurzeit überhaupt nicht angetastet werden. Mir ist

es peinlich, wenn eine Landesregierung Millionen für die Fahrleistungen im Nahverkehr zwischenparkt und den Bahnkunden dieses Desaster auf der Marschbahn zumutet.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Viele Bahnkunden haben uns nach der Veröffentlichung des Antrags angeschrieben und ihre Hoffnungen ausgedrückt. Viele Bahnkunden haben uns ihre täglichen Erfahrungen von anderen Streckenabschnitten mitgeteilt, sodass wir in der kommenden Ausschusssitzung die Zugverbindungen Richtung Flensburg aufrufen werden.

Mir ist auch schon klar, wie sich der Minister hier gleich wieder darstellen wird. Er wird sagen: „Ach, Herr Vogel, die Probleme sind bekannt. Ich habe mit den Pendlern gesprochen, ich habe mich aufgemacht und habe in Berlin mit der Bahnzentrale gesprochen. Und wir haben vereinbart, alles daranzusetzen, dass sich schnell - endlich, endlich, endlich - etwas ändert.“ Ankündigungen, Ankündigungen, Ankündigungen! Das können Sie wirklich gut.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Aber so falsch können wir mit unseren Forderungen ja nicht gelegen haben; denn zwei Tage nachdem wir unseren Antrag öffentlich gemacht haben, begibt sich der Minister ebenfalls in die Presse und kündigt höhere Entschädigungen an. Unser Druck scheint zu wirken.

(Beifall SPD - Lachen CDU, FDP und SSW)

Seit Februar hat es bei den Zahlungen an die Bahn einen Malus gegeben, und nur dieser einen geringeren Zahlung im Februar wurde vonseiten der Bahn zugestimmt.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Herr Buchholz verkündet aber treu jeden Monat wieder über die Zeitungen, dass es einen neuen Malus an die Bahn geben wird. Und die Bahn verkündet jedes Mal wieder, dass dieser abgelehnt wird. Der Minister hat selbst in der letzten Ausschusssitzung zugegeben, dass das im Augenblick nicht mehr als heiße Luft ist, bedingt dadurch, dass er nur ankündigen kann und die Bahn keinen einzigen dieser Malusse akzeptiert hat.

Der Alternativantrag - das muss ich ganz ehrlich sagen - ist erstaunlich inhaltsleer. Wer nur noch einen Minister verbal unterstützt und gar keine eigenen Forderungen mehr erhebt, der steckt wahrscheinlich selbst in einer absoluten Ideenlosigkeit. Ihr Antrag - das gebe ich zu - tut wirklich keinem weh, nutzen

(Kai Vogel)

tut er den Pendlerinnen und Pendlern aber überhaupt nicht.

(Beifall SPD)

Wer einen zügigen Ausbau der Strecke Niebüll-Klanxbüll fordert, ja, der fordert etwas Richtiges, darf aber nicht außer Acht lassen, dass dies in frühestens zehn Jahren realisiert werden kann. Bis dahin werden viele Pendlerinnen und Pendlern insbesondere der Insel Sylt den Rücken kehren, weil für sie die Grenze der Zumutbarkeit wahrlich überschritten ist.

Deshalb verlangen wir eine Verdreifachung der bisherigen Entschädigungen. Wenn teilweise nicht einmal die Hälfte aller Züge pünktlich ist, nützt jeder andere Zug, den ich stattdessen nutzen kann, eine ganze Menge. Daher sollen alle Zugverbindungen, die fahren, von jedem Bahnkunden ohne Aufpreis genutzt werden können.

Herr Minister, nutzen Sie bitte endlich Ihre Möglichkeiten! Nutzen Sie das viele Geld, das für Entschädigungen im Land zur Verfügung steht; denn die Pendlerinnen und Pendlern haben es verdient. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir ganz herzlich auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreterinnen des Landfrauenvereins Lütjenburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Des Weiteren ist auf der Besuchertribüne unser Flüchtlingsbeauftragter, Herr Schmidt.

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort zu seiner ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag Herrn Abgeordneten Volker Nielsen.

(Beifall CDU und FDP)

Volker Nielsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet die SPD fordert höhere Entschädigungen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Die Vorgängerregierung hat die Verträge mit der DB Regio abgeschlossen. In Ihrer Regierungszeit

hat es keine Geldsanktionen, geschweige denn Entschädigungen für die Pendler gegeben. Daher überrascht mich Ihr Antrag.

Erst Verkehrsminister Dr. Buchholz geht massiv gegen die Ausfälle der Bahn vor und hat bereits zügig und unbürokratisch die ersten Entschädigungszahlungen an die Pendler ausgezahlt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das nenne ich gute und dem Bürger zugewandte Politik.

Allein über Entschädigungen zu reden, greift aus meiner Sicht zu kurz. Anzusprechen ist die jüngste Pünktlichkeit von 63,9 %. Vereinbart ist aber eine Pünktlichkeit von 93 %. Beim Thema Pünktlichkeit liegt die Bahn also um 30 Prozentpunkte unter der vereinbarten Quote. Die Zugausfallquote - das ist die Steigerung der Unpünktlichkeit - liegt im Mai 2018 bei 6,5 %. Diese Zahlen muss man auf sich wirken lassen.

In meinem Heimatort Sankt Michaelisdonn, in dem ich seit 15 Jahren Bürgermeister sein darf, stehen die Pendler der Marschbahn auf einem nicht barrierefreien Bahnsteig und warten und warten und warten, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Meine Damen und Herren, das ist doch im Jahre 2018 einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Pendler kommen somit tagtäglich zu spät zur Arbeit. Kolleginnen und Kollegen, Kundinnen und Kunden und die Arbeitgeber - sie alle werden immer wieder um Verständnis gebeten: „Sorry, ich bin Pendler auf der Marschbahn.“

Für alle Leistungsträger unserer Gesellschaft ist dies ein unhaltbarer Zustand. Es gilt, immer wieder die massiven technischen Probleme und die unzulängliche Pünktlichkeit der Deutschen Bahn anzuprangern. Die Bahnpendler zwischen Hamburg und Westerland sind die Leidtragenden dieser inakzeptablen Situation. Die Pendler, besonders die aus den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen, verdienen deshalb unseren Respekt. Sie haben Anspruch auf Pünktlichkeit, auf angemessene Waggonangebote, auf ausreichende Parkplätze an den Bahnhöfen. Sie haben auch Anspruch auf barrierefreie Bahnsteige gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention. Genau darum geht es; es geht darum, diese Ansprüche zügig zu erfüllen.

(Beifall CDU und FDP)

(Volker Nielsen)

Meine Damen und Herren, ein moderner ÖPNV kann nur funktionieren, wenn alle Partner an einem Strang ziehen: Kreise, Städte und Gemeinden kümmern sich um die Busverkehre und schaffen Parkplätze an den Umstiegsstationen. Das Land fördert Investitionen und sichert regionale Schienenverkehre finanziell ab. Die Deutsche Bahn ist für die Schieneninfrastruktur und für die Einhaltung der vereinbarten Fahrpläne zuständig, ohne Wenn und Aber!

Das Land Schleswig-Holstein hat daher das Recht, von der Deutschen Bahn AG die volle Vertragserfüllung zu fordern, und zwar öffentlich und mit Nachdruck.

(Beifall CDU und FDP)

Genau das, öffentlich und mit Nachdruck, macht diese Landesregierung, und sie kann sich dabei auf die Unterstützung der CDU-Fraktion verlassen.

(Lachen SPD)

Herr Minister Dr. Buchholz, Sie haben rasch und richtig gehandelt. Sie setzen die DB unter Druck und gehen, anders als die Vorgängerregierung, mit Malus-Zahlungen vor. Das ist der richtige Weg in dieser schwierigen Lage. Jamaika beweist Handlungsfähigkeit und Hartnäckigkeit. Gut so!

Ab Mai sollen auch höhere Entschädigungszahlungen an die Pendler gehen. Das ist genau der richtige Weg. Entscheidend ist aber, den Druck für Investitionen in die Schiene weiter hoch zu halten, vor allem für den Bereich Niebüll und Klanxbüll und später natürlich auch Richtung Insel Sylt. Auch der dreigleisige Ausbau zwischen Elmshorn und Hamburg muss angepackt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dafür tritt diese Jamaika-Koalition entschlossen ein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, man schlägt die Zeitung auf und liest wieder: „Weiche in Niebüll ausgefallen“. Es vergeht ja kein Tag, an dem man nicht liest, dass auf dieser Strecke wirklich nichts funktioniert.

Man könnte sagen: „Erst hatten sie kein Glück, dann kam auch noch Pech dazu“. - Aber das wäre zynisch. Es ist wirklich unerträglich!

Lieber Kollege Vogel, das, was Sie hier vorschlagen, ist wirklich dünne, dünne, dünne Suppe. Dem Minister vorzuwerfen, er sei hier tatenlos oder gucke nur zu, ist wirklich ein Hohn.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Er ist der Einzige, der sagt: Wir haben eine Malus-Zahlung, die wir in unserem Vertrag übrigens für das Jahr festgelegt haben. Das heißt, wir haben einen schlechten Vertrag ausgehandelt. Das muss ich an dieser Stelle einmal sagen. Wir haben einen schlechten Vertrag ausgehandelt, und dazu gehört auch ein bisschen Selbstkritik. Jetzt nutzt der Minister die Spielräume, um Monat für Monat in einer juristisch durchaus schwierigen Situation Malus-Zahlungen durchzusetzen. Hier muss man schauen, ob man diese nicht irgendwann einmal wieder zurückzahlen muss, weil die Bahn gegen uns klagt. Also: Er nutzt die Spielräume, und er nutzt sie gut. Er macht Druck, und das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sie stellen sich hier hin und werfen ihm das vor, wobei Sie fünf Jahre lang selbst den Minister gestellt haben, der - wie ich finde - diese Art der Ansprache gegenüber der Deutschen Bahn hat vermissen lassen. Das ist eine Art der Politik, die ich nicht verstehe.

Also: Wir sind auf einem schmalen Grat, und manchmal fragt man sich als Politiker: Kann ich nicht mehr erreichen? Man steht vor den Menschen vor Ort und fragt sich: Warum kann ich nicht mehr erreichen bei dem, was dort passiert? Deshalb sind es nur kleine Schritte, die wir jetzt auf dem Weg gehen, aber sie helfen.

Zum Stichwort Personal: Da fällt ein Lokführer aus, weil er krank ist. Daraufhin gibt es Verspätungen von zwei bis drei Stunden auf der Strecke. Das ist für mich schlechtes Personalmanagement. Hier

(Dr. Andreas Tietze)

muss man hingehen und sagen: Liebe Freunde, ihr habt einen Vertrag, den müsst ihr erfüllen. Dazu gehört auch, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen. Also: Mehr Personal ist ein wichtiger Baustein.

Wichtig ist auch die Frage, ob wir im Deutschen Bundestag bezüglich des Ausbaus nicht Möglichkeiten haben, schneller voranzugehen. Der Deutsche Bundestag ist Herr dieses Verfahrens. Es gibt dort Möglichkeiten, ein Sylt-Gesetz zu verabschieden. Es gibt auch am Bundesverkehrswegeplan vorbei die Möglichkeit, den Ausbau vorzuziehen, und zwar durch eine Umwandlung vom eigentlichen Bedarf in den vordringlichen Bedarf. Dies dauert ja Jahre. Wenn man will, kann man also im Deutschen Bundestag Lösungen für die Strecke anbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen wir das sehr deutlich sagen: Der Deutsche Bundestag und die Regierung sind in der Pflicht, uns hier in Schleswig-Holstein zu helfen, um auf dieser Bahnstrecke endlich einen vernünftigen Verkehr zu organisieren. Sie haben jahrzehntelang genug Geld an dieser Strecke verdient, um jetzt einen Bahnhof in Stuttgart auszubauen, den niemand haben will. Meine Damen und Herren, das ist die Realität. Hier darf man einmal einfach die Frage stellen und sagen: Hier erwarten wir in der Zukunft das deutliche Engagement des Bundes. Hier müssen wir in Berlin selbstbewusst alle Register ziehen, und zwar über den Bundesrat und über die Kolleginnen und Kollegen Bundestagsabgeordneten, damit wir hier sehr schnell zum Ziel kommen.

Mein großer Respekt gilt übrigens immer dem Kollegen Brackmann, der es immerhin geschafft hat, 850 Millionen € für den Elbe-Lübeck-Kanal bereitzustellen. Ich hätte mir gewünscht, das Geld wäre in andere Projekte geflossen, aber es zeigt, meine Damen und Herren: Wenn man für eine Sache brennt, dann geht das. Herr Dr. Stegner, hier schaue ich auch Sie an. Sie sitzen bei diesen Koalitionsrunden mit am Tisch. Wenn man für eine Sache brennt und sagt, hier müssen wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und dies nicht den Vereinfachern überlassen, die sagen: „Ihr kriegt nichts auf die Reihe“, dann müssen wir in dem Moment einmal sagen: Jetzt geht es darum, in Schleswig-Holstein auf dieser Strecke die Probleme zu lösen. Da sind wir alle miteinander gefragt. Da hat niemand mit dem Finger auf irgendjemand anderen zu zeigen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung in

diesem Haus, in Berlin dafür zu sorgen, dass die Marschbahn endlich in einen modernen Zustand gebracht wird. Das ist unsere Verantwortung hier im Hause. Darüber würde ich gern sprechen und nicht über diese Debatte, die Sie hier angestoßen haben, Herr Vogel. Das führt wirklich nicht weiter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Jetzt bin ich von meiner Rede abgewichen, meine Damen und Herren, aber Sie sehen: Man ist als Abgeordneter der Westküste wirklich manchmal sprachlos. Wir dürfen aber nicht sprachlos sein. Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir auch etwas erreichen können. Deshalb: Bitte lassen Sie uns gemeinsam in Berlin dafür kämpfen, dass diese Situation endlich aufgelöst wird. Die Menschen werden es uns danken, und wir haben eine Verantwortung dafür, dass es auf dieser Strecke endlich vorangeht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Die SPD hat jetzt also ihr Interesse an den Bahnkunden an der Westküste entdeckt. In dem vorliegenden Antrag fordern die Genossen in drei Aufzählungspunkten höhere Entschädigung im Nahverkehr, den Wegfall der Zugbindung und höhere Entschädigungen im Fernverkehr. Das ist recht einfalllos, und - wenn ich das so sagen darf - genau so macht man es eigentlich nicht. Aber tun wir doch mal einen Augenblick so, als wäre Ihr Antrag gut und wir würden dem so folgen. Was wäre das Resultat?

(Christopher Vogt [FDP]: Das fällt schwer!)

- Ja, aber tun wir trotzdem einmal so. - Im ersten Punkt wollen Sie, dass das Land Schleswig-Holstein die Pendlerinnen und Pendler in Höhe von drei Vierteln des Kartenpreises entschädigt. Das Land Schleswig-Holstein? Ist denn das Land Vertragspartner der Zugkunden? Nein, das ist die DB. Hat denn das Land die Malaise auf der Marschbahn schuldhaft verursacht? Nein, das war auch die DB. Wenn die Züge also nicht wie vereinbart fahren, dann ist die DB in der Pflicht. Diesen Verhand-

(Kay Richert)

lungsdruck brauchen wir für unsere Bemühungen, die Bahn zu Verbesserungen anzuspornen.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, ich sehe, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogel?

Kay Richert [FDP]:

Ja, gern, wenn es der Sache zuträglich ist.

Kai Vogel [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege, vielen Dank. - Wenn Sie anregen, dass es die DB sei, die entsprechende Entschädigungen zahlen müsse, dann frage ich: Warum fühlt sich denn der Minister berufen, seinerseits tätig zu werden, um von Landesseite Entschädigungen für die Pendlerinnen und Pendler auf den Weg zu bringen? Sie suggerieren gerade, dass das in keiner Weise sinnvoll wäre, und zwar exakt das, was wir auch fordern, nur mit einer höheren Summe, als Sie diese im Augenblick auf den Weg gebracht haben.

- Nein, da muss ich Sie leider korrigieren. Das ist nicht exakt das, was Sie fordern. Wenn Sie Ihren Antrag einmal richtig lesen, dann sehen Sie, dass Sie fordern, dass das Land sich verpflichtet, diese Entschädigungen zu zahlen. Das ist zurzeit aber mitnichten der Fall. Zurzeit ist es so, dass eine freiwillige Zahlung ohne Verpflichtung geleistet wird, und das ist deshalb ein ganz großer Unterschied, weil dies die Drucksituation in der Verhandlung verändert. Aber ich komme noch einmal darauf zurück und erkläre das.

(Zuruf Kai Vogel [SPD])

- Ja, das ist natürlich schwierig, wenn man das nicht versteht.

Also, wie ich eben gesagt habe, Ihr Vorschlag nähme den Druck von der Bahn und verschlechterte unsere Position.

In einem zweiten Punkt wollen Sie, dass die Landesregierung den Kunden des Regionalverkehrs die zusatzkostenfreie und uneingeschränkte Nutzung der Fernverkehrszüge ermöglicht. Wie soll die Landesregierung das denn machen? Noch einmal: Vertragspartner der Zugkunden ist die DB und nicht das Land. Die Aufhebung der Zugbindung kann also nur zwischen der DB und ihren Kunden vereinbart werden. Würden wir Ihrem Vorschlag folgen, dann würden wir doch nur zeigen, dass wir selbst

diese einfachsten rechtlichen Zusammenhänge nicht verstehen, und auch das würde unsere Position schwächen und die Situation für die Leute um keinen Deut verbessern.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihren letzten Punkt finde ich ehrlicherweise etwas kryptisch. Dem ersten Halbsatz kann ich ja noch zustimmen: Die Zumutungen für Tourismus und Handel - und ich möchte hinzufügen, auch für die Anwohnerinnen und Anwohner und Pendler - sind wirklich massiv. Aber dann: Die Landesregierung soll eine Erhöhung gesetzlicher Entschädigungsleistungen mit der DB vereinbaren?

Insgesamt hilft uns Schleswig-Holsteinern Ihr Antrag nicht. Er schwächt im Gegenteil unsere Position. Was mich als FDP-Mann aber darüber hinaus noch stört: Ihr Antrag besteht eigentlich nur aus Jammern und Klagen, er enthält keine Lösungssätze.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei wollten Sie doch ausdrücklich mehr als warme Worte für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Da lobe ich mir, wie der Verkehrsminister die Probleme dynamisch und lösungsorientiert anpackt. Die andauernde Schlechtleistung der DB sanktioniert der Minister mit einem angemessenen Sondermalus. Monatlich wurden erst 350.000 €, jetzt 500.000 € der Vertragssumme einbehalten. Das ist angemessen, und das beweist Rückgrat. Vor Bernd Buchholz hat sich noch keiner getraut, sich so für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner einzusetzen. Schade eigentlich, andernfalls könnten wir schon viel weiter sein.

(Beifall FDP - Zuruf FDP: Genau! - Widerspruch SPD)

Die Pendlerinnen und Pendler erhalten aus den einbehaltenen Geldern eine Zahlung; Kollege Vogel, freiwillig, und nur so kann es laufen, wenn man den Verhandlungsdruck gegenüber der Bahn aufrechterhalten will. Reparaturen werden jetzt zügig erledigt. Natürlich ist das schwer, wenn man es mit einer jahrzehntelang vernachlässigten Trasse zu tun hat. Aber nun wird plötzlich auch nachts und am Wochenende gearbeitet, und die Weiche in Klanxbüll ist seit heute Morgen wieder intakt. Das sind Erfolgsmeldungen, auf die wir lange warten mussten, aber so muss das laufen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

(Kay Richert)

Schließlich setzen wir uns massiv für die notwendigen Ausbauten an der Strecke ein; vor Ort und natürlich auch bei den Verantwortlichen, beim Bund und bei der Bahn. Für die Zweigleisigkeit zwischen Niebüll und Klanxbüll hat Minister Buchholz schon zugesagt, mit den Planungskosten in Vorleistung zu gehen. Ja, Kollege Vogel, das dauert. Umso bedauerlicher ist es, dass erst jetzt ein Minister das Rückgrat hat, die Sache so anzupacken. Sie haben im Rahmen des Koalitionsvertrags der Großen Koalition ja die Möglichkeit, sich dort einzusetzen. Da gibt es fünf Projekte für ein beschleunigtes Planungsverfahren. Sorgen Sie doch dafür, dass dies eines davon wird.

Sehr geehrter Herr Minister Buchholz, wir danken Ihnen für Ihren Einsatz in der Sache, für den es immer viel Schelte und wenig Applaus gibt. Das wird wahrscheinlich auch so bleiben. Sie packen die Probleme an. Genau das möchte ich sehen, das möchten wir alle sehen. Machen Sie weiter so! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die Probleme auf der Marschbahnstrecke verfolgen uns seit Monaten, und eine Lösung zeichnet sich nicht ab. Wir haben es gehört; ich muss es nicht noch einmal aufzählen.

Im vergangenen Mai hatten wir eine Pünktlichkeitsquote von nur 63,9 %. Im Vergleich zu den Vormonaten war das ein neuer Tiefpunkt. Eine Lösung ist nicht in Sicht. 6,5 % der Züge fielen sogar aus. Vor wenigen Tagen wurde der Abschluss von Reparaturarbeiten an Gleisanlagen in Dithmarschen gemeldet. Ob dadurch aber die Züge wieder pünktlicher werden, bezweifelt offenbar sogar die Unternehmensleitung der Bahn.

Wegen dieser eklatanten Schlechtleistung hat die Landesregierung für Februar bis April Strafzahlungen von 350.000 € monatlich gegenüber DB Regio verhängt. Für Mai erfolgte erstmals eine erhöhte Festsetzung, auf 500.000 €. Das Chaos auf der Strecke nach Sylt hat die Deutsche Bahn damit bereits 1,5 Millionen € zusätzlich gekostet, und das zu Recht.

Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, die Bestandsaufnahme, die Sie in Ihrer Antragsbegründung vornehmen, ist korrekt. Die seit vielen Monaten andauernde Ausfallsituation auf der Marschbahn strapaziert nicht nur die Nerven der Berufspendler und der Touristen, sondern schädigt auch die Insel Sylt insgesamt. Viele Feriengäste werden in Zukunft möglicherweise ein anderes Reiseziel auswählen, um stundenlangen Verzögerungen auf der Fahrt zur Insel zu entgehen. Wer wird sich in Zukunft noch dazu entschließen, als Pendler auf Sylt zu arbeiten, wenn sich die tägliche An- und Abreise zu einem Dauerergänis entwickelt?

Was aber ist - um auf Ihren Antrag zurückzukommen - eine „angemessene Entschädigung“? Ab wann ist eine Entschädigung angemessen? Sollen Entschädigungen pauschal oder prozentual erfolgen? Können immaterielle Beeinträchtigungen - Zeitverlust, beruflicher und privater Ärger - überhaupt angemessen entschädigt werden? Bei Entschädigungen geht es um den Ausgleich erlittener Nachteile. Gerade im vorliegenden Fall hat ein solcher Ausgleich in erster Linie symbolische Funktion. Regelmäßiges, stundenlanges Warten über Wochen und Monate, die verlorene Zeit, der persönliche Ärger, nicht pünktlich zur Arbeit kommen - das kann nicht direkt finanziell bewertet, schon gar nicht ausgeglichen werden.

Wir sollten deshalb hier und heute nicht um die Höhe von Entschädigungszahlungen wetteifern; das ist nicht der Punkt. Allein die schrittweise Behebung der derzeit eklatant vorhandenen Mängel auf der Marschbahnstrecke wird die Bahnkunden auf Dauer wieder zufriedenstellen. Finanzielle Entschädigungen sind lediglich eine begleitende Maßnahme auf dem Weg dorthin.

Gleichwohl reicht es in Anbetracht der Problemlage nicht aus, wenn sich die Jamaika-Koalition in ihrem Alternativantrag darauf beschränkt, das aktuelle Engagement der Landesregierung zu begrüßen und um weiteren Einsatz für die Problemlösung zu bitten. Deutlicher und eindringlicher, als der Wirtschafts- und Verkehrsminister die Vertreter der Deutschen Bahn „gebeten“ hat, ist es für mich kaum noch vorstellbar. Da ist keine Luft mehr nach oben.

Auch die Ausschüttung der um 150.000 € monatlich erhöhten Strafzahlung an die Fahrgäste hat Minister Dr. Buchholz bereits angekündigt. Insofern: Alles gut! Ungefähr 2.600 Berufspendler haben inzwischen die monatliche Entschädigung beantragt. Natürlich haben die Bahnkunden Anspruch

(Volker Schnurrbusch)

darauf, unmittelbar von den erhöhten Strafzahlungen zu profitieren. Das sollte aber nicht genug sein.

Die Vorschläge, die Herr Vogel in seinem Antrag macht, halten wir für richtig. Sie stellen nicht nur ein Trostpflaster dar, das den vergangenen Verdruss ohnehin nicht heilen kann, sondern sie zeigen auch in die Zukunft. Die Nutzung aller Züge des Fernverkehrs sollte ohne zusätzliche Kosten erfolgen dürfen. Wir haben zu der rechtlichen Problematik von Ihnen einiges gehört, Herr Richert; das ist richtig. Aber über den Antrag soll ja diskutiert werden. Selbstverständlich sollen die Fahrgäste alle Züge des Fernverkehrs nutzen dürfen, wenn die Bahn einmal mehr auf den Regionalstrecken versagt. Daher stimmen wir ausnahmsweise einem Antrag der SPD-Fraktion zu. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Es ist keine Freude bei der SPD zu sehen!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Über die unzumutbare Situation auf der Marschbahn wurde in den letzten Monaten bereits häufig im Landtag diskutiert. Wir waren uns fraktionsübergreifend einig: Das, was den Pendlern und den anderen Bahnkunden auf dieser Strecke zugemutet wird, geht auf keine Kuhhaut mehr.

(Beifall SSW, Kai Vogel [SPD] und Denny Bornhöft [FDP])

Zugegeben - das, was wir dort in den letzten Monaten erlebt haben, ist mehr als eine Verkettung unglücklicher Umstände. Defekte Kupplungen und Triebwagen, eine schadhafte Infrastruktur, Sturmschäden, eine Entgleisung auf der Strecke - mehr geht kaum noch. Leidtragende sind die Bahnkunden. Nach dem, was ihnen dort immer wieder abverlangt wurde, ist es ihnen zu Recht egal, warum die Züge nur unregelmäßig, verspätet oder gar nicht fahren. Sie sind betroffen und haben ein Recht auf Entschädigung.

(Beifall SSW und Kai Vogel [SPD])

Nachdem Minister Dr. Buchholz im Februar angekündigt hatte, dass das Land eine Sondervertragsstrafe wegen der Probleme auf der Marschbahn verhängen werde, akzeptierte die Bahn dies für den Monat Februar. Das Land, NAH.SH und DB Regio

haben sich auf eine Sonderentschädigung geeinigt. Pendler erhalten eine einmalige Sonderzahlung für den Monat Februar in Höhe 50 € beziehungsweise 75 €. Nach Aussage von Bahnsprecher Meyer-Lovis wird davon rege Gebrauch gemacht. So weit, so gut.

Für die Verspätungen und Ausfälle auf der Teilstrecke Itzehoe-Westerland in den Monaten März und April haben das Land und NAH.SH den Pendlern weitere Sonderentschädigungen nach dem Verfahren, wie es für den Monat Februar zur Anwendung kam, zugesagt. Die DB Regio akzeptiert diese Sondervertragsstrafe anscheinend nicht.

Um noch einen draufzusetzen, hat Minister Dr. Buchholz den Sondermalus gegenüber der DB Regio für den Monat Mai auf 500.000 € erhöht. Das ist eine Kompensation für die ungeplanten Zugausfälle und die Verspätungen, die hauptsächlich aufgrund der Schienenreparaturen entstanden sind. Auch dieses Geld soll demnach wieder dafür genutzt werden, Pendler zu entschädigen, wobei die Entschädigungszahlungen entsprechend angepasst werden. Wie sich die DB Regio hierzu positioniert, scheint klar zu sein. Begeistert und einsichtig werden sie kaum sein.

Für uns als SSW ist es durchaus nachvollziehbar, dass das Land der DB Regio entsprechende Sondervertragsstrafen auferlegt. Das Land zahlt für eine Leistung auf der Strecke, die jedoch nicht geliefert wird. Schleswig-Holstein wurde in Bezug auf die Marschbahn lange genug hingehalten. In der Zeit bis heute hat sich unter dem Strich nichts verbessert. Dieser Zustand ist unhaltbar. Deshalb sollen die Pendler auch entsprechende Entschädigungszahlungen bekommen.

Wir wissen: Es ist eine Aneinanderreihung verschiedenster Ursachen, die zu dem Bahnchaos auf dieser Strecke geführt haben. Inwieweit die DB Regio hierfür allein die Schuld trägt, möchte ich infrage stellen. DB Regio ist beispielsweise nicht verantwortlich für den schlechten Zustand des Streckennetzes oder der Weichen. Der DB Regio gehört auch nicht Wagenmaterial. Aber das Land hat einen Vertrag mit der DB Regio geschlossen. Deshalb sind sie es, die mit Strafzahlungen belegt werden.

Was passiert mit den Entschädigungen, auf die die Bahnkunden Anspruch haben, wenn die DB diese Zahlung nicht leistet? Darüber müssen wir uns wirklich einen Kopf machen. Ich will die DB Regio nicht in irgendeiner Weise in Schutz nehmen, ganz bestimmt nicht. Ich will auch nicht die Erstattung

(Flemming Meyer)

der Bahnkunden infrage stellen. Aber wir müssen uns ernsthaft darüber Gedanken machen.

Es hat daher mehr Sinn, endlich eine politische Lösung herbeizuführen, die uns wirklich voranbringt, als jeden Monat neue und höhere Strafzahlungen zu verhängen. Diese helfen den Bahnkunden nämlich letztlich auch nicht. Die Bahn muss hier endlich etwas machen. Sie trägt als Gesamtkonzern die Verantwortung.

Wenn ich dann aus Berlin höre, dass der zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Niebüll und Klanxbüll erst noch in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden müsse und die Realisierung dann noch einmal - im optimalen Fall - zehn Jahre dauern werde, dann macht mich das nur noch sprachlos.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich dann noch höre, dass eine mögliche Zwischenlösung in Form einer Verlängerung der Überholspur erst in rund vier Jahren machbar sei, fällt mir gar nichts mehr ein. Wir reden hier über 400 m!

Wir brauchen unbedingt eine politische Lösung aus Berlin. Daran muss auch der Minister arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, bitte überzeugen Sie auch ihre Parteikollegen in Berlin, dass hier unbedingt etwas geschehen muss.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Flemming Meyer [SSW]:

Laden Sie sie doch einmal auf eine Tour nach Sylt mit der Bahn ein. - Jo tak.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Marschbahn, aber die fährt ja nicht nur bis Sylt, sondern auch bis Hamburg. Lieber Kollege Nielsen, Sie haben gesagt, die Pendler in Nordfriesland und Dithmarschen haben einen Anspruch darauf, dass die Züge pünktlich und ordentlich fahren. Diesen Anspruch haben auch die Pend-

ler in den Kreisen Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Lauenburg und alle, die in diesem Land mit der Bahn fahren.

(Zurufe CDU: Das hat er gesagt!)

Das ist ganz wichtig, denn nicht nur auf der Marschbahn sind Pendler unterwegs, sondern auf allen anderen Strecken:

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

von Hamburg nach Kiel, von Hamburg nach Lübeck, von Kiel nach Flensburg und zurück. Auch in den anderen Netzen läuft es nicht gut. Ich möchte das hier heute einmal sagen, damit uns das nicht überrascht wie Zieten aus dem Busch. Im Netz Mitte klappt es auch nur bescheiden: Allein in dieser Woche ist schon viermal etwas bei den Zügen passiert.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Aber das hat er doch gesagt!)

Ich fahre dreimal in der Woche und komme selten über eine ganze Woche heil durch. Ich weiß langsam auch nicht mehr, was ich den Leuten erzählen soll. Die kommen aus Itzehoe und steigen in Elmsborn um. Sie lesen die Zeitung und freuen sich über die Entschädigung, fragen sich aber natürlich: Warum denn nicht für mich? Die Marschbahn fährt von Itzehoe bis Glückstadt und dann weiter nach Hamburg. Da müssen wir am Ende auch für diesen Bereich eine Lösung finden, denn die Verspätungen auf dieser Strecke führen dazu, dass es irgendwann in Richtung Hamburg nicht mehr weitergeht, weil die Kieler Züge warten müssen und da eins vom anderen abhängt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tietze?

Beate Raudies [SPD]:

Bitte, Andreas, gern - Herr Dr. Tietze.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Kollegin Raudies. - Ich bin voll bei Ihnen und unterstütze im Grunde genommen das, was Sie für die Pendler im Hamburger Raum sagen. Ich darf aber vielleicht doch eine Frage an Sie richten: Nehmen Sie einmal Elmsborn. Die Pendler dort haben natürlich die Möglichkeit, auch andere Züge zu nutzen. Neun Minuten

(Beate Raudies)

nach der Marschbahn fährt der Kieler Express. Man kommt also nach Hamburg rein.

Diese Möglichkeit haben die Menschen zwischen Niebüll und Westerland nicht. Die sind in extremer Weise auf diese Verbindung angewiesen. Wie würden Sie so eine Entschädigung unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten gestalten? Jemand, der eine Monatskarte hat, sagt: Okay, ich ärgere mich über die Verspätung - das kann ich auch total verstehen -, aber ich nehme halt neun Minuten später den Zug aus Kiel nach Hamburg und komme auch weiter.

- Herr Dr. Tietze, wenn Sie noch eine Sekunde gewartet hätten, wäre ich darauf eingegangen. Natürlich gibt es aus unserer Region andere Möglichkeiten - theoretisch zumindest. Wenn man weiß, wie viele Personen bei uns in den Zügen fahren, weiß man, dass es mit Theorie und Praxis schwierig ist, wenn ein Zug mit 500 Plätzen nicht kommt und die 500 Menschen in einen anderen Zug einsteigen sollen. Das ist praktisch etwas schwieriger, auch wenn man dann nur eine halbe Stunde wie die Sardinen in der Büchse steht und nicht drei Stunden wie in Richtung Sylt.

Ich will aber nicht in Abrede stellen, dass die Situation in Nordfriesland deutlich dramatischer ist. Ich will nur wiedergeben, was mir dreimal in der Woche auf dem Bahnsteig entgegengehalten wird. Ich finde, irgendwann müssen wir dafür auch eine Antwort finden. Das war mein Punkt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD] - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation auf der Marschbahn ist innerhalb des letzten Jahres nicht besser, sondern schlechter geworden. Herr Vogel hat es gesagt, und das muss ich auch nicht einräumen, das ist Fakt. Sie ist in Bezug auf Pünktlichkeitsquoten und Ausfälle von Zügen eindeutig schlechter geworden. Lassen

Sie uns am Anfang der Debatte eines gemeinsam als Learning aus der Debatte mitnehmen.

(Zuruf Regina Poersch [SPD])

Das ist das Ergebnis, wenn man Infrastruktur über Jahre hinweg einfach liegen lässt.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW)

In diesem Falle trägt DB Netz dafür die Verantwortung, in einem anderen Fall tragen wir als Land die Verantwortung, zum Beispiel für die Landesstraßen oder im Bereich unserer Bildungseinrichtungen. Wer es zu guten Zeiten unterlässt, richtig in die Infrastruktur nachzuinvestieren, darf sich nicht wundern, wenn ihm so etwas vor die Füße fällt. Wir berücksichtigen zurzeit das Ergebnis einer verfehlten Politik der letzten 10 bis 15 Jahre. Das ist das Erste.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Das Zweite ist, dass die Opposition aus einem normalen politischen Reflex heraus versucht, dem zuständigen Minister aus diesem Umstand etwas vorzuwerfen. Das ist auch nicht ungewöhnlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hätte ich nie gemacht! - Heiterkeit)

- Der Kollege Vogt sagt, er hätte es nicht gemacht, es ist aber in Ordnung. Ich hätte mir aber gewünscht, Herr Vogel, dass Sie versuchen, das vielleicht mit einer gewissen Substanz zu tun. An dieser Substanz fehlt es Ihrem Antrag leider - wenn Sie mir gestatten, das zu sagen.

Was Sie hier fordern, ist in Bezug auf eine Verbesserung des Zustandes auf der Strecke auch noch kontraproduktiv. Sie müssen sich bitte mit mir noch einmal in diesen Gedanken hineinversetzen: Ich habe festgelegt, dass Entschädigungen für Pendler aus Strafzahlungen gegen die Deutsche Bahn gezahlt werden. Der Kern liegt in der Strafzahlung gegen die Deutsche Bahn, denn die soll endlich handeln. Wenn ich jetzt Ihrem Antrag folge und einfach aus Landesmitteln Entschädigungen an die Pendler zahle, welchen Druck übe ich damit auf die Deutsche Bahn aus?

(Zuruf FDP: Gar keinen!)

Null Druck würde ich auf die Deutsche Bahn ausüben. Im Gegenteil: Ich nehme den Druck von der Deutschen Bahn, denn die Pendler sagen: Bis zu 75 % des Preises meiner Karte bekomme ich erstattet, das ist schon einmal gut, da bin ich ein bisschen

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

ruhiger. - Sie nehmen mit so einem Antrag also den Druck.

Lieber Herr Vogel, die Pendler und die Menschen, die da leiden, hätten es verdient, dass Sie sich vorher wenigstens ein bisschen mit der Materie beschäftigen, bevor Sie solche Anträge stellen.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ihrem Antrag zufolge sollen wir über die gesetzliche Regelung hinaus Entschädigungen zahlen. Haben Sie schon einmal nachgesehen, was die gesetzliche Regelung ist? - Die gesetzliche Regelung ist nach EU-Verordnung für die Fahrgastrechte - Verordnung 1371/2007 - bei einer 60-minütigen Verspätung eine 25-prozentige Entschädigung, bei einer 120-minütigen Verspätung 50 %.

Das ist die gesetzliche Regelung. Dann gibt es eine NAH.SH-Garantie, vielleicht haben Sie das schon einmal gehört. Die NAH.SH-Garantie wird aus Mitteln, die wir selbst geben, finanziert und sagt: Bei einer 20-minütigen Verspätung im Regionalverkehr zahlen wir schon 50 % des gesamten Fahrpreises. Das hat nichts mit einer gesetzlichen Regelung zu tun, das macht die NAH.SH aus diesen Mitteln.

Was ich zusätzlich als Entschädigung ausgerufen habe, ist schlicht und ergreifend etwas völlig anderes obendrauf. Es geht darum, angesichts dieser Einzigartigkeit der Streckenverbindung, die so malträtiert ist, einerseits den Druck auf die Bahn zu erhöhen und andererseits dieses Geld nicht zu nehmen und einfach in den Sack zu stecken, sondern es denjenigen zukommen zu lassen, die am meisten darunter leiden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das haben Sie leider nicht verstanden, Herr Vogel, das tut mir leid. Wir diskutieren eigentlich schon lang genug darüber. Jetzt geht es darum, in dieser Sache einmal den einen oder anderen zusätzlichen Vorschlag zu machen. Ich hätte verstanden, wenn die SPD gesagt hätte: Der von uns so miserabel ausgehandelte Verkehrsvertrag gehört jetzt aus besonderem Grund gekündigt - das wäre ein Punkt gewesen -

(Beifall FDP und CDU)

nach dem Motto: Wir sehen ja, wie schlecht wir es da gemacht haben. Denn nach Ihrem Verkehrsvertrag betragen alle möglichen Maluszahlungen für die Bahn bei einer Verfehlung der Pünktlichkeit

höchstens 6 % des Gesamtvolumens im Jahresdurchschnitt. Das ist ihr Vertrag.

(Zurufe)

Dann bewegt sich Herr Vogel hierher und sagt: alles Luftbuchungen, alles nur Ankündigungen. - Die Ankündigung vom Februar, eine Entschädigungszahlung zu leisten, hat die Bahn in der Tat mitgemacht und gesagt: Das ist okay. Jetzt sagen Sie, das seien Luftbuchungen, weil die Bahn sagt, sie sei damit nicht einverstanden, dass ich, Buchholz, sage: Strafzahlungen auch für März und April.

Die Pendler dürfen ab der nächsten oder übernächsten Woche selbstverständlich ihre Entschädigungen auch für März, April und dann auch für Mai abrechnen. Das ist so, weil ich selbstverständlich davon ausgehe, dass wir dieses Geld von der Deutschen Bahn einbehalten werden. Wenn wir dann einen Rechtsstreit mit der Deutschen Bahn verlieren, müssen wir es in der Tat aus Regionalisierungsmitteln nehmen. Dann haben wir aber zumindest den Versuch unternommen, Druck auszuüben, damit sich tatsächlich etwas ändert. Das ist der Unterschied.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ganz kurz die Dinge ansprechen, auf die es wirklich ankommt. Die Deutsche Bahn hat noch immer ein unzureichendes Wartungs- und Instandhaltungskonzept auf der Strecke. Nach wie vor gibt es keinen Materialliefervertrag mit Bombardier darüber, damit man für die Loks, die im Wesentlichen das Problem bei Zugausfällen sind, schneller an Material kommen. Das ist ein erster wichtiger Punkt, der letzte Woche auf dem Gipfel in Berlin mit der Bahn besprochen wurde. Die Bahn verspricht Besserung. Was soll ich jetzt machen? Soll ich hingehen und den Wartungsvertrag mit Bombardier selbst abschließen? - Es ist der höchstmögliche Druck, den Vorstand von DB Regio da zu haben und zu sagen: Jetzt machen Sie es endlich.

Zweites Thema: ausreichende Anzahl von Reserve-loks. Zurzeit haben wir 15 Paribus-Loks auf der Strecke. Zwei Reserveloks stellt die Deutsche Bahn, und sie nimmt zukünftig Zugriff auf die Loks aus dem Sylt-Shuttle-Kontingent. Das sind für zwölf Umläufe insgesamt 18 Loks. Die Bahn sagt: Das reicht. - Wenn man dann morgens wach wird und hört: Lokausfall auf der Strecke, was soll ich an der Stelle jetzt machen? - Hier gilt es: Die Bahn hat sicherzustellen, genügend Kapazitäten an Loks dort auf der Strecke zu haben.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Personalkonzept: Ich habe seit letztem Jahr im Herbst gesagt, dass das Personal kein Engpassfaktor auf der Strecke sein darf. Die Bahn hat am letzten Freitag gesagt, dass Personalthema sei jetzt behoben.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir schaffen das!)

Montagfrüh hatten wir drei Zugausfälle wegen Personalmangel - drei Zugausfälle wegen Personalmangel!

Deshalb geht von dieser Stelle ein ganz klares Signal aus: Wenn die Deutsche Bahn dieses Thema auf dieser Strecke in den nächsten Monaten so absolut nicht in den Griff bekommt, dann werden wir die Sanktionen gegenüber der Bahn gegebenenfalls bis hin zu Teilkündigungen des Verkehrsvertrages weiterführen. Ich sage dies hier ganz ausdrücklich.

(Beifall FDP, CDU, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht um Infrastruktur, es geht um die permanente Weiterarbeit an der Infrastruktur, damit nicht Weichenschäden zum Problem werden. Oder ich nenne die Instandhaltung von Entwässerungsgräben, über die man sagt: Leute, die Entwässerungsgräben laufen an der Stelle über, das unterspült die Schienen und führt zu den Langsamfahrstellen. - Dann kommt einer von DB Netz und erklärt einem: Ne, die Entwässerungsgräbenanierungsarbeiten haben wir erst für 2021 eingeplant. - Da fragt man: Geht ihr davon aus, dass es bis dahin nicht mehr regnet, oder was?

(Heiterkeit FDP)

Es kann doch nicht wahr sein, dass ein solches Unternehmen, das auch noch in Eigentumsverhältnissen der Bundesrepublik Deutschland steht, so agiert. Deshalb sage ich: Die Deutsche Bahn muss hier auch mit den entsprechenden Maßnahmen rangehen.

Letztlich wird nur die Zweigleisigkeit helfen. Meine Damen und Herren, da können Sie gegebenenfalls mithelfen. Lassen Sie uns über den Vorschlag, den ich in Berlin gemacht habe, nachdenken, tatsächlich dieses Stück Niebüll-Klanxbüll in die Legalplanung des Deutschen Bundestages zu nehmen, also einen Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages, der das Planfeststellungsverfahren ersetzen würde, aber auch mit der kalkulierten Risikoseite; denn das ist rechtlich nicht unumstritten. Neben Themen wie Naturschutz, Lärmschutz und anderen Themen, über die mit Eigentümern immer

Streit bei solchen Planfeststellungsverfahren entsteht, würde dadurch ein zusätzliches rechtliches Risiko entstände. Es könnte aber dazu führen, dass wir unsere Planungszeit für die Zweigleisigkeit von zehn auf fünf Jahre reduzieren könnten. Lassen Sie uns darüber diskutieren.

Lassen Sie uns in diesem Hause darüber diskutieren, wie wir die Situation für die Menschen vor Ort tatsächlich verbessern, und lassen Sie uns nicht über Ihre Show-Anträge diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vorgesehene Redezeit recht großzügig ausgelegt und um gut 4 Minuten erweitert. Diese Zeit würde jetzt gegebenenfalls auch den anderen Fraktionen noch zur Verfügung stehen. - Ich sehe, dass kein Bedarf dafür besteht.

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse somit zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/762, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und AfD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/799, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, SPD bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der AfD angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Abschiebehaft ist keine humane Flüchtlingspolitik!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/763

Humane Flüchtlingspolitik im Rechtsstaat

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/796

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal reibt man sich verwundert die Augen: Dieselbe Partei, die noch vor zwei Jahren die Schweinefleischpflicht und das Abschiebe-TV forderte, gibt sich teilweise heute als Speerspitze der humanitären Flüchtlingspolitik.

Herr Ministerpräsident, gerade in den letzten Tagen haben wir das beobachten können. Sehr glaubwürdig fanden wir das in Teilen schon allein deswegen nicht, weil der Wechsel erfolgt ist, als nur ein Bündnis mit den Grünen eine Mehrheitsfähigkeit ermöglicht hat. Aber in der Tat blitzt Ihre alte oder eigentliche Haltung immer wieder auf, und es gelingt sogar, das zur gemeinsamen Position der Koalition zu machen. Das zeigt sich bei der Diskussion über die Abschiebehaft.

Zur Erinnerung: Es war 2014, als die SPD-geführte Küstenkoalition, die im Konsens der drei Koalitionspartner nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Zulässigkeit der Abschiebungshaft in Deutschland die damalige Abschiebehaftanstalt in Rendsburg geschlossen hat - aus einem einfachen Grund: Wer keine Verbrechen begangen hat oder keines Verbrechens verdächtigt wird, gehört nicht in Haft. Punkt.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Für die Wenigen, die nicht unseren Schutz verdienen, weil sie sich kriminell betätigen oder gar unsere Gesellschaft gefährden, müssen die Mittel unseres Rechtsstaates konsequent angewandt werden, das sage ich auch. Das war damals unsere Position, und für die SPD-Landtagsfraktion gilt das auch heute noch.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Wir bevorzugen freiwillige Ausreisen, und wenn das nicht geht, sind Rückführungen erforderlich. Aber für die wenigen Ausnahmefälle - da reden wir gewiss nicht über Familien mit Kindern - braucht es maßgeschneiderte - -

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rossa?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Sie meine Uhr anhalten, sehr gern.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das machen wir immer, wie Sie wissen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ja.

Jan Marcus Rossa [FDP]: Vielen Dank. - Herr Dr. Stegner, Sie haben gerade eben ausgeführt, dass nur in Haft genommen werden dürfe, wer eine Straftat begangen hat. Ihnen ist schon klar, dass die deutsche Rechtsordnung auch für andere Tatbestände die Möglichkeit der Haftanordnung vorsieht?

- Sehr verehrter Herr Abgeordneter, was ich versucht habe, deutlich zu machen - Sie haben ja an den Debatten in der letzten Legislaturperiode nicht teilnehmen können, deswegen ist es mir eine Freude, Ihnen das hier darzulegen -, ist, dass wir der Auffassung sind, das Haft für diejenigen da ist, die kriminell sind und nicht für diejenigen, die eigentlich aus dem einzigen Grund da sind, weil sie zum Beispiel einen Antrag auf Asyl gestellt haben.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Untersuchungs- haft?)

Wir glauben, dass auch die Abschiebehaft nur in absoluten Ausnahmefällen verhängt werden soll. Das ist die Position der Sozialdemokratie. Wir reden aber über einen Gesetzentwurf, bei dem wir nicht über die absolute Ausnahme reden, sondern bei dem wir über eine Rieseneinrichtung in Norddeutschland für ganz viele Menschen reden, auch für Familien mit Kindern. Das ist der Unterschied, Herr Kollege Rossa, gegenüber dem, was Sie hier sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rossa?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das tue ich sehr gern.

Jan Marcus Rossa [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie auch die Zivilprozessordnung ändern möchten?

(Dr. Ralf Stegner)

- Wir reden im Augenblick über den Kontext von Asylverfahren. Darüber reden wir.

(Jan Marcus Rossa [FDP]: Nein!)

- Ich habe darüber geredet, Herr Kollege. Ich bin kein Jurist. Wir können gern über die Zivilprozessordnung und solche Dinge reden, aber ich will Ihnen sagen: Der Kontext, über den wir hier miteinander sprechen und um den es mir geht, ist Folgender: Es gibt einen Kontext, da heißt es, dass Menschen, die Verbrechen begehen, im Zweifelsfall in Haft genommen werden müssen. Untersuchungshaft ist übrigens auch etwas ganz anderes als Haft, wie Sie wissen. Dafür gelten ganz andere Bedingungen, wenn jemand verdächtigt und das angeordnet wird.

(Jan Marcus Rossa [FDP]: Die ist aber nicht in der StPO geregelt! - Christopher Vogt [FDP]: Deshalb machen wir das Gesetz!)

Hier reden wir aber über das Thema Abschiebung, und da sage ich es noch einmal. Da ist die Auffassung der Sozialdemokratie, jedenfalls der in Schleswig-Holstein: Erstens. Wir wollen in allererster Linie die freiwillige Rückkehr und keine Abschiebungen.

Zweitens. In den Fällen, in denen wir Abschiebungen brauchen und jemand in Abschiebehaft genommen werden muss, ist die Abschiebehaft die absolute Ausnahme und nicht der Regelfall, für den wir riesige Einrichtungen bauen müssen. Darüber habe ich gesprochen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, bevor Sie Ihre Rede fortsetzen, gestatten Sie ebenfalls eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peters?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das Vergnügen steigert sich. - Herr Kollege, bitte schön!

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Dr. Stegner, ist Ihnen bekannt, dass es auch im Ordnungswidrigkeitenrecht eine Erzwingungshaft gibt, wenn man seinen Bußgeldbescheid nicht bezahlt hat? Wollen Sie das auch abschaffen?

(Martin Habersaat [SPD]: Für Kinder?)

- Das ist mir sehr bewusst, Herr Abgeordneter, aber wollen wir allen Ernstes die Debatte hier durch sol-

che Spitzfindigkeiten bezogen auf andere Fragen führen? Ich habe über all das nicht gesprochen. Wir reden hier über eine humanitäre Flüchtlingspolitik und ob dafür große Abschiebehaftanstalten die richtige Maßnahme sind. Darüber reden wir hier, Herr Kollege Peters, und nicht über andere Fälle, in denen Menschen in Haft genommen werden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sehr geehrter Kollege Dr. Stegner, es gibt weiteren Frage- und Debattenbedarf mit Ihnen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich glaube, ich kann es lassen mit meinem Manuskript. Ich beantworte gern Ihre Fragen. Bitte schön!

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sie gestatten eine Zwischenfrage des Abgeordneten Claussen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber klar.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das ist sehr schön. Dann hat der Abgeordnete das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön!

Claus Christian Claussen [CDU]: Wenn Sie davon sprechen, dass Abschiebehaft in Ausnahmefällen notwendig sei, bitte ich Sie, mir zu erklären, wie Sie das vollziehen wollen, wenn Sie keine Einrichtung dafür haben, die getrennt ist von jeder Art von Strafhaftunterbringung. In welcher Einrichtung wollen Sie das vollziehen?

- Ich bin der festen Überzeugung, dass die Anstrengungen, die wir brauchen, um möglichst dafür zu sorgen, dass Menschen, die nicht hierbleiben können - und es können nicht alle hierbleiben -, freiwillig zurückkehren, die erste Priorität haben. In den anderen Fällen müssen wir versuchen, Menschen davon zu überzeugen, dass sie nicht hierbleiben können und einen Weg finden, dass sie das Land wieder verlassen.

(Dr. Ralf Stegner)

Aber natürlich gibt es auch Einzelfälle, in denen das nicht geht. Für diese Einzelfälle haben wir zum Beispiel Absprachen mit Hamburg gehabt, über den Abschiebebewahrsam am Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel.

(Zurufe)

- Ja, auch ich weiß das mit Eisenhüttenstadt. Das ist weit weg. Man braucht an der einen oder anderen Stelle in der Tat solche Plätze.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt! Das habe ich gar nicht bestritten.

Wir reden hier aber über etwas ganz anderes. Die neue Koalition in Schleswig-Holstein mit den Grünen meldet sich und sagt: Wir brauchen nicht nur ein paar Plätze, sondern wir wollen gemeinsam eine riesige Abschiebehaftanstalt für Norddeutschland in Schleswig-Holstein errichten. Über diese Frage reden wir hier miteinander, und nur darüber spreche ich im Augenblick. Die brauchen wir in der Tat nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Claussen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gern.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bitte schön.

Claus Christian Claussen [CDU]: Wir haben in Hamburg eine gemeinsame Einrichtung für den Abschiebebewahrsam. Das ist etwas anderes als Abschiebehaft. Abschiebehaft dauert länger. Wo wollen Sie die Abschiebehaft vollziehen, wenn wir hierfür keine Einrichtung schaffen? Halten Sie es für schlecht, wenn wir in Zusammenarbeit mit Hamburg - SPD-regiert, soweit ich weiß - und Mecklenburg-Vorpommern eine Einrichtung schaffen und das im norddeutschen Verbund gemeinsam machen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Lieber Herr Kollege Claussen, erstens habe ich selbst auf den Unterschied hingewiesen, indem ich das Beispiel Hamburg Fuhlsbüttel und Abschiebe-

gewahrsam auf der einen und Eisenhüttenstadt auf der anderen Seite erwähnt habe. Insofern bedurfte es keiner Belehrung, weil ich das selbst gesagt habe.

Zweitens habe ich überhaupt nicht bestritten, und keine der Nachfragen bringt mich in die Richtung, hier zu bestreiten, dass wir in Einzelfällen solche Plätze brauchen.

(Zurufe CDU und FDP: Oh, Oh!)

- Ich sage: in Einzelfällen! Wenn man das in Einzelfällen regeln muss, kann man Vereinbarungen mit den Nachbarländern treffen. Wir reden hier aber nicht über Einzelfälle, sondern wir reden über eine große Abschiebehaftanstalt für Norddeutschland, wo sich Schleswig-Holstein gemeldet und gesagt hat: Wir wollen das in Glückstadt machen. Das hat die Koalition beschlossen. Damit setze ich mich auseinander, und das darf ich hier als Opposition kritisieren, insbesondere gegenüber den Grünen, die ihre Haltung geändert haben.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sehr geehrter Kollege, es gibt weiteren Nachfragebedarf, diesmal von der Kollegin Touré. Gestatten Sie von ihr eine Frage?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Es ist kaum möglich, das Vergnügen wächst immer weiter. Bitte schön.

(Unruhe)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bevor Frau Touré das Wort erhält, bitte ich alle anderen Abgeordneten der SPD-Fraktion, die nicht am Rednerpult stehen, etwas ruhiger zu werden. Dies gilt nicht nur für SPD-Abgeordnete, sondern auch für die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau von Kalben. - Jetzt hat die Abgeordnete Touré das Wort zu einer Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Stegner, Sie werden wahrscheinlich wissen, dass wir über 20 Plätze für Schleswig-Holstein sprechen und nicht über eine „riesengroße“ Einrichtung, 20 Plätze pro Bundesland. Man kann die Abschiebehafteinrichtung für falsch halten, das kann ich teilen, da haben wir eine ähnliche Position.

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Das verheimliche ich auch nicht, Birte Pauls. - Die Frage ist für mich: Inwiefern ist es für die inhaftierte Person ein Unterschied, ob sie in Schleswig-Holstein oder in Brandenburg untergebracht ist? Können Sie mir das erklären?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Was ich Ihnen gern erklären möchte, ist, dass es die gemeinsame Position von SPD, Grünen und SSW in der vergangenen Legislaturperiode war, dass wir keine eigene Abschiebehaftanstalt in Schleswig-Holstein wollen, dass wir die entsprechende Abschiebehaftanstalt in Rendsburg schließen wollen. Das stand in unserem Wahlprogramm, das stand in unserem Koalitionsvertrag, damit sind wir wieder in die Wahl gegangen, dafür haben wir geworben, und das haben wir durchgesetzt. Sie haben Ihre Position geändert. Insofern richtet sich die Frage doch nicht an uns, wo die am besten untergebracht werden, sondern die Frage richtet sich an Sie, warum Sie in dieser Frage Ihre Position geändert haben. Das ist die Antwort, Frau Kollegin Touré.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich die Antwort noch um einen Satz ergänzen darf: Ich weiß nicht, wie viele dieser Einzelfälle, über die wir hier sprechen, wir insgesamt haben werden. Das weiß ich nicht. Das ist eine Frage, über die man Mutmaßungen anstellen kann. Wenn ich mir die Debatte in Berlin in den letzten Tagen so betrachte, wohin die Debatte in Deutschland allmählich rutscht, werden wir wahrscheinlich in der Tat Rieseneinrichtungen brauchen.

(Unruhe)

Ich bin bisher von wenigen Einzelfällen ausgegangen, und ich bin davon ausgegangen - Frau Kollegin, in der vergangenen Legislaturperiode war das die gemeinsame Position -, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um Menschen möglichst zu ersparen, dass sie in Abschiebeeinrichtungen kommen. Das war unsere Position, und das ist mein Hintergrund für das, was ich hier sage.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Touré, gibt es den Bedarf nach einer weiteren Zwischenfrage?

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Dann frage ich jetzt Herrn Dr. Stegner, ob er eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Touré erlaubt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident, lassen Sie es mich so formulieren: Solange nicht die Rechtspopulisten fragen, gestatte ich das immer.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Sie haben nicht erklären können, inwiefern es für die einzelne Person einen Unterschied macht, ob sie hier oder in einem anderen Bundesland untergebracht wird. Im Übrigen hat sich unsere Position - mir ist wichtig, das noch einmal zu sagen - nicht verändert, nur weil wir jetzt eine Inhaftierung hier vornehmen und nicht in einem anderen Bundesland. Das hat auch in der letzten Legislaturperiode stattgefunden. Dazu gibt es einen Landeserlass. Sie können selber in die Gesetze reingucken. Diese Praxis hat stattgefunden. Es ist Bigotterie - ich meine nicht nur die SPD, sondern uns insgesamt als Küstenkoalition -, wenn wir sagen, wir haben keine Abschiebehafteinrichtung gehabt, aber sie hat in der Praxis trotzdem stattgefunden. Deshalb soll man mir erklären, inwiefern das einen Unterschied macht.

(Widerspruch SPD)

- Doch, ich bestreite, dass sich unsere Position verändert hat.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Lieber Kollege Dr. Stegner, bevor Sie antworten, möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wenn eine Kollegin eine Zwischenfrage stellt, hat die Kollegin das Wort und kein anderer Abgeordneter. Daraus entwickelt sich bitte kein Dialog. Sonst kommen wir hier nicht ordnungsgemäß durch die Debatte.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Jetzt hat das Wort zur Beantwortung der Zwischenfrage der Abgeordnete Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Frau Kollegin Touré, erstens finde ich es altmodischerweise richtig, dass Sie Fragen stellen oder Bemerkungen machen und ich darauf so antworte, wie ich es richtig finde.

Zweitens unterscheide ich mich deutlich von Ihnen. Ich empfinde die Vereinbarung, die die Küstenkoalition hatte, mitnichten als Bigotterie, sondern als Teil unserer Überzeugung.

(Beifall SPD und SSW)

Ich glaube, dass die Frage, in wie vielen Einzelfällen das notwendig ist, ganz viel mit der eigenen Politik zu tun hat. Unsere Anstrengungen galten dem Umstand, mögliche wenige Einzelfälle haben zu müssen. Das waren unsere Anstrengungen.

Es gibt Anfragen dazu, in wie vielen Fällen das in der letzten Legislaturperiode stattgefunden hat. Sie waren da noch nicht hier, aber Sie haben die Antworten nachgelesen. Dann werden Sie festgestellt haben, dass es sehr wenige Einzelfälle gewesen sind, bei denen das der Fall war.

Die Politik, die man macht, und die Anzahl der Einzelfälle, die dabei herauskommen, haben etwas miteinander zu tun. Die Abgrenzung, die ich vorhin vorzunehmen versucht habe, als der Kollege Rossa mich gefragt hat, war die: Ich glaube, es gibt ganz wenige Menschen, die unseren Schutz nicht brauchen, sondern die unseren Schutz sogar missbrauchen, weil sie hier kriminell werden oder Gefährder sind.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Aber nur Einzelfälle!)

Da gilt die ganze Konsequenz und Anwendung unseres Rechts.

Aber für die vielen anderen, gerade Familien mit Kindern, die nichts verbochen haben, die möglicherweise keine Anerkennung bekommen - mancher wird übrigens auch abgeschoben, bei dem sich die Leute fragen: wieso ausgerechnet diese Familie? -, wollen wir doch nicht allen Ernstes Einrichtungen bauen, um die in Haft zu stecken! Das kann doch nicht allen Ernstes unsere Position sein! Darüber rede ich hier, das ist mein Thema, egal welche Zwischenfragen ich hier bekomme.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich gehe davon aus, dass Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koch gestatten. - Damit hat jetzt der Kollege Koch das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Präsident! - Herr Dr. Stegner, das einzige Argument, das ich von Ihnen bisher gehört habe, war die Größe der Anstalt. Sie sprachen von „riesiger Einrichtung“, „großer Abschiebehaftanstalt“. Die Kollegin Touré wies gerade zu Recht darauf hin, dass es sich um 20 Plätze für Schleswig-Holstein handelt. Im SPD-regierten Bremen gibt es ebenfalls einen Abschiebehafttrakt im Polizeipräsidium mit 20 Plätzen. Nun ist Bremen um ein Vielfaches kleiner als Schleswig-Holstein und mit 500.000 Einwohnern gerade einmal ein Fünftel so groß wie Schleswig-Holstein. Halten Sie vor diesem Hintergrund 20 Plätze für Schleswig-Holstein für überdimensioniert?

- Sehr geehrter Herr Kolleg Koch, es ist ein bisschen eigentümlich, wenn ich eine Minute meiner Redezeit verbraucht und inzwischen zehn Zwischenfragen beantwortet habe, zu behaupten, ich hätte meine Argumente nicht vollständig vorgetragen. Das ist ein bisschen schwierig. Ich will die Frage trotzdem gern beantworten und Ihnen sagen: Ich vertrete die Position der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie und meiner SPD-Landtagsfraktion. Wir haben mit voller Überzeugung gesagt: Wir wollen die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg schließen, und wir wollen keine neue, sondern wir wollen unsere Anstrengungen vergrößern, dafür zu sorgen, dass das nicht erforderlich ist. In den wenigen Einzelfällen muss man zusammen mit den Nachbarländern pragmatische Lösungen finden. Das ist unser Ziel. Das ist aber etwas komplett anderes, als den Finger zu heben und zu sagen: Wir wollen gern diejenigen sein, die in Glückstadt eine große Einrichtung für die gesamten norddeutschen Bundesländer bauen.

Ich will Ihnen gern eines sagen, weil ich das Argument ja kenne: Der Innenminister der letzten Koalition, Herr Studt, hatte vergleichbare Vorschläge, die er auch im Wahlkampf vorgetragen hat. Ich habe das - obwohl man das im Wahlkampf normalerweise nicht tut - öffentlich kritisiert, weil es nicht die Position der Sozialdemokraten in Schleswig-

(Dr. Ralf Stegner)

Holstein war - auch nicht der Landtagsfraktion -, und sie ist es auch nicht geworden. Deswegen trage ich unsere Position unabhängig davon vor, was andere Bundesländer für sich entscheiden.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich gehe davon aus, Herr Dr. Stegner, dass Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch gestatten?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber immer!

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Damit hat der Kollege das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank - auch wenn meine erste Frage nicht beantwortet ist. Wären dann 20 Plätze für Schleswig-Holstein in einer Abschiebehaftanstalt in Mecklenburg-Vorpommern aus Ihrer Sicht angemessen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Kollege Koch, Sie fragen hier allmählich wie Staatsanwälte. Das ist auch in Ordnung, weil Sie mich mit so etwas nicht erschrecken. Sie bringen mich nämlich nicht zu dem Punkt, zu rechtfertigen, dass die Grünen hier ihre Position verändert haben

(Tobias Koch [CDU]: Nur darum geht es also! - Volker Schnurrbusch [AfD]: Jetzt kommt es raus! - Weitere Zurufe: Ach, komm!)

oder Ihnen zu erleichtern - wenn Sie mir das noch gestatten, Herr Kollege Koch -,

(Zurufe CDU)

dafür eine Rechtfertigung zu finden, dass sich Schleswig-Holstein meldet, um gemeinsam mit anderen eine Einrichtung zu schaffen, nachdem man die eigene vorher aus einer Überzeugung heraus, die wir zu dritt hatten, geschlossen hat. Das ist das Faktum, das wir hier vortragen. Dass war nicht die Position von CDU und FDP - das werfe ich Ihnen auch nicht vor -, aber es war die Position von SPD, Grünen und SSW. Die hat sich offenbar bei den Grünen geändert.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, der Herr Abgeordnete Nobis hat sich auch zu einer Zwischenfrage gemeldet. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich nehme das zur Kenntnis und fahre mit meiner Rede fort, Herr Präsident.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Musterdemokrat!
- Volker Schnurrbusch [AfD]: Sie brauchen Demokratieerziehung!)

Ich sage noch einmal: Für die wenigen Ausnahmefälle - da reden wir gewiss nicht über Familien mit Kindern - braucht es maßgeschneiderte Lösungen in Absprache mit anderen Bundesländern. Das war zum Beispiel bei der Regelung über den Abschiebегewahrsam in Fuhlsbüttel der Fall, und es war bis zum Regierungswechsel im vergangenen Jahr die Linie. Jetzt plant die Landesregierung einen drastischen Kurswechsel. Sie treibt die Planung für einen Superabschiebeknast in Glückstadt für ganz Norddeutschland voran,

(Widerspruch CDU - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist ja peinlich!)

und sie legt gleichzeitig den Entwurf für ein Abschiebehaftgesetz vor, der an Restriktivität deutschlandweit selbst das übertrifft, was wir in Sachsen oder in Bayern an Regelungen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD - Zuruf: Die bösen Sachsen!)

Wir hören die Relativierungen der Koalition, die Haftanstalt wolle man zwar bauen, aber doch eigentlich gar nicht nutzen. Die Bedingungen wären Klasse, und es sei doch eigentlich Wohnen minus Freiheit. Na super: Da werden sich bald Freiwillige melden, die da einziehen wollen, kann ich nur sagen, wenn man das so formuliert.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das würden Sie ja begrüßen!)

Liebe Grünenfraktion, glauben Sie allen Ernstes, dass in Glückstadt ein millionenschweres Prestigeobjekt eröffnet werden soll, um es anschließend leer stehen zu lassen? - Das wird nicht einmal Ihre Finanzministerin gut finden. Im Übrigen ist es eine einschneidende Veränderung der schleswig-holsteinischen Flüchtlingspolitik, auch wenn Sie das hier wegdreden.

Was die Haftbedingungen angeht, zeigt der seit gestern vorliegende Gesetzentwurf erschreckend

(Dr. Ralf Stegner)

deutlich, in welche Richtung das geht. Wenn man grünen Presseerklärungen glaubt, sollen Frauen und Kinder dort möglichst nicht untergebracht werden - im Zweifelsfall aber schon.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist, was Sie beschlossen haben! Sie haben das beschlossen!)

Und dann gilt: Ob Eltern gemeinsam mit ihren Kindern untergebracht werden, bestimmt sich künftig nach dem Aufwand, der der Anstalt daraus entsteht. Einen Anspruch haben die Familien nicht. Sie eröffnen damit die Tür für getrennte Unterbringung von Familien mit minderjährigen Kindern. Das ist doch irre, und inhuman ist es auch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall SPD und SSW - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist keine gesetzliche Regelung für die Einschulungszeiten vorgesehen - das wird den Betreibern der Anstalt überlassen. Offensichtliches Handyverbot und Reglementierung der Außenkontakte, unabhängig vom Unterbringungszweck - auch das lässt der Gesetzentwurf zu. Konkretisierung der Grundrechtseinschränkung durch simple Verwaltungsvorschriften - das ist übrigens verfassungsrechtlich ein großes Problem.

Wohnen minus Freiheit - liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich möchte wirklich nicht spekulieren, wie einige der hier Anwesenden offenbar wohnen, wenn sie sich zu solchen Beschönigungen hinreißen lassen.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so etwas zu machen, ist wirklich unter allem Niveau. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Dr. Stegner, da Sie gerade so gut in Form sind: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten von Kalben?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber selbstverständlich.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Stegner, ich glaube, ich brauche nicht deutlich zu machen, dass es mir natürlich nicht gefällt, dass wir eine neue Abschiebehaftanstalt bauen. Aber wir sind in einer Koalition, und vor allen

Dingen, lieber Herr Stegner, müssen wir Bundesgesetze umsetzen, die eine Große Koalition - nicht unter Beteiligung der Grünen, sondern unter Beteiligung der SPD - beschlossen hat. Deshalb finde ich ehrlich gesagt Ihre Überheblichkeit, mit der Sie sich uns gegenüber äußern, nicht angemessen und kritisiere das scharf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

- Liebe Frau Kollegin von Kalben, von Überheblichkeit kann gar keine Rede sein, weil mich das wirklich betrübt.

(Widerspruch CDU und FDP)

Darf ich Sie darauf hinweisen, dass das Bundesrecht auch schon galt, als wir miteinander regiert haben? Sich auf eine Koalition rauszureden! Die hatten Sie mit uns auch, aber wir mit Ihnen wollten keine Abschiebehaftanstalt. Das war der Unterschied zwischen uns und den Kollegen von der anderen Seite, Frau Kollegin von Kalben.

(Beifall SPD und SSW)

Dass Sie ein schlechtes Gewissen haben, verstehe ich ja, aber dann stellen Sie sich nicht hin und sagen: „Wir würden ja gerne, wir möchten ja gerne“, und: „Die SPD ist überheblich.“ - Nein, wir haben nur unsere Position beibehalten. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen, liebe Frau Kollegin von Kalben.

(Beifall SPD und SSW)

Das Verrutschen dieser Debatte in dem Umfeld, das wir momentan haben, ist, finde ich, nichts, worüber man Scherze machen darf - ganz ehrlich nicht -; denn von solchen Diskursen, die in Deutschland nach rechts rücken, profitieren die, bei denen ich das überhaupt nicht möchte.

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit der SPD hätte es keine neue Abschiebehaftanstalt gegeben. Mit uns gäbe es kein Abschiebehaftgesetz in dieser Art und Weise. Uns überrascht es nicht bei CDU und FDP - die haben ihre Position nicht verändert -, aber hätte hier die Kollegin Amtsberg noch gesessen, hätte es eine solche Vereinbarung möglicherweise nicht gegeben.

(Beifall SPD)

Also hat sich doch etwas verändert. Ich sage Ihnen noch eins: Ich kenne die Bedingungen des deutschen Rechts. Ich habe mich auch als Innenminister

(Dr. Ralf Stegner)

damals durchaus mit Herrn Schily und einigen anderen angelegt.

(Christopher Vogt [FDP]: Beim Polizeigesetz!)

- Wir reden über Flüchtlingspolitik. - Ich war immer der Meinung: Schleswig-Holstein muss der Vorreiter einer humanitären Flüchtlingspolitik - wirklich der, bei der das Standard ist - sein. Das war immer meine Überzeugung. Das ist immer noch die Überzeugung, die meine Partei und meine Fraktion haben. Daran halten wir fest - egal, was Sie hier vortragen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Sehr geehrter Herr Schmidt und sehr geehrter Herr Döhring! Ich hatte schon fast gedacht, ich komme gar nicht mehr zu Wort und kann meine Rede beiseitelegen. Aber ich kann vielleicht noch einmal zusammenfassen, was hier gerade zutage getreten ist.

Dieser Antrag der SPD hat mich schon sehr befremdet. Ich bedauere es sehr, dass die Kollegin Serpil Midyatli heute nicht hier dabei sein kann.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn wir in der Vergangenheit über den Weg zu einer erfolgreichen Flüchtlings- und Integrationspolitik bei Weitem nicht immer einer Meinung waren, so habe ich doch das gemeinsame Bemühen gespürt, konstruktiv und sachlich miteinander um Lösungen zu ringen. Heute gewinne ich den Eindruck, dass Sie von der SPD-Fraktion den Weg konstruktiver Debatten verlassen haben. Stattdessen versuchen Sie, den Menschen in unserem Land zu suggerieren, es gebe unter dieser Landesregierung einen Wandel weg von humanitärer Flüchtlingspolitik hin zu Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Das dient niemandem, und das wissen Sie auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Die Behauptungen sind falsch. Das finde ich verantwortungslos!

Selbstverständlich gehört zu einer konsequenten Flüchtlingspolitik auch die konsequente Ausweisung, wenn nach Ausschöpfung des gesamten Rechtsweges keine Aufenthaltsberechtigung besteht. Entgegen Ihrer Behauptung in dem Antrag ist dies Bundesrecht. Das ist nicht nur Bundesrecht, das ist auch EU-Recht, und das ist auch vereinbar mit der Verfassung. Vom Bundesrecht ist ebenfalls gedeckt, dass Minderjährige in Ausnahmefällen in Abschiebehaft genommen werden können. Der seit September 2017 bestehende Erlass zeigt, dass wir verantwortungsbewusst mit besonderen Schutzgruppen umgehen, denn dieser Erlass entfaltet nach wie vor seine Wirkung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Abgeordnete - -

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sie lassen keine Zwischenfrage zu.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Wir haben genug debattiert. - Der Bezug zu Anker- einrichtungen, den Sie herstellen, finde ich ebenfalls sehr verantwortungslos. Wir sprechen hier nicht von einer größeren Ankereinrichtung, die Sie übrigens im Koalitionsvertrag in Berlin mitgetragen haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wissen, dass wir 7.000 Menschen hier haben, die eigentlich abgeschoben werden müssten, und wir sprechen von 20 Plätzen für Schleswig-Holstein. Sprächen Sie mit Ihren Kollegen von der SPD in Hamburg - wir haben dort weiterhin die Einrichtung in Fuhlsbüttel -, wüssten Sie, dass die dringend darauf warten, dass diese Plätze geschaffen werden.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, humane Flüchtlingspolitik bewegt sich für uns nicht abseits unseres Rechtsstaates, sondern findet im Rechtsstaat statt.

(Barbara Ostmeier)

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ganz genau!
Das ist genau der Punkt!)

Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen wollen und müssen. Nichts anderes tun wir.

Wenn Sie unseren Alternativantrag genau lesen, erkennen Sie, was humane Flüchtlingspolitik ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist falsch, wenn Sie wider besseres Wissen in den Raum stellen, diese Landesregierung verabschiede sich von der Flüchtlingspolitik der Vorgängerregierung. Es ist falsch, wenn Sie behaupten, unser Antrag, dem Sie zustimmen können, enthalte eine Abkehr von der vorrangigen Förderung der freiwilligen Rückkehr. Es ist auch nicht so, als habe sich die SPD-geführte Landesregierung - es ist hier angesprochen worden - diesem gesetzlich gebotenen Instrument gänzlich entzogen. Zur Wahrheit gehört, dass man ausreisepflichtige Menschen quer durch die Republik gefahren hat, um in anderen Bundesländern untergebracht zu werden. Das hat mit Humanität gar nichts zu tun. Da kommt es mir auch gar nicht auf die Anzahl an. Humanität bezieht sich nicht auf die Masse, sondern auf jede einzelne Person.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Da ist uninteressant, wie viele Sie da hingekarrt haben. Sie sollten sich langsam einmal überlegen, was Sie hier sagen.

Jamaika entzieht sich dieser Verantwortung nicht. Gemeinsam mit unseren norddeutschen Partnern werden wir nun in Glücksstadt eine Einrichtung schaffen. Es liegt jetzt in unserer Hand, diese so auszustatten, wie es die Grundsätze der Humanität und des Rechtsstaates erfordern, und wir überlassen das nicht anderen. Wir werden dies in Kooperation mit Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg tun, beides übrigens SPD-geführte Bundesländer.

Was mir besonders wichtig ist, auch wenn meine Redezeit bald zu Ende ist: Humane und erfolgreiche Flüchtlingspolitik bedeutet viel mehr, als Sie heute in den Blick nehmen.

Eben habe ich Folgendes zu erwähnen vergessen: Ich möchte gerade in Zusammenhang mit der Abschiebehaft meiner Kollegin Aminata Touré und meinem Kollegen Rossa von der FDP - auch in den Koalitionsverhandlungen -, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Ministerium für die wirklich konstruktive, sachliche Bearbeitung

dieses Themas danken. Das ist sachlich, konstruktiv bei manchmal sehr unterschiedlichen Wünschen, die wir alle haben. - Vielen Dank dafür.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir als Jamaika-Koalition werden uns in Fortsetzung bewährter Schritte aus der letzten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Integration gelingt und in geordnete Bahnen geführt wird. Wir wollen unseren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Ausländerbehörden, unseren Kitas und Bildungseinrichtungen, unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, unseren Vereinen und Verbänden, allen Menschen und Organisationen, die sich engagieren, die bestmögliche Unterstützung geben, denn dort findet die Integrationsleistung statt, nicht hier.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin!

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich komme zum Schluss. - Lassen Sie es nach, hier Schaufensterdebatten zu führen und Unwahrheiten zu verbreiten. Lassen Sie es nach, auf dem Rücken der Migranten und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu versuchen, einen Keil in diese Jamaika-Koalition zu treiben.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin!

Barbara Ostmeier [CDU]:

Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir haben einen klaren Fahrplan. Kehren Sie an den gemeinsamen Tisch zurück. Unterstützen Sie unseren Alternativantrag. Es kann gar nicht wehtun. Das werden Sie feststellen, wenn Sie ihn genau lesen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt wirklich zum Ende kommen.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Es geht mehr denn je um die Frage der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns und eine gemeinsame, wirkungsvolle Migrationspolitik. - Vielen Dank.

(Barbara Ostmeier)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Herr Stegner, ich könnte mich hier voller Häme hinstellen und sagen, dass das alles übertriebene Empörungsrhetorik von Ihnen ist, denn ein Entwurf für ein Abschiebehaftvollzugsgesetz lag schon in der letzten Legislaturperiode in einem SPD-geführten Innenministerium vor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe und Widerspruch SPD)

Stefan Studt sagte kurz vor der Landtagswahl im letzten Jahr, dass Schleswig-Holstein eine Abschiebehafteinrichtung braucht. Das Einzige, was der SPD für dieses Vorhaben in die Quere kam, waren die Landtagswahlen und neue Mehrheitsverhältnisse. Diese Rhetorik prallt deshalb an mir ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe und Widerspruch SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Klar.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die SPD, vertreten durch Ihren Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden,

- Und stellvertretenden Bundesvorsitzenden!

bereits im letzten Landtagswahlkampf diesen Vorschlag des damaligen Innenministers abgelehnt hat und dass diese Fraktion das niemals mitgetragen hätte? Sind Sie bereit, das anzuerkennen?

(Zuruf FDP)

- Das erkenne ich an. Aber die Debatte wäre gekommen und das Gesetz auch.

(Martin Habersaat [SPD] begibt sich zu seinem Platz)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Habersaat, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen, müssen Sie auch stehenbleiben und die Antwort abwarten. Ich habe das noch nicht als Antwort wahrgenommen. Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen, erwarte ich von Ihnen, dass Sie die Antwort abwarten. Die Kollegin Touré hat jetzt die Möglichkeit, darauf zu antworten. Alle anderen hören ihr bitte zu.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich erkenne an, dass Sie das kritisiert haben. Ich bin mir aber zu 250 % sicher, dass wir diese Debatte in dieser Legislaturperiode geführt hätten, auch wenn wir als Koalition hier gestanden hätten. Da bin ich mir sicher.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Widerspruch und Zurufe SPD)

Was nicht an mir abprallt, ist dieses Gesetz, das wir als Grüne mittragen. Es ist kein Zufall, dass wir von „Kompromiss mittragen“ sprechen, weil wir uns nicht davon freikaufen können und einen Teil dazu beitragen, dass eine Abschiebehafteinrichtung hier entsteht. Das ist unsere politische und moralische Verantwortung.

Wenn ich zu dem realen Handlungsspielraum komme, gebe ich die geteilte Verantwortung wieder in Ihre Hände. Ich habe mich in den letzten Wochen ernsthaft gefragt, ob es der SPD nicht bewusst ist, dass die Grundlagen für ein Abschiebehaftvollzugsgesetz und eine Abschiebehafteinrichtung im Bundesgesetz - daran seid ihr beteiligt - und auf europäischer Ebene festgeschrieben sind.

Der Hauptpunkt der Debatte, die Inhaftierung von Minderjährigen und Familien, findet sich im Aufenthaltsgesetz § 62 Absatz 1 Satz 3 wieder. Dort steht nämlich geschrieben, dass Kinder, Minderjährige und Familien in Ausnahmefällen inhaftiert werden können. Genau dieser eine Satz ermöglicht es uns eben nicht, auf Landesebene Bundesrecht zu brechen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

und in unser Gesetz hineinzuformulieren, dass wir das schlichtweg nicht tun werden. Ich sage Ihnen auch, warum: Selbst wenn wir uns über das Bundesrecht hinwegsetzen würden, ist es nicht das Parlament, das über eine Inhaftierung entscheidet, sondern es sind Richterinnen und Richter, die darüber entscheiden. Sie werden sich am Ende des Tages an das Bundesrecht halten.

(Aminata Touré)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die Hauptdebatte, die wir hier führen sollten, ist: Was kann das Land tun? Deshalb haben wir in den Gesetzentwurf hineinformuliert, dass die Inhaftierung von Kindern und Minderjährigen nur unter den restriktiven Maßgaben des eben erwähnten Paragraphen stattfinden kann. Punkt eins.

Punkt zwei: Wir haben bereits vereinbart, dass wir nicht hinter die Regelungen des heute geltenden Erlasses fallen wollen, der sagt, dass die Ausländerbehörden möglichst nicht anordnen sollen, dass Kinder, Schwangere und Familien inhaftiert werden sollen. Diesen Spielraum nutzen wir. Das ist eine Realität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Wir Grüne haben durchgesetzt - da haben wir hart verhandelt, und daran können wir alle uns noch gut erinnern -, dass soziale Beratung, Rückführungsberatung, medizinische Betreuung und die freie Beweglichkeit in der Einrichtung möglich sein werden. Ich bin froh, dass wir als CDU, FDP und Grüne zu diesem Kompromiss gekommen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich möchte noch mal auf den Punkt kommen, welchen Spielraum wir tatsächlich haben. Ich hatte schon die eine oder andere schlaflose Nacht, seitdem wir diesen Kompromiss im Koalitionsvertrag geschlossen haben. Ich habe mir mehr als einmal die Frage gestellt, was wir als Grüne hätten verhindern können.

Da fängt das Problem schon an. In der letzten Legislaturperiode - das habe ich vorhin in meiner Zwischenfrage schon gesagt, und das merke ich sehr selbstkritisch an - haben wir kommuniziert, dass wir keine Einrichtung haben. Wir haben aber die Plätze anderer Bundesländer mitgenutzt. Da soll mir jemand erklären - die Frage haben Sie mir nicht beantwortet, Herr Stegner -, inwiefern es für Muhammed oder Ermine besser sein soll, wenn sie in Brandenburg untergebracht werden und nicht in Schleswig-Holstein. Eisenhüttenstadt, die Einrichtung, die wir sonst mitgenutzt haben, wurde geschlossen, weil sie desaströs war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf CDU: Genau!)

Wir konnten bislang schön sagen, wir haben das Problem nicht vor Ort, sondern weit weg. Das ist eine ähnliche Debatte, wie man sie über Fluchtursachen führt. Deshalb haben wir Grüne entschieden, diesen Kompromiss mitzutragen, solange - das ist der entscheidende und wichtige Punkt - die bundespolitischen Vorgaben bestehen. Es ist das kleinere Übel, eine Unterkunft nach unseren Bedingungen hier zu bauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es sind nicht meine schlaflosen Nächte, die Abschiebehafteinrichtungen verhindern. Herr Stegner, Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, Sie sind sich über Ihre diskursive Macht und Ihre Einflussmöglichkeiten absolut im Klaren. Wenn Sie sagen, Sie wollten keine Einrichtung und Sie wollten nicht, dass Kinder und Minderjährige inhaftiert werden, dann machen Sie sich doch gemeinsam mit uns Grünen auf Landes- und Bundesebene auf den Weg und streichen diese Regelung aus dem Aufenthaltsgesetz. Dort werden nämlich im Gegensatz zu Ihrer in der Presse verlautbarten Position die Grundlagen für Abschiebehafteinrichtungen und Inhaftierungen von Kindern und Minderjährigen geschaffen - und nicht im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Noch etwas Grundsätzliches zu Rückführungen: Das wirksamste Mittel - das ist die Position, die wir als Koalition vertreten - für Rückführung ist die freiwillige Rückführung. Darauf richtet unsere Koalition ihr Hauptaugenmerk. Deshalb haben wir dafür extrem viel mehr Geld in den letzten Haushalt eingestellt. Wir alle sind uns, glaube ich, im Hause einig darüber, dass das der sinnvollste und menschenwürdigste Weg ist, um ein Schiff zurückzuführen, nicht aber eine Abschiebehafteinrichtung für 20 Personen. Damit müssen wir uns befassen, und dafür stehen wir. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Christopher Vogt)

„Wir wollen eine humanitäre Flüchtlingspolitik und eine geregelte Zuwanderung. Aber das funktioniert nur, wenn auf der anderen Seite der Rechtsstaat handlungsfähig und durchsetzungsstark ist. Das heißt auch, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückgeführt werden in ihre Heimat. Da müssen auf Worte auch Taten folgen.“

Das sind nicht meine Worte, Herr Dr. Stegner, sondern das sind die Worte der SPD-Partei und Fraktionsvorsitzenden auf Bundesebene Andrea Nahles. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das, was Sie hier abliefern, ist wirklich eine auch schon von meiner Kollegin Touré angesprochene Bigotterie, weil Sie auf der einen Seite anders handeln als Sie hier reden.

Meine Fraktion teilt die Position der SPD-Bundespartei. Man hätte es auch anders formulieren können. Wir alle wissen, dass die FDP-Landtagsfraktion seit jeher für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsteht. Sie dient den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten müssen. Das war auch immer Konsens in diesem Hohen Hause zwischen den - ich sage mal - staatstragenden Parteien.

Wir setzen uns zudem für ein modernes Zuwanderungsrecht mit klaren Kriterien und fairen Chancen ein, übrigens auch für die Menschen, Herr Dr. Stegner, und ihre Familien, die seit Jahren gut integriert hier leben und die nach aktueller Gesetzeslage kein dauerhaftes Bleiberecht haben. Das ist für viele gut integrierte Menschen eine Zumutung, was wir hier momentan an Gesetzeslage haben, und eine verpasste Chance für unser Land.

(Beifall FDP)

Was in dieser Debatte auch eine Rolle spielt, das ist der sogenannte Spurwechsel, von dem in der gestrigen Debatte schon mehrfach die Rede war.

Wir setzen uns auch für verstärkte Integrationsmaßnahmen ein. Dieses verstärken wir auch im Rahmen dieser Koalition hier noch einmal. Wir sehen aber eben auch, dass sich in unserem Land viele Menschen aufhalten, die kein Bleiberecht haben.

Wir bevorzugen selbstverständlich die freiwillige Ausreise; auch darüber sind wir uns einig. Das ist in diesen Fällen für alle Beteiligten der bessere Weg. Allerdings reisen viele Menschen, die kein Bleiberecht haben, eben nicht freiwillig aus. Nicht wenige Ausreisepflichtige entziehen sich auch konsequent der von Gerichten angeordneten Abschiebung.

Ich habe wirklich Verständnis für diese menschlichen Schicksale. Der Rechtsstaat muss sich aber auch hier durchsetzen. Es sind ja keine willkürlichen Maßnahmen, um die es hier geht, sondern das sind die Entscheidungen von Richtern, die sich an deutsche Gesetze halten.

(Beifall FDP und CDU)

Es gab hier zwischen den wirklich staatstragenden Parteien in der Vergangenheit immer einen Grundkonsens, was eine humanitäre Flüchtlingspolitik angeht.

Herr Dr. Stegner, Sie arbeiten sich nun schon seit einem Jahr konsequent an den Grünen ab. Sie führen hier so eine Art Rosenkrieg.

(Zuruf SPD)

- Frau Kollegin, ich meine es wirklich ernst. Aus meiner Sicht ist diese Debatte für Kaspereien ein bisschen zu ernst. Wir sollten uns also wirklich ernsthaft über diese Thematik unterhalten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der bisherigen Debatte muss ich feststellen: Nicht die Grünen haben den bisherigen Konsens verlassen, sondern Ihre Fraktion hat den Grundkonsens verlassen, indem sie so tut, als wenn Sie die einzigen moralischen Menschen in diesem Raum wären, während alle anderen hier Unmenschen sind, die geflüchteten Menschen etwas Böses antun wollen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich den Antrag, den Sie uns hier vorgelegt haben, doch einmal genau an. Wenn die SPD-Fraktion ernsthaft formuliert, dass eine Abschiebehaftanstalt generell inhuman sei und den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft widerspricht, dann frage ich mich, ob Sie sich wirklich überlegt haben, was Sie da aufgeschrieben und uns hier vorgelegt haben. Ich frage mich wirklich, ob das Ihr Ernst ist. Sie müssen der Öffentlichkeit doch auch einmal erklären, Herr Dr. Stegner, wie Sie das denn umsetzen wollen. Sie haben in dieser Debatte ja schon genügend Fragen beantwortet. Aber Sie müssen uns jetzt endlich auch einmal erklären, wie Sie denn das Bundesrecht umsetzen würden, das Sie nicht ändern. Sie haben doch Ihre Unterschrift unter den Koalitionsvertrag in Berlin gesetzt. Nicht ich, auch nicht Frau Touré, hat das gemacht, sondern Sie haben das gemacht. Jetzt

(Christopher Vogt)

müssen Sie uns einmal erklären, wie Sie das eigentlich umsetzen wollen.

Sie haben in der Vergangenheit mehrfach gesagt, Sie wollten keine Abschiebehaftanstalt in Schleswig-Holstein, und die in Rendsburg haben wir geschlossen, übrigens deshalb, weil wir das quasi mussten. Aber Sie müssen uns nun einmal erklären, wie Sie das Recht umsetzen wollen. Sie reden von wenigen Einzelfällen. Auch hier geht es doch um Einzelfälle, selbstverständlich. Es geht nicht darum, dass Leute, die einen Ablehnungsbescheid haben, automatisch nach Glückstadt kommen. Nein, es ist Quatsch, was Sie hier behauptet haben. Es geht nach wie vor um Einzelfälle. Wir jedoch kommen unserer Verantwortung nach, anders als Sie.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind von Ihnen ja schon viel gewohnt. Auf Herrn Studt sind Sie ja schon eingegangen. Das ist ja dann wahrscheinlich auch ein inhumaner Innenminister der SPD gewesen. Aber der hat eben erkannt, dass es besser ist, eine eigene Abschiebehaftanstalt zu betreiben als das baufällige Ding in Eisenhüttenstadt, das Sie genutzt haben. Das ist seit etwa einem Jahr geschlossen. Das war nun Ihre humane Flüchtlingspolitik, der Sie hier das Wort reden, oder was meinen Sie?

Sie sind einfach darüber hinweggegangen. Sie müssen doch auch einmal sehen, dass sich die Stadt Hamburg beteiligt, wo Rot-Grün regiert, dass sich auch das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt, das von Rot-Schwarz regiert wird. Das sind nun auch alles inhumane Politiker und Menschen, die einer freiheitlichen Gesellschaft widersprechen? - Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU)

Abschließend möchte ich Ihnen Folgendes sagen: In Niedersachsen wird das nicht gemacht. Dort gibt es kein Gesetz, wie es der Flüchtlingsrat fordert. Unsere Fraktion unterstützt das dort gegen die SPD. Wir sollten wirklich zu einer ernsthaften Debatte zurückkommen, und Sie sollten sich zunächst den vernünftigen Gesetzentwurf des Ministers angucken, wie es parlamentarische Sitte ist. Auf jeden Fall sollten Sie hier keine Schaufensteranträge stellen und eine Debatte führen, die nur den Falschen hilft.

Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Das ist ein verantwortungsbewusster Weg, nicht aber Ihre Kaspereien. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich kann mich den Vorrednern nur anschließen. Das ist vielleicht bemerkenswert.

Meine Damen und Herren, Abschiebehaft ist wesentlicher Bestandteil einer konsequenten und rechtsstaatlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Abschiebehaft ist gleichwohl die Ultima Ratio, also das Mittel der Wahl, wenn alle anderen nicht greifen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau!)

Selbstverständlich sind bei der Anordnung der Abschiebehaft genau diejenigen Umstände zu berücksichtigen, die eine solche Freiheitsentziehung von vornherein ausschließen.

In dem Antrag der SPD ist völlig zu Recht eine Gruppe von Personen aufgeführt, die von der Abschiebehaft auszuschließen sind. Aber dann hört es mit der Sinnhaftigkeit aufseiten der SPD auch schon auf; denn das, was gefordert wird, ist in Schleswig-Holstein bundesweit seit Langem geübte Praxis und das wird es auch in Zukunft sein.

Dass Sie mit Ihrem Antrag jetzt eine sich hier anbahnende humanitäre Katastrophe an die Wand malen, ist nichts weiter als billiger Linkspopulismus und Angstmache.

(Beifall AfD)

Tatsächlich vermischen Sie die im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vorgesehenen Ankerzentren beispielsweise pauschal mit Abschiebehaftanstalten. Die SPD malt hier in düsteren Farben ein Bild von geschlossenen Einrichtungen, in denen nach ihrem Duktus die Grenzen zwischen Haft und Unterbringung von Asylsuchenden verschwimmen werden. Damit verunsichern Sie die Öffentlichkeit. Bei den Bürgern in Glückstadt, Neumünster und Boostedt schüren Sie so vollkommen unbegründete Ängste. Abschiebehaft ist nicht gleich Ankerzentrum. Und das wissen Sie auch.

Noch einmal: Abschiebehaft ist Ultima Ratio, und sie kann auch gar nichts anderes sein. Auch ein kommendes Abschiebehaftgesetz muss und wird

(Claus Schaffer)

sich klar an humanitären Aspekten, an Menschenrechten und vor allem auch an der Rechtsstaatlichkeit orientieren.

Für die Abschiebehaft können nur abgelehnte Asylsuchende in Betracht kommen, die sich der freiwilligen Rückkehr entziehen, die sich verbergen und verstecken, die sich den Maßnahmen der Aufenthaltsbeendigung gewaltsam widersetzen und die in unserem Land als Straftäter und Islamisten jeden Anspruch auf die hier zum Glück selbstverständliche Gastfreundschaft unserer Gesellschaft verwirkt haben. Abschiebungen sind Maßnahmen, die zum Erhalt ebendieser Gastfreundschaft zwingend notwendig sind. Alles andere würde dieses Wesen unserer Gesellschaft aufs Spiel setzen.

Dass dies erforderlich ist, zeigen die schrecklichen Taten, die in den letzten Wochen von Menschen begangen wurden, die sich nicht länger in Deutschland hätten aufhalten dürfen. Noch einmal etwas zu den Fakten:

Im Jahr 2017 konnten in Schleswig-Holstein mehr als 700 Abschiebungen trotz vollziehbarer Entscheidung nicht vorgenommen werden. Trotz steigender Zahl an Ausreisepflichtigen hat sich die Zahl der Abschiebungen von 2016 auf 2017 halbiert. Der Verfassungsschutz berichtet von 550 islamischen Extremisten; ein Gutteil davon befindet sich mit einem Aufenthaltsstatus in Deutschland und auch hier in Schleswig-Holstein.

Es gibt also gute Gründe, Abschiebehaft als das zu begreifen, was es ist: ein rechtsstaatliches und ganz offenbar notwendiges Mittel zur konsequenten Umsetzung und Durchsetzung unseres Asylrechts und auch zum Schutz unserer Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, in der Gesellschaft besteht mehrheitlich Konsens darüber, dass eine Flüchtlingspolitik wie bisher nicht weiter fortgeführt werden darf. Ihr Antrag richtet sich aber im Kern gegen eine neue Zuordnung der Flüchtlingspolitik, wie sie die Mehrheit der Deutschen will. Ihr Antrag steht sogar gegen die Überzeugung Ihrer eigenen Partei, die sich im Koalitionsvertrag und kürzlich auch durch Frau Nahles zum Beispiel für die Ankerzentren ausgesprochen hat.

Die AfD-Fraktion setzt darauf, dass ein kommendes Abschiebehaftgesetz im Innen- und Rechtsausschuss mit der erforderlichen Ruhe und Intensität und Fachkunde beraten werden kann.

Der populistischen Stimmungsmache aus den Reihen der SPD schließen wir uns nicht an. Wir lehnen den Antrag daher ab. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Menschen, die nichts verbochen haben oder beispielsweise in U-Haft sollen, gehören in keine Haftanstalt. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein und auch für Menschen gelten, die zu uns geflüchtet sind. Das habe ich immer wieder hier an dieser Stelle gesagt. Das war schon immer die Haltung des SSW, auch als wir damals gemeinsam mit den Grünen und der SPD hier regiert haben. Das war aber auch schon davor unsere Haltung. Das ist eine grundsätzliche Haltung, die nichts mit der Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland zu tun hat. Es ist unsere grundsätzliche Haltung, dass wir so etwas nicht wollen.

(Beifall SSW und SPD)

Genau aus einer solchen grundsätzlichen Haltung heraus haben wir damals in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg zu schließen, und so ist es ja auch geschehen. Deswegen stimmen wir natürlich vollkommen mit der SPD überein: Abschiebehaft ist keine humane Flüchtlingspolitik, und ich sage ganz deutlich: Auch das ist ein Effekt. Wir konnten ihn gerade eben schon andeutungsweise erleben. Eine solche Anstalt führt immer auch zu - wie soll man es sagen - Begehrlichkeiten auf der falschen Seite. Auch das sollte man sich immer genau vor Augen führen.

Wir sehen an dem Alternativantrag der drei Koalitionäre, dass sie sich auf Bundes- und Europarecht berufen. Das ist auch okay so. Es mag sein, dass es rechtlich möglich ist, Abschiebehaftanstalten einzuführen, das ist klar, aber man ist auch nicht unbedingt dazu gezwungen. Es mag möglich sein, dass man auf Landesebene rechtlich gezwungen wird, von Instrumenten wie zum Beispiel der Abschiebehaft oder dem Gewahrsam Gebrauch zu machen. Wenn Gerichte dies anordnen, dann hat das zu erfolgen. Diese Erfahrung mussten wir als Koalition auch machen. Deswegen gab es die wenigen Plätze des Abschiebebegewahrsams am Hamburger Flughafen und in der Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt in Brandenburg. Es gab auch eine länderübergreifende - wie soll man sagen - Vereinbarung, die es in Notfällen durchaus erlaubt hätte, Menschen auch in anderen Abschiebehaftanstalten unterzu-

(Lars Harms)

bringen, beispielsweise nämlich in solchen Fällen, in denen sich Leute der Ausreise entzogen hätten oder auch wenn Menschen kriminell geworden sind und aus dem Gefängnis direkt in ein Gewahrsam oder eine Abschiebehaftanstalt kommen, um dann entsprechend abgeschoben zu werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Plätze genutzt haben, dann waren das aber ganz extreme Ausnahmefälle. Die Einrichtung einer eigenen Abschiebehaftanstalt hat nun einmal eine völlig andere Qualität und ist eine politische Frage. Ich sage es noch einmal: Menschen, die nichts verbochen haben und sich auch nicht der Abschiebung entzogen haben, verdienen in unseren Augen keinen Freiheitsentzug, schon gar nicht die besonders schutzbedürftigen Gruppen, über die die Regierungsparteien in den letzten Wochen höchstens verlauten ließen, sie sollten möglichst nicht eingesperrt werden; Kinder, Jugendliche, Schwangere, stillende Frauen.

Der Alternativantrag von CDU, Grünen und FDP, der uns gestern erreichte, besteht am Anfang aus nichts Weiterem als aneinandergereihten Platzfüllern, die nicht darüber hinwegtäuschen können, dass am Ende nur steht, die besonders schützenswerten Gruppen, die ich gerade teilweise genannt habe, sollten grundsätzlich nicht eingesperrt werden. Ausnahmen sind somit zulässig und werden auch hingenommen. Da muss man den Grünen schon sagen: Euch mag diese Entscheidung wirklich schmerzlich gefallen sein, das glaube ich. Aber das hilft den Menschen nicht, und ihr tragt jetzt genau diese Verantwortung. Ihr macht es möglich, dass wir so etwas hier haben. Schade, dass wir hier nicht mehr die Einigkeit haben.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, wir erwarten von der jetzigen Landesregierung aber auch, dass sie die humane Flüchtlingspolitik, die in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein gegolten hat, weiterführt, auch im Zusammenhang mit dieser Einrichtung. Dazu gehört für uns aber auch, dass Jamaika alle Register zieht, um die Abschiebungen nach Afghanistan abzuwenden, die durch den Bund drohen. Wir haben keinen Grund, davon auszugehen, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan eklatant zum Guten gewendet hat. Stellen Sie sich vor, was sonst möglich wäre: Wir haben hier eine afghanische Familie in Deutschland, die sich vor den Taliban retten konnte. Die Familienmitglieder bringen sich ein, sie verhalten sich gut, und als Dankeschön sollen sie dann am besten noch in Abschiebehaft, bevor sie dahin abgeschoben werden, wo nach wie

vor ihr Leben bedroht ist? - Meine Damen und Herren, das darf gerade nicht sein.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Was vermischst ihr denn in dieser Debatte!)

Deswegen muss auch der Innenminister einen konsequenten Abschiebestopp für Personen, die nicht straffällig geworden sind, nach Afghanistan anordnen, wie es sein Vorgänger getan hat. Die Jamaika-Koalition muss - auch nach den letzten Äußerungen unseres Ministerpräsidenten - ihre Pläne für eine neue Abschiebehaftanstalt in Glückstadt begraben. Für Menschen, die zu Haft verurteilt worden sind, und für Gefährder haben wir Gefängnisse und das Abschiebegehwahrsam in Fuhlsbüttel. Mehr brauchen wir nicht, um rechtsstaatliche Prinzipien einhalten zu können.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat sich der Abgeordnete Rossa aus der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dr. Stegner, ich bin ehrlich erschüttert, dass Sie hier ernsthaft dafür Werbung gemacht haben, dass unsere Rechtsordnung und unser Rechtsstaat nicht mehr durchgesetzt werden sollen, denn anders können wir Ihren heutigen Vortrag hier nicht verstehen.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Sie haben auch einen erstaunlichen und erschreckenden Mangel an Rechtskenntnis offenbart, als wir Sie gefragt haben, ob Sie generell das Recht der Inhaftnahme im deutschen Recht ändern wollen, denn das waren Ihre einleitenden Worte, nämlich dass nur noch verurteilte Straftäter in Haft genommen werden. Damit stellen Sie die Zivilprozessordnung und andere Gesetze auf den Kopf. Es tut mir leid, das ist wirklich hochnotpeinlich, eine solche Äußerung zu machen. Das haben Sie gesagt.

(Beifall FDP, CDU, AfD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Stegner, ich finde die Art und Weise, wie Sie das Problem behandeln, wie in unserem Land Ausreisepflichten umgesetzt und durchgesetzt werden sollen, erschreckend und unwürdig. Sie polemisieren, wenn Sie vom Abschiebeknast sprechen, wie Sie es heute getan haben. Es ist deutlich gewor-

(Jan Marcus Rossa)

den, dass wir auch keine riesige Abschiebehafteinrichtung schaffen wollen. Sie tun so, als würde jeder Ausreisepflichtige in Haft genommen werden, damit er seiner Ausreisepflicht nachkommt. Auch das ist schlicht die Unwahrheit und führt nur zu einem, nämlich dass Sie in einer Art und Weise hier eine Thematik eskalieren, die mit sehr viel Sachverstand und sehr viel Zurückhaltung in der Sache behandelt werden sollte.

(Beifall FDP, CDU, AfD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie weisen in Ihrer Begründung des Antrags auf die UN-Kinderrechtskonvention hin und wollen damit nichts anderes erreichen, als den Eindruck zu vermitteln, dass die Regierungskoalition hier gegen Völkerrecht verstößt. Auch das ist infam und dient ausschließlich der Polemisierung dieser Debatte. Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, das ist Populismus und nichts anderes.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Eine sachliche Befassung mit dieser Problematik sieht meines Erachtens anders aus. Sie verschweigen, dass wir in der Jamaika-Koalition endlich für einen rechtmäßigen Vollzug der Abschiebehaft sorgen, was Sie in der Vergangenheit schlicht versäumt haben. Der Haftvollzug zu Zeiten der Küstenkoalition, dies ist heute hinreichend Thema gewesen, war unter europarechtlichen, aber auch unter verfassungsrechtlichen Aspekten hochproblematisch, und das sollten Sie nicht so beharrlich leugnen. Sie haben kein Haftvollzugsgesetz angewendet, obwohl Sie Menschen in Abschiebehaft genommen haben. Sie haben das Justizvollzugsgesetz angewendet, und das ist hochproblematisch, Herr Dr. Stegner. Das sollte man hier auch einmal festhalten.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Sie haben, bis Sie durch den EuGH eines besseren belehrt wurden, schlicht ignoriert, dass Häftlinge in Abschiebehaft in spezielle Hafteinrichtungen kommen. Das steht in der EU-Richtlinie. Das hätte man auch ohne EuGH-Urteil schaffen können.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege!

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Das war es. - Danke.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gewohnt, für meine Überzeugungen zu streiten und mich für das kritisieren zu lassen, was ich sage. Sie haben mich für ganz viel kritisiert, was ich hier nicht gesagt habe. Deswegen lassen Sie mich erstens feststellen, Frau Ostmeier: Ich habe den demokratischen Fraktionen hier in diesem Saal mitnichten Fremdenfeindlichkeit unterstellt. Das unterstelle ich den Rechtspopulisten hier im Haus. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Wir sind auch Demokraten!)

Es gibt eine Gemeinsamkeit der Demokraten. Wir streiten über die humanitären Spielräume. Darüber streiten wir. Kritisieren Sie mich also bitte für so etwas, aber diffamieren Sie nicht das, was ich hier sage. Das ist der erste Punkt.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Aber bitte sachlich bleiben!)

Frau Kollegin Touré, ein zweiter Punkt, den ich sagen möchte: Sie haben auf die Planungen des Innenministers hingewiesen. Ich habe das vorhin schon einmal beantwortet. Zu Ihrer Aussage, die SPD hätte das auch gemacht, sage ich: Es tut mir leid, aus jedem Ihrer Sätze hier spricht das schlechte Gewissen Ihrer Fraktion. Nehmen Sie uns dafür auch noch in Anspruch. Wir hätten das nicht gemacht, um das hier ganz deutlich zu sagen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Dritte Bemerkung: Herr Kollege Vogt, wenn man das Argument, anderswo sei es noch schlechter, als Begründung dafür nimmt, man müsse solche Einrichtungen schaffen, dann müssten wir auch geschlossene Jugendeinrichtungen in Hülle und Fülle schaffen; denn es gibt in der Tat noch schlechtere Dinge in dieser Republik. Dann kann ja wohl nicht Maßstab sein, um das zu rechtfertigen.

Was mich wirklich ärgert, Herr Kollege Vogt, ist, wenn Sie allen Ernstes sagen, Sie üben Verantwortung aus und wir nicht. Das lasse ich mir von Ihnen wirklich nicht sagen. Ich habe mich in der gesamten Zeit, seit ich in und für Schleswig-Holstein Politik

(Dr. Ralf Stegner)

mache, auch als Innenminister - ein schwieriges Gebiet, in dem man sich auch intensiv mit dem Bundesrecht auseinandersetzen muss -, sehr oft mit der Bundesebene angelegt. Dabei ging es auch um die Härtefallkommission und um Abschiebestopps, die ich verhängt habe. Ich war bereit, mich dafür rügen zu lassen, weil mich der Einsatz dafür, dass die humanitären Spielräume soweit wie möglich maximiert werden, geleitet hat. Das gilt auch für meine Fraktion und meine Partei. Das ist das Motiv, mit dem wir hier im Hause handeln. Das ist Ausdruck unserer Verantwortung. Das können Sie kritisieren. Aber versuchen Sie nicht, es lächerlich zu machen.

(Beifall SPD)

Ausdruck von Verantwortung ist es auch, sich an Diskursen zu beteiligen, die nicht risikofrei sind. Auch der Mainstream in Deutschland bewegt sich von der Mitte weg, wie wir in den letzten Tagen leider erleben mussten. Es gibt Leute, die behaupten, man könne doch wieder fröhlich nach Afghanistan abschieben. Die Lage in Afghanistan ist nach wie vor volatil. Dorthin sollten wir Straftäter und Gefährder abschieben, aber doch bitte nicht Familien mit Kindern! Das bleibt meine Position, egal wie die Lage von anderen beurteilt wird. Diese Position vertrete ich auch hier. Sie haben vorhin von „Klammauk“ und Ähnlichem geredet. Ernsthaftigkeit sollten wir uns wechselseitig unterstellen.

Worüber wir hier als Demokraten streiten, ist, wie weit wir beim Ausnutzen der humanitären Spielräume gehen können.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich stelle fest: Die Mehrheit, die wir mit der Koalition in diesem Punkt hatten, haben wir in diesem Landtag leider nicht mehr. Das darf ich hier feststellen. Viele Ihrer Einlassungen zeigen doch, dass die Grünen eher ein schlechtes Gewissen haben.

Sie von der FDP versuchen, auf anderen Wegen zu polemisieren. Kollege Rossa hat absurde Behauptungen aufgestellt; denn zu dem Rechtssystem habe ich mich überhaupt nicht geäußert.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, ich könnte vieles dazu sagen, will aber nur eines klarstellen, damit kein falscher Eindruck entsteht. Sie haben soeben auch über das Thema Afghanistan gesprochen. Ich habe mich dafür ausgesprochen - wie übrigens auch der zuständige FDP-Minister in Nordrhein-Westfalen -, keine Familien nach Afghanistan abzuschicken. Das ist eine Gemeinsamkeit, die wir haben. Ich würde mich freuen, wenn wir zu dem Grundkonsens über eine humanitäre Flüchtlingspolitik zurückkehren könnten, anstatt künstlich Gegensätze aufzubauen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

- Herr Kollege Vogt, ich habe in meiner ersten Bemerkung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich keinen grundsätzlichen Unterschied sehe in der Frage, wie wir uns mit Rechtspopulisten, die leider auch in diesem Haus sitzen, die gegen andere hetzen und mit deren Grundwerten wir nichts gemein haben, auseinandersetzen sollten.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Wir sind genauso gewählt wie Sie! Unverschämtheit!)

Insoweit gibt es eine große Gemeinsamkeit der demokratischen Fraktionen in diesem Hause, zu denen die SPD gehört, der SSW übrigens auch.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: So eine Arroganz!)

Trotzdem muss es manchmal sein - das haben wir an dieser Stelle gemacht -, auf Unterschiede bei der Nutzung von Spielräumen hinweisen. Wir haben immer gesagt, dass wir sozusagen der Vorposten dessen sind, was geht. Dafür sind wir in diesem Hause übrigens kritisiert worden, und dafür habe ich mich auch kritisieren lassen. Bei einigen Kolleginnen und Kollegen hat sich die Position anscheinend geändert. Nicht wir haben unsere Position verlassen, sondern wir vertreten die Position, die wir seit Jahren vertreten, noch heute. Ich finde, das Festhalten an Grundsätzen ist nicht etwas, wofür man kritisiert werden sollte, noch dazu in der Art und Weise, wie Sie es getan haben.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen: Vielleicht hätte man diese Debatte nicht an

(Dr. Ralf Stegner)

einem Tag wie dem heutigen führen sollen. Wir haben heute nämlich leider Grund, über ganz andere Entwicklungen zu reden haben. Ich verweise auf die Diskurse, die wir in Italien, Österreich, Ungarn, Polen und anderswo erleben.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Und in Bayern!)

Wir müssen uns gegen diese Entwicklungen zur Wehr setzen. Ich sage Ihnen aber auch: Der Parlamentarismus ist stark genug und kann damit umgehen. Die demokratischen Fraktionen sind in der Lage, über Probleme leidenschaftlich und in der Sache leidenschaftlich miteinander zu streiten und trotzdem deutlich zu machen, dass man sich von denen da drüben komplett absetzt. Mit denen haben wir nichts am Hut. Wir streiten untereinander. Das muss möglich sein. Wir haben unsere Position beibehalten.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Nicht ablenken!)

Es ist eine Position, für die sich die Sozialdemokratie bei niemandem zu entschulden hat.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, die Redezeit.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir tun wollen, und wir tun nach der Wahl, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall SPD - Volker Schnurrbusch [AfD]: Die SPD in Frankreich und Italien ist weg! Diese Arroganz - woher nehmen Sie die nur?)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Abgeordnete Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der SPD, die moralische Inbrunst Ihres Tones ist für mich nur sehr schwer erträglich. Ich war in der vergangenen Wahlperiode im Landesbeirat der Abschiebehaftanstalt vertreten und weiß, dass die Schließung im Jahr 2014 im Wesentlichen von sehr, sehr glücklichen Umständen geprägt war. Die Zahl an Flüchtlingen war bis 2013 in einem Maße zurückgegangen, wie wir es uns gar nicht mehr vorstellen kön-

nen. Im Jahr 2010 waren es nur noch 1.300 Flüchtlinge im Land, im Jahr 2013 ungefähr 3.000. Im Jahr 2015 waren es 35.000! Das ist eine ganz andere Zahl, von der wir reden.

Zu dieser Frage gab es zwei Urteile. Das eine erging durch den EuGH. Das haben Sie gesagt, aber Sie haben das Urteil falsch interpretiert. Der EuGH hat nicht entschieden, dass Abschiebehaft grundsätzlich nicht möglich sei. Er hat nur verlangt, dass es eine Trennung gibt.

Viel entscheidender war die Entscheidung des Bundesgerichtshofes. Darin heißt es, dass Abschiebehaft bei Dublin-Rückführungsfällen grundsätzlich nicht möglich ist. In Rendsburg handelte es sich zu 90 % um Dublin-Fälle. Dies führte dazu, dass in der dortigen Einrichtung im Jahr 2014 monatelang nur zwei bis drei Häftlinge saßen. Frau Spoorendonk, die damalige Justizministerin, hatte absolut keinen Bock mehr, 20 AVDLer, die sie in der JVA Kiel unbedingt brauchte, für die Bewachung von zwei, drei Leuten in Rendsburg einzusetzen. Das - nur das! - war der Grund, warum wir in dieser Situation sagen konnten: Machen wir den Laden dicht! Das war eine Kosten-Nutzen-Abwägung und nicht eine hochmoralische Entscheidung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wenn die Verhältnisse damals so gewesen wären, wie sie heute sind, hätten wir diesen Koalitionsvertrag nicht umsetzen können. Davon bin ich hundertprozentig überzeugt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich!

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Peters, ist Ihnen bewusst, dass wir das Wahlprogramm unserer Parteien vor der Landtagswahl und auch den Koalitionsvertrag, den wir als Küstenkoalition geschlossen haben, mitnichten von solchen Erwägungen

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

der Kollegin Spoorendonk abhängig gemacht haben, sondern dass wir das vorher beschlossen hatten? Ist Ihnen bewusst, dass wir schlichtweg das umgesetzt haben, was wir miteinander vereinbart hatten? Das ist das Gegenteil dessen, was Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gab manche Dinge in diesem Koalitionsvertrag, die nicht richtig umgesetzt wurden. Ich sage nach wie vor: Wenn wir jetzt die gleiche Situation hätten wie damals, dann wäre das eine sehr, sehr schwierige Diskussion geworden. Die historisch günstige Situation damals hat es uns enorm erleichtert, diesen Punkt unseres Koalitionsvertrages umzusetzen. Das ist das, was ich dazu sage.

Noch etwas, Herr Kollege Dr. Stegner, zur Sozialdemokratie und die Kategorie des Verrates. Den werfen Sie uns jetzt vor. Sie werfen uns vor, dass wir unsere hehren Ziele verrieten. Diese Kategorie ist in der Geschichte Ihrer Partei seit Eduard Bernstein bis Gerhard Schröder so tief in die DNA eingegraben, dass Sie im Grunde genommen, wenn ich das einmal psychologisch interpretieren will, hier eine Projektionsfläche brauchen, um Ihr eigenes Trauma über Ihren jahrzehntelangen Verrat in vielen anderen Dingen in psychotherapeutischer Art aufzuarbeiten. Da machen wir Grüne nicht mit.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun der Abgeordnete Nobis von der AfD-Fraktion.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist wirklich schwer zu toppen. Das war natürlich eine Glanzleistung, Herr Peters.

(Zurufe SPD: Da verstehen sich zwei! - Da seht ihr es! - Von dort kommt die Zustimmung!)

Herr Dr. Stegner, ich muss Ihnen trotzdem eines sagen - -

(Unruhe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Nobis, warten Sie bitte kurz. - Bei aller Aufregung in der Sache und über einzelne Formulierungen von Kollegen bitte ich Sie alle trotzdem, dem Abgeordneten Nobis zuzuhören; denn er hat sich zu einem Kurzbeitrag gemeldet. Diesen Respekt sollten wir jedem Redner entgegenbringen. - Bitte schön.

Jörg Nobis [AfD]:

Herr Dr. Stegner, Sie unterbieten Ihr niedriges Niveau hier jeden Tag ein bisschen mehr - erst mit der Satire auf Facebook, gestern mit dem Zwischenruf und heute wieder. Auch Ihr Demokratieverständnis lässt wirklich zu wünschen übrig. Neben Sie bitte zur Kenntnis, dass wir fünf gewählte Volksvertreter sind, genauso wie Sie.

(Martin Habersaat [SPD]: Nein, da gibt es riesige Unterschiede!)

- Nein, wir sind gewählte Volksvertreter.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Gewählt ist gewählt, Herr Habersaat!)

- Gewählt ist gewählt, genauso ist es. - Ihre moralische Überheblichkeit ist in dieser Hinsicht wirklich schwer zu ertragen. Ich glaube, Herr Schaffer hat hier von allen Rednern wirklich den sachlichsten Vortrag gehalten.

(Zuruf: Das sehen wir etwas anders!)

- Doch, zu 100 %. Ich möchte Sie aber einmal an Ihren eigenen Worten messen. Im Dezember 2016 gab es den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt, das wissen wir. Am 27. Dezember 2016 - kurz nach dem Attentat - twitterte Herr Dr. Stegner: Stegner fordert Abschiebehaft für Gefährder. Er hat es eben gesagt, und es stand auch überall in der Presse, zum Beispiel in den „Kieler Nachrichten“. Er hat auch gesagt: Es sollten so schnell wie möglich die faktischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Diese Forderung von Herrn Dr. Stegner stand in der Presse.

Was heißt das denn? - Es heißt, dass wir eine Abschiebehaftanstalt brauchen. Das ist hier ja eigentlich auch unumstritten. 20 Haftplätze im Vergleich zu allein über 550 islamistischen Gefährdern in Schleswig-Holstein ist ein absolutes Minimum. Das war damals kurz vor der Wahl Linkspopulismus. Sie bleiben aber nicht einmal Ihrer eigenen Linie treu; Sie fordern Abschiebehaftplätze, haben aber in der Küstennebelkoalition die Rendsburger Abschiebehaftanstalt abgeschafft. Am Ende bleibt von dem,

(Jörg Nobis)

was Sie gefordert haben, nichts übrig - noch nicht einmal 20 Haftplätze. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Stegner, Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass wir uns weltpolitisch, in Europa und auch in der Bundespolitik heute in einer äußerst angespannten und schwierigen Situation befinden. Sie haben selbst die rhetorische Frage in den Raum gestellt, ob es dieser Debatte am heutigen Tage wirklich bedurft hätte. Dafür, dass es die Debatte gibt, ist allein die SPD-Fraktion mit Ihrem Antrag verantwortlich. Es wäre an Ihnen gewesen, diesen Antrag gegebenenfalls zurückzuziehen. Es ist deutlich geworden: Es ging Ihnen gar nicht um die Sache selbst. Sie haben gesagt, Ihre Haltung und Position hätten sich überhaupt nicht verändert. Das gilt auch für uns. Um dies festzustellen, hätten wir diese Debatte nicht gebraucht.

Der einzige Anlass für diese Debatte - das ist aus beiden Wortbeiträgen von Ihnen sehr deutlich geworden - ist der Versuch gewesen, hier die Grünen vorzuführen und ihnen Verrat und Gesinnungswandel vorzuwerfen. Allein deshalb haben Sie diese Debatte hier angestrengt. Man sieht, zu welchen Ergebnissen dies führt und welche Verschärfung in die Debatte dadurch hineinkommt, wie hier mit Argumenten gearbeitet wird, die jeden Boden des Konsenses verlassen.

(Zurufe SPD)

Hier wird mit geschlossenen Anstalten für Jugendliche und Familiennachzug aus Afghanistan argumentiert. Das hat mit dem eigentlichen Kern des Themas überhaupt nichts zu tun. Deswegen glaube ich, dass es besser gewesen wäre, wenn wir diese Debatte nicht geführt hätten. Es wäre besser gewesen, wenn die SPD der Versuchung widerstanden wäre, hieraus politisches Kapital zu schlagen. Es hilft uns allen nicht weiter, sondern verschärft die Diskussion.

Ich würde Sie dringend bitten, in Zukunft in sich zu gehen und nicht mit dem Feuer zu spielen mit solchen Anträgen, die nur dazu dienen sollen, hier politische Brandsätze zu werfen, die uns allen nicht helfen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD - Sandra Redmann [SPD]: Jetzt ist aber Schluss! - Weitere Zurufe und Unruhe SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

(Anhaltende Unruhe SPD - Birte Pauls [SPD]: Das gibt es doch eigentlich gar nicht! - Weitere Zurufe SPD)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Tatsächlich ist es so, dass auch wir unsere Haltung nicht geändert haben. Wir sind aber in einer Koalition und haben uns deswegen entschieden, auch die Abschiebehaftanstalt mitzutragen. Frau Touré hat uns erklärt, dass es dafür aufgrund der Gesetze, die wir haben, fachliche und sachliche Gründe gibt.

Ich habe noch einmal nachgeguckt. 2015 wurden neue Bundesgesetze erlassen, die sehr viel mehr Tatbestände für Abschiebehaft geschaffen haben. Ich weiß, dass ich damals in der Presse gesagt habe: Mir graut vor dem Tag, an dem wir hier darüber diskutieren müssen, dass wir in Schleswig-Holstein wieder eine Abschiebehaftanstalt haben werden. Dieser Tag nahte damals schon.

Das heißt aber trotzdem nicht, dass wir unsere Haltung dazu verändert hätten. Was mich an dieser Debatte wirklich ärgert, ist, wenn hier von Verrat und Ähnlichem gesprochen wird. Ich glaube nicht, dass dies hilft, diese Debatte sachlich zu führen.

(Thomas Hölck [SPD]: Sagen Sie das Ihren Kollegen! - Weitere Zurufe SPD)

- Ich kann mir auch vorstellen, dass es für die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie hier im Haus ein harter Schlag war. Ich hätte diese Wortwahl so nicht getroffen.

Gleich bei Einbringung des Antrages hier haben Sie aber den Vorwurf des Umfallens erhoben. Sie haben sich auf meine Behauptungen als Fraktionsvorsitzende in den Diskussionen in der Führung der Küstenkoalition bezogen, die ich anders erlebt habe. Mit einer großen Aufregung ist hier gesagt worden, dass das alles nicht stimme und alles gelogen sei. Das sind übrigens auch Worte, die nicht parlamentarisch sind.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

(Eka von Kalben)

- Ich habe es gehört, liebe Frau Raudies. Mir ist vorgeworfen worden, dass ich hier etwas Falsches behauptet hätte. Ich finde, dass wir vor einer neuen Situation stehen. Wir haben für eine Schließung von Haftanstalten oder für ihre Nichtneuschaffung keine Mehrheit in der Bevölkerung. Offensichtlich gibt es eine Mehrheit in der Bevölkerung, die möchte, dass Menschen, die sich verweigern, das Land zu verlassen, ausnahmsweise auch in Abschiebehafte genommen werden können. Das zeigt sich sowohl im Bundestag, wo Sie in Kompromissen mitregieren und Gesetze machen müssen, als auch hier im Landtag mit Jamaika. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir alle hier sind gewählte Volksvertreter, und die Mehrheiten sind nun einmal so, wie sie sind.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau von Kalben, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Koch?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie mir die Gelegenheit zu einer Anmerkung geben. Ich wähle diesen Weg, um deutlich zu machen, dass ich mich in meinem letzten Wortbeitrag dahin gehend äußern wollte, dass die Debatte hier unnötig verschärft wurde. Für den Begriff des „Brandsatzes“ entschuldige ich mich.

(Beifall)

- Gut. Insofern hoffe ich, dass wir versuchen, diese Debatte so zu führen, weil wir alle mit großer Besorgnis sehen, was zurzeit im Bundestag passiert. Wenn wir als demokratische Parteien nicht vernünftig miteinander regieren, macht es die Gefahr noch größer, dass auch Deutschland irgendwann von Rechtspopulisten regiert wird. Das erfüllt mich mit großer Sorge. Ich glaube, dass es schön wäre, wenn wir als demokratische Parteien hier einen guten Stil miteinander pflegten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion war vor einiger Zeit auf Fraktionsreise in Wien und konnte dort auch an einer Sitzung der dortigen Nationalversammlung teilnehmen, wo wir relativ erschüttert feststellen mussten, wie sich der politische Diskurs in Österreich entwickelt hat. Dort wurden von der FPÖ Sachen zum Vortrag gebracht, wie sie teilweise auch die AfD vorträgt - nur regt dies in Österreich niemanden mehr auf.

Worüber hier noch aufrichtiges Entsetzen herrscht, wenn Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und dergleichen zutage treten, das ist da schon normal und hingenommen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Wo tritt das denn zutage? Das ist doch nicht wahr! Das ist eine Unverschämtheit! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Sprechen Sie über den Antrag!)

- Ich weiß ja nicht, ob Sie alle fünf der Auffassung sind, dass der Zweite Weltkrieg ein Vogelschiss war. Aber Sie gehören alle fünf einer Partei an, deren Fraktionsvorsitzender im Bundestag diese Auffassung vertritt. Das heißt: Sie sind bewusst in dieser Partei.

Die Verschiebung des Diskurses ist besorgniserregend. Sie muss einerseits immer thematisiert werden und darf uns andererseits nicht davon abhalten, die Themen zu diskutieren, die zu diskutieren wir für richtig halten. Wenn die SPD-Landtagsfraktion der Meinung ist, über den Grad an Humanität in der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein zu diskutieren, dann muss das möglich sein. Wir sind wirklich eine Fraktion, die in ihrer Geschichte dazu einiges Positives vorzuweisen hat.

Der Kollege Koch hat sich für seinen Begriff entschuldigt, deswegen gehe ich nicht weiter darauf ein. Dass der Kollege Peters uns alle eigentlich für therapiebedürftig hält und in netteren Worten eigentlich noch viel größere Frechheiten gesagt hat, will ich einmal dahingestellt lassen. Wir haben ja bald Wochenende. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall SPD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Es klatschen noch drei Leute bei euch!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Diskussion ist es nicht ganz leicht, wieder zu einer gewissen Versachlichung und Berichterstattung zurückzukommen.

Diese Landesregierung und diese Koalition haben sich gemeinsam zu einer humanen, aber auch ehrlichen Vorgehensweise im Umgang mit vollziehbar ausreisepflichtigen Personen verpflichtet, wissend, dass es dazu erheblich gegenläufige Meinungen auch in den eigenen Reihen gibt.

Wir stimmen in diesem Hause seit Langem parteiübergreifend überein, dass freiwillige Ausreisen grundsätzlich Vorrang vor Zwangsmaßnahmen haben. Die Landesregierung beschränkt sich dementsprechend nicht allein darauf, die freiwillige Rückkehr zu befürworten, sondern wir fördern diese aktiv, beispielsweise erstens mit dem Aufbau einer flächendeckenden Rückkehrberatung in Schleswig-Holstein, zweitens, indem sich das Land an Rückkehrprogrammen der Internationalen Organisation für Migration beteiligt sowie drittens an weiteren Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogrammen, die länderübergreifend bestehen.

Allerdings zeigt die tägliche Praxis der Ausländerbehörden deutlich und immer wieder: Trotz dieser Angebote sind nicht alle der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen in Schleswig-Holstein - es sind aktuell über 7.000 Menschen - dazu bereit, das Bundesgebiet freiwillig wieder zu verlassen.

In diesen Fällen muss die Ausreisepflicht auch zwangsweise durchgesetzt werden. Wenn nach einem rechtstaatlichen Verfahren feststeht, dass eine Person kein Aufenthaltsrecht in Deutschland hat, diese Person aber die Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise nicht wahrnimmt und ausreiseunwillig ist, kann der Staat das nicht auf sich beruhen lassen.

(Beifall CDU und Stephan Holowaty [FDP])

Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, der Glaubwürdigkeit unserer Gesetze und vor allen Dingen auch der Glaubwürdigkeit unseres eigenen Handelns. Deshalb kommt als Ultima Ratio, also als letztes mögliches Mittel zur Sicherung einer Abschiebung, auch die Anordnung von Abschiebungshaft in Betracht. Sie ist bundesgesetzlich vorgesehen und steht nicht zur Disposition der Landesregierung oder des Landesgesetzgebers.

Wenn Sie das Aufenthaltsrecht ändern wollen, um Abschiebungshaft gänzlich oder für bestimmte Personengruppen auszuschließen, so wissen wir alle,

dass das von Ihnen im Bundestag eingebracht werden muss.

Ich möchte kurz herausstellen, was nun die konkrete Änderung seit dem Regierungswechsel vor einem Jahr ist: Bekanntlich hat die Vorgängerregierung die Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg geschlossen. Das war und ist richtig. Sie hat aber nicht auf den Vollzug von Abschiebehaft verzichtet. Sie hat die Unterbringung lediglich in Einrichtungen anderer Bundesländer vollzogen, ohne - was entscheidend ist - Einfluss auf die dortigen Unterbringungsstandards nehmen zu können. Diese Auslagerung von Verantwortung ist nicht meine Vorstellung von guter Rückkehrpolitik.

Deshalb bin ich froh, dass sich die Jamaika-Koalition nach langem, hartem Ringen auf die Schaffung einer eigenen Einrichtung im Verbund mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern verständigt hat. Denn jetzt können wir die Standards selbst definieren. Ich finde das ganz wichtig: Nur so können wir auch die Aufenthaltsbedingungen in diesen Einrichtungen selbst beeinflussen.

Natürlich ist Abschiebehaft kein angenehmes Thema. Wir stellen uns aber dieser Verantwortung, und wir gewährleisten, dass unsere eigenen humanitären Zielvorstellungen das Leitbild bei der Unterbringung werden. Das ist für mich das richtige Signal.

Wir haben über den Kollegen Stefan Studt hier schon einiges gehört. Ich will das Ganze nicht weiter ausführen, aber er war als Mitglied der Landesregierung verpflichtet, Gesetze umzusetzen und von daher Vorschläge zu machen. Es ist in meinen Augen nicht verwerflich, dass sich eine Landesregierung mit diesen Themen auseinandersetzt, auch wenn man dies politisch innerhalb der Fraktionen anders sieht.

Aber Tatsache ist - nachzulesen im „Hamburger Abendblatt“ vom 4. Mai letzten Jahres -, dass es bereits konkrete Gespräche der Landesregierung zu dieser Schaffung einer gemeinsamen Abschiebehafteinrichtung gegeben hat. Des Weiteren muss man feststellen, dass sich die vorige Landesregierung für die Mitnutzung des Ausreisegewahrsams am Hamburger Flughafen eingesetzt und diese ermöglicht hat.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Abschiebungshaft bei Minderjährigen sagen. Diese kann nur dann in Betracht kommen, wenn sie wirklich absolut unvermeidbar ist, weil alle anderen Möglichkeiten zur Aufenthaltsbeendigung ausgeschöpft sind. Es darf durch die Haft zu keiner Gefährdung des Kindeswohls kommen.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Die Behauptung, eine Minderjährigenschaft sei mit dem Bundesrecht nicht vereinbar, ist schlicht falsch. Diese Form der Haft hat aber absoluten Ausnahmecharakter. Dies haben wir für die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden in einem Erlass vom 1. September 2017 ausdrücklich noch einmal herausgestellt. Enthalten in diesem Erlass sind auch Schutzbedingungen für die weiteren, von der SPD-Fraktion angesprochenen vulnerablen Personengruppen, wie zum Beispiel Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, behinderte Personen oder Schwangere. Abschiebungshaft bei Minderjährigen wird deshalb in der Praxis nicht oder nur äußerst selten zur Anwendung kommen. Nehmen Sie es mir bitte ab: Darüber bin ich sehr froh.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Sollte sich ein solcher besonderer Ausnahmefall in Schleswig-Holstein dennoch ergeben, werden wir sicherstellen, dass das Kindeswohl beim Vollzug angemessen berücksichtigt wird. Aber auch hier gilt: Wir wollen die Verantwortung selbst tragen. Ich kann es jedenfalls nicht mit meinen humanitären Überzeugungen in Einklang bringen, in einem solchen Fall - statt die Abschiebungshaft nach unseren Prinzipien zu vollziehen - die Unterbringung in einer Einrichtung außerhalb Schleswig-Holsteins nach dortigen Bedingungen zu erzwingen oder stattfinden zu lassen.

Wir als Landesregierung und die Jamaika-Koalition sind deshalb angetreten, eine gleichsam humane wie ehrliche und offene Rückkehrpolitik zu betreiben. Bei der Durchsetzung vollziehbarer Ausreiseverpflichtungen ist das Instrument der Abschiebungshaft unverzichtbar. In unserer eigenen Verantwortung werden wir sicherstellen, dass der Vollzug so gestaltet wird, wie es unserer gemeinsamen Grundüberzeugung von Humanität entspricht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten 45 Sekunden überschritten. Gibt es Fraktionen, die von dem dadurch entstehenden Redezeitkontingent Gebrauch machen wollen? - Das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen auch insgesamt nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/763, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/796, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen kann es nicht geben. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich einen kurzen Hinweis geben und sagen, dass es aus Sicht des Präsidiums sicherlich auch ein Zeichen von Größe sein könnte, wenn man Verletzungen, die von einzelnen Abgeordneten gegenüber bestimmten Fraktionen verursacht worden sind, auch am Rande der Plenarsitzung ausräumen könnte, um weiter eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierungsfractionen und Opposition zu ermöglichen. Es ist jedem freigestellt, wie man damit umgeht, aber der Hinweis sei mir gestattet.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 23 auf:

Bericht über den Stand der Inklusion im Bildungsbereich

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/747

Inklusion im Bildungsbereich weiterentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/794

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass der Antrag mit der Drucksachenummer 19/747 durch die Mitantragstellung zum Antrag Drucksache 19/794 seine Erledigung gefunden hat. - Widerspruch sehe ich nicht.

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Ich lasse somit über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/794, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/777

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/777. Voraussetzung für

die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/777 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig beschlossen.

Ich weise darauf hin, dass zur 13. Tagung, die am 4. Juli 2018 beginnt, bereits eingeladen worden ist, und wünsche allen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:31 Uhr